Nr. 223 — Halle (Saale), Dienstag den 23. September 1913 — 24. Jahrg.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1.65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 42/43. Fernsprecher 388 Sprechstunde: werktags von 12–1 Uhr mittags.

Anzeigengebühr beträgt für die 6 gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/43. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Werbewoche.

Die Vertrauensleute der Arbeiterbewegung rufen die denkenden Arbeiter in unserm ganzen Bezirke auf, die kommenden Tage bis zum 1. Oktober als

Werbetage für das Volksblatt

auszunutzen. Seit den gewaltigen Anstrengungen bei der Reichstagswahl 1912 ist für das Volksblatt noch keine Agitation unternommen worden, die sich planmäßig an die Mithilfe

jedes einzelnen Parteigenossen

gewendet hätte. Es ist jetzt die höchste Zeit, daß einmal wirklich die

Massen auf den Plan treten

und ein Stück Kulturarbeit leisten. Dabei ist an verschiedene Aufgaben zu denken. Vor allem gilt es, die vielen Tausende

organisierter Gewerkschaftsmitglieder,

die noch immer ihr Volksblatt nicht halten, **als Leser des Arbeiterorgans zu gewinnen.** Den meisten von ihnen wird in dieser Werbezeit das Volksblatt **täglich frei zugestellt werden,** damit sie aus seinem Inhalt und seiner Kampfesführung die Notwendigkeit erkennen mögen, sich laufend über den großen Tageskampf des Proletariats zu unterrichten. Sie müssen endlich auch geistig in die Kampfesgemeinschaft der Arbeiterklasse eintreten, der sie materiell schon angehören.

Eine weitere Aufgabe ist,

die Frauen,

vor allem **die Arbeiterinnen für das Volksblatt in Massen zu gewinnen.** Ihnen konnte in der Tat im Volksblatt bisher viel zu wenig geboten werden. Aber nun ist durch Einführung eines

täglichen Unterhaltungsblattes

ein Schritt vorwärts getan worden, der in der Hauptsache auch der besseren Interessenvertretung der Frauen zugute kommen soll. Vom Donnerstag, 25. September, an wird das Unterhaltungsblatt täglich erscheinen. Einen Unterhaltungsstoff zum Totschlagen der Zeit werden die Leserinnen freilich nicht zu erwarten haben, ganz abgesehen von den verlogenen Rührgeschichten, mit denen die bürgerliche Presse die Frauen vom Denken und sozialen Erwachen planmäßig fernhält. Unser neues Unterhaltungsblatt wird die Leser und Leserinnen über ernste soziale und kulturelle Fragen unterhalten. Die Arbeiterklasse braucht

die Frau als Mitkämpferin,

sonst bleibt ihr Befreiungskampf in Halbheiten stecken. Also: werbt die Frauen als Leserinnen des Volksblatts an!

Und die dritte und schwerste Aufgabe ist: die

Gewinnung der Indifferenten.

Der größte Fluch des Kapitalismus ist, daß er durch die Schwere der Arbeit **den Arbeitern die Nerven- und Gehirnkraft aussaugt,** sie geistig zu lähmen trachtet, das Erwachen zum Denken planmäßig zu unterbinden sucht. Wo die Arbeitszeit am längsten, der Druck der Arbeit am größten, der Lohn am erbärmlichsten — da ist auch das politische und soziale Denken am schwersten zu wecken. Aber es muß versucht werden — geradejetzt.

Wirtschaftskrise und ungeheure Arbeitslosigkeit, Lebensmittelteuerung und Not

peitschen auch bisher dumpfe und stumpfe Schichten des arbeitenden Volkes zum Nachdenken. Hier muß der denkende Arbeiter eingreifen! Hier gilt es

Kulturarbeit zu leisten.

Tausende von sozialdemokratischen Werbern müssen den Fernstehenden jetzt den Weg zum politischen Erkennen, den Weg zur Organisation weisen.

Wer will sich dem entziehen?

Aufdrum! Nutzt die Stunde! Jeder Leser werbe wenigstens einen neuen Bezieher des Volksblatts an. Viele Tausende solcher Einzeltaten summieren sich dann zu einer gewaltigen Tat. Diese Arbeit liegt im Interesse der Hebung der ganzen Arbeiterklasse, sie liegt

im Interesse des Kulturfortschritts.

Der Jenaer Parteitag.

23. 9. 13

Der dritte Jenaer Parteitag war in mancherlei Betracht von einschneidender Bedeutung. Er zeigte vor allem so offenkundig, wie noch kein Parteitag vorher, daß die Sozialdemokratie durch ihre praktische Arbeit, besonders durch den Parlamentarismus, den Charakter als Reformpartei außerordentlich stark entwickelt hat. Das ist an sich natürlich, denn die in den Organisationen und in den Parlamentsvertretungen aufgespeicherte Macht muß unbedingt wirken und positiv schaffen. Aber diese allseitige Betätigung hat ihre Tendenz, uns durch arbeitende Anteilnahme mit dem herrschenden Systeme stark zu verknüpfen, so massig entfaltet, daß wir heute nicht mehr so sehr das in den Vordergrund stellen, was die Arbeiterklasse als wertschaffender Faktor zu fordern berechtigt ist, sondern uns an den — Fortschritten freuen und die Werbetaktik durch Hervorhebung „positiver Erfolge" bestreiten. Die Erledigung der Steuerfrage war hier das Musterbeispiel. Durch eine Zwangslage sind wir bestimmt worden, Steuern für Zwecke zu bewilligen, die wir bekämpfen. Die von den Sozialdemokraten bewilligten Millionen sind zur Stärkung des Machtinstruments Militarismus bestimmt, mit dem die herrschende Klasse die Arbeiterschaft niederhält. Mit dem von den Sozialdemokraten (finanziell) gekräftigten Militarismus wird die Ausbeutung und Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse aufrecht erhalten, wird dem Imperialismus die Unterjochung fremder Völker und Weltteile gesichert. Das steht unumstößlich fest. Aber: die Fraktionsmehrheit entschied diese Frage nicht mehr grundsätzlich, sondern reinpraktisch. Nicht mehr die Wirkung in die Zukunft und gegen das ganze System war ausschlaggebend, sondern die für den Augenblick. Der Gedankengang war: das Militär ist bewilligt, jetzt sorgen wir nur dafür, daß die Arbeiterklasse möglichst und direkt bei den Lasten verschont bleibt. Diese rein praktische Erwägung war entscheidend — denn wir sind eine praktische Reformpartei! Und diese selbe rein praktische Richtschnur hat der Parteitag unserer ganzen Steuerpolitik für die Zukunft vorgespannt. Hier liegen unsere Bedenken. Das ganze Problem hat man durch eine praktische Vorentscheidung als dauernd gelöst betrachtet. An dem Geschick der herrschenden Gewalten liegt es nun, die Situation immer so zu wählen und zu formen, daß die Sozialdemokratie nach diesem Muster „in Zwangslage" gerät. Mit ihren ungeheuren Machtmitteln gelingt es den Herrschenden vielleicht, die Ausbeutung immer so profitabel zu erhalten, daß sie gut und gern einige Kosten dafür übernehmen können. Dann wirkt die Sozialdemokratie als Stütze ihres Systems! Diese Schlußfolgerung muß ausgesprochen werden, obgleich wir nicht glauben, daß die Entwicklung diese Bahnen ohne weiteres gehen wird. Die Neigung aber, unsere gesamte Taktik „grundsätzlich" von praktischen Augenblickserfordernissen diktieren zu lassen, auch wenn sie auf die Herausarbeitung unseres Klassenkampfprinzips lähmend wirkt, ist im Wachsen und in Jena deutlich offenbar geworden. Vorbereitet und gekeimt ist sie schon lange, das muß den Befürwortern der Resolution Wurm zugegeben werden; ihr praktisches Beweismaterial über frühere Anträge, Erklärungen usw. war richtig. Aber an einem so schroffen praktischen Falle war diese Tendenz unseres Parlamentarismus noch nicht offenkundig geworden. Die Tragweite und die Konsequenzen waren bisher noch nicht klar. Niemand kann sagen, diese unsere Entwicklung sei „falsch". Falsch ist schließlich nichts, was eine große Massenpartei wirklich als festgestellter organisierter Massenwille beschließt. Die gewaltige Parteimehrheit will es so, damit ist zu rechnen. Ob die Folgen dieser Taktik unsere Werbekraft stärken oder schwächen werden, kann allein die Zukunft entscheiden. Wir haben nach wie vor mit aller Kraft für die Wahlen und die Stärkung der Fraktion zu sorgen, wir haben aber die doppelte Pflicht, den Klassenkampf und sein Endziel so klar und schroff wie nur irgendmöglich in den Vordergrund unserer Werbearbeit zu stellen.

Das zweite Beispiel, wie eine errungene große Organisationsmacht die scharfe Agressivtaktik beeinflußt, war die Erledigung der Massenstreikfrage. Wir haben zu viel zu verlieren — das klang als tiefer Unterton in den entscheidenden Reden von Scheidemann und besonders von Bauer und anderen. Deshalb keine „gefährliche" Offensivtaktik, sonderen — abwarten. So wenig die Diskussion und die Entscheidung in der Massenstreikfrage uns zu befriedigen vermag, so sehr glauben wir, daß uns die Situation zu großen Massenkämpfen bald genug zwingen wird. Von einer „Propagierung" des Massenstreikgedankens will die beschlossene Resolution zwar nichts wissen, aber die Erfordernisse der Zeit kehren sich nicht daran, denn daß wir ohne die aktive Anteilnahme der Volksmassen auf irgendeinem Gebiete einen Schritt vorwärts kommen könnten — das will wohl niemand behaupten. Wir an unserem Teil werden die Volksmassen immer wieder darauf hinweisen, das ist selbstverständlich. Bedenklich sind nur die Erklärungen der Gewerkschaftsführer auf dem Parteitage. Die Resolution bestätigt den Mannheimer Beschluß, daß bei der Frage eines Massenstreiks der Parteivorstand mit der Generalkommission der Gewerkschaften einig sein müsse. Nun sagte aber z. B. Genosse Bauer in Jena: „Bei uns in Deutschland ist die Wahlrechtsfrage keine Lebensfrage des Proletariats", und es wäre „geradezu verbrecherisch, wenn man fortgesetzt die Arbeiter in eine Stimmung hineinredet (nach einer anderen Lesart hineinhetzt), die den Verhältnissen nicht angepaßt ist". „Die ganze Frage ist keine Gewerkschaftsfrage." Diese Erklärungen stimmen sehr bedenklich, trotzdem der neue Vorsitzende Genosse Ebert im Schlußwort nochmals betonte, in Preußen werde es nur ein freies Wahlrecht oder den Massenstreik geben. Gut, nehmen wir dies Wort als Ausdruck der Gesamtstimmung. Es meint doch wohl, daß wir in Preußen bei der ersten günstigen Gelegenheit die Inangriffnahme einer Wahlreform durch kräftige Massenaktionen erzwingen und dann während des Reformhandels das Dreiklassenparlament unter den Druck des Volkes stellen wollen. Daß sich dabei unsere Aktionen der Situation gemäß steigern werden, ist selbstverständlich. Für diesen Kampf müssen die Massen planmäßig vorbereitet werden.

Der Jenaer Parteitag zeigte noch eine andere Seite unserer Entwicklung: der Schwerpunkt bei allen Parteientscheidungen ist immer mehr in die Instanzen verlegt worden. Das ist bei reinen Organisationsfragen kein Uebelstand und ganz natürlich. Aber zu beklagen ist, daß auch die taktischen und politischen Fragen jetzt von den Instanzen so entscheidend „vorberaten" werden, daß der Parteitag eigentlich nur die gefaßten Beschlüsse sanktionieren kann und auch tatsächlich sanktioniert. Die Resolution zur Massenstreikfrage und die Wahl des Parteivorsitzenden waren Beispiele. Der Parteivorstand hat die Resolution entworfen und den Ausdruck eines starken politischen Wollens hineingeschrieben. Das hat Gen. Scheidemann verraten. Aber dieser Ausdruck blieb nicht drin, den haben starke Herkulesse wieder daraus entfernen lassen. Als der Parteivorstand für die gedämpfte Fassung gewonnen war, legte er die Resolution dem Parteiausschusse vor, der ihr zustimmte. Damit hatten die wichtigsten Instanzen der Arbeiterbewegung gesprochen und so die Resolution ein Schwergewicht bekommen, dem einfach praktisch nicht zu widerstehen ist. „Hinter der Resolution stehen alle bei Massenbewegungen in Betracht kommenden Körperschaften des Proletariats" — das war der entscheidende Schlußsatz der entscheidenden Rede Scheidemanns. Demgemäß wurde beschlossen. Bei der Wahl des Nachfolgers Bebels im Parteivorsitz zeigte sich die entscheidende Macht der Körperschaften ebenso deutlich. Sie hatten getagt und ließen gleich zu Beginn des Parteitages erklären: wir haben den und den erkoren. Dadurch war jeder andere Beschluß, jede Initiative des Parteitages praktisch vollkommen ausgeschlossen. Auch andere Fragen waren von den Körperschaften vorberaten und entschieden worden (Maifeier, Fall Radek, Aufhebung der polnischen Sonderorganisation) — genau so beschloß der Parteitag. In Zukunft haben wir uns von vornherein auf diesen Gang der Dinge einzurichten: die Instanzen beraten alle Fragen vor, der Parteitag bekommt die Entscheidungen zur Sanktion vorgelegt. Die Partei hat gesprochen.

Wir wollen uns heute nicht gegen diese Entwicklung stemmen, da in der Tat jeder Schritt zu ihr zunächst wohlbegründet war. Wir wollen hier aber aussprechen was ist. Die Einrichtung eines Parteiausschusses war an sich ein Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Partei. Da aber in ihm die Leiter der Verwaltungskörperschaften (der Bezirksvorstände) entscheidend sind, so wirkt er auch demgemäß. Das ist bei Würdigung der Parteitage in Zukunft von vornherein zu beachten.

Die bürgerliche Presse schwelgt in der Freude, daß in Jena in den beiden entscheidenden Punkten die „Revisionisten" so glänzend gesiegt hätten. Die Freude scheint uns verfrüht, obgleich nicht zu verkennen ist, daß sich der innere Charakter unserer Partei umbildet. Das hat hundert Ursachen, die alle in der Entwicklung begründet sind. Aber das ändert noch nichts an den beiden Grundtatsachen unseres Kampfes: der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der Sozialisierung der Produktion. Beides ist mit dem Fortbestehen des Kapitalismus unvereinbar, an beiden aber muß die Sozialdemokratie als Lebensfragen der Arbeiterklasse unveräußerlich festhalten. Tritt in Zeiten politischer Stagnation das Drängen der Arbeiter nach Reform zeitweilig in den Vordergrund, so darf das nicht über den Charakter der gesamten Entwicklung täuschen. Die Zeiten großer Massenkämpfe, wo es um wichtige Machtentscheidungen geht, werden bald genug kommen. Auf allen Gebieten! Dann wird die Freude gerade der kapitalistisch-liberalen Presse über die „Zahmheit der sozialdemokratischen Forderungen" gar arge — Dämpfung erfahren.

Ueber die andern Arbeiten des Parteitages, besonders den prächtigen Vorstoß für die Arbeitslosenfürsorge, reden wir noch gesondert. Jetzt gehen wir an die Werbearbeit. Der Jenaer Parteitag war kein Parteitag der Offensive, aber auch keiner der Dämpfung. Der Wille zur geschlossenen Kampfesführung leuchtet überall durch. An den Massen liegt es, ihn allerorts lebendig werden zu lassen in unausgesetztem Wirken und Schaffen für die Partei der Arbeit, für die Sozialdemokratie.

*

Die bürgerliche Presse über Jena.

Vossische Zeitung (Freis.): Dieser Parteitag ist der erste große Sieg des Revisionismus. Es war der erste Parteitag ohne Bebel. Aber selbst wenn dieser große Führer noch gelebt und geredet hätte, es wäre nicht viel anders gekommen. Denn auch Bebel hat sich gemausert. Das zeigt sein Brief an Molkenbuhr. Die Revisionisten haben sich nicht geändert, also hat sich Bebel ihnen genähert. Die Macht seiner Persönlichkeit war außerordentlich. Das Amt, aber nicht diese Macht, ist übertragbar und vererblich, und der Zustand der Sozialdemokratie erinnert an den Zustand des mazedonischen Weltreiches, als nach dem Tode Alexanders des Großen die Dia-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130923-17/fragment/page=0001

hochen sich in die Herrschaft teilten. Der Nachfolger Bebels weiß nichts von Selbstzerfleischung, er rühmt den Willen zur Einigkeit und Geschlossenheit. Ob er recht behält, werden die Ereignisse lehren. — Vorerst ist das Ergebnis der roten Woche, daß die Radikalen besiegt sind, dermaßen daß sie nicht die Kraft gefunden haben, sich zu neuem Kampfe zu sammeln. Diese Tatsache wird ihre weitere Wirkung auf die Haltung der Mehrheit schwerlich verfehlen. Waren auch bei den Verhandlungen und Abstimmungen Revolutionäre und Revisionisten nicht immer streng geordnet, im ganzen hat doch die Sache der Revisionisten eine erhebliche Förderung erfahren, und ihr Selbstvertrauen und Siegesbewußtsein ist durch die Tage von Jena nicht wenig gestärkt worden.

Tägliche Rundschau (natl.): Auf dem Jenaer Parteitage sind — das ist seine Bedeutung und sein Merkmal vor anderen Parteitagen — die Orthodoxen, die Revolutionäre, die Radikalen, die bisher das Feld allein beherrschten, in die Defensive gedrängt worden. Die Beherrscher des Tages waren die Gewerkschaften, die den andern klar und unverblümt sagten: Ihr könnt reden; aber das Handeln der Partei bestimmen wir. Die Sozialdemokratie befindet sich in einer schweren Krisis, die man von bürgerlicher Seite durch Geschlossenheit und kraftvolle Gegenwehr beeinflussen, aber durch keinerlei Gewaltexperimente stören sollte.

Börsen-Courier (freis.): Auch die Regierung sollte aus der in Jena besiegelten Entwicklung der Sozialdemokratie zu einem gesetzgeberischen, parlamentarischen Faktor lernen, daß sie diese langsam sich vollziehende Wandlung der „Umsturzpartei" nicht durch Unterstützung reaktionärer Gelüste wieder aufhält oder zurückwirft und damit die Millionen deutscher Staatsbürger, die nun einmal hinter der Sozialdemokratie stehen, in politisch unfruchtbare Stimmungen hineintreibt.

Berliner Tageblatt (freis.): Der Parteitag in Jena hat die seit Jahren sich anbahnende Umwandlung der Sozialdemokratie in der Richtung zum Parlamentarismus und Konstitutionalismus zum deutlichen Ausdruck gebracht. Nicht, als ob die Partei die revolutionären Eierschalen bereits völlig abgestoßen hätte. Wohl aber sieht sie, daß die politischen Verhältnisse wie durch den Mehrheitswillen ihrer Anhänger getrieben, sich immer stärker genötigt, den Gegenwartsstaat zu bejahen. Damit ist auch dem entschieden liberalen Teile des Bürgertums das taktische Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Partei erleichtert, sei es, um den Einfluß der reaktionären Parteien auf Gesetzgebung und Verwaltung einzuschränken, sei es um ein großes Ziel, wie das freie Wahlrecht für Preußen in gemeinsamer Front durchzusetzen.

Post (freikons.): Jena war die Woche der Schwätzer. In seinem Schlußworte meinte der Vorsitzende Ebert: Der Parteitag hat die Gegner enttäuscht. Herr Ebert irrt: Er hat uns nicht im geringsten enttäuscht. Solange solche Köpfe Politik machen, hat es mit dem Zukunftsstaat noch gute Weile. Inzwischen wird es sich empfehlen, weniger auf die Führer zu achten, als auf die Verführten.

Kreuzzeitung (kons.): Im ganzen machte die Jenaer Tagung nicht den Eindruck einer Zusammenkunft wilder Revolutionäre. Der Ton war matt, die Verhandlungen meist langweilig. Es fehlte die dramatische Zuspitzung scharfer Gegensätze. In der Massenstreikfrage standen die Parteien ziemlich auf dem gleichen Standpunkt, die Spaltung ging auch nicht auf der alten Scheidelinie zwischen Radikalen und Revisionisten. Es geht eben heutzutage den Arbeitern leidlich, und das färbt auf die Stimmung der Parteitages ab. Solch vorübergehende Stimmungen aber können an dem Wesen der Sozialdemokratie, als einer revolutionären Massenpartei, nichts ändern. Glaubt man im Ernst, daß die Sozialdemokratie mit dem monarchischen Staat ihren Frieden machen wird. Es sind Phantasien der Tante Voß und nicht Tatsachen, daß der Jenaer Parteitag sich von dem Gedanken des Massenstreiks losgesagt habe. — Ja, der Massenstreikgedanke ist selber revisionistischen Ursprungs. In der deutschen Sozialdemokratie ist Bernstein sein Vater, und in den Vordergrund der politischen Diskussion der letzten Monate hat ihn Genosse Frank gestellt, doch auch keiner von den Radikalen, der des Wahnes lebt, die Sozialdemokratie könne bei schonender Behandlung von selber ihre Giftzähne verlieren, der mag es mit ihrer jetzigen Behandlung versuchen, die ja, soweit die nationalliberale Partei in Betracht kommt, wohl als eine Versöhnungspolitik bezeichnet werden kann. Wer aber die revisionistische Sozialdemokratie für gefährlicher hält als die revolutionäre, der wird denn doch zu stärkeren Mitteln greifen müssen.

Von der Teuerung.

Reichskanzler und Landwirtschaftsminister gegen die Fleischeinfuhr.

Der Karlsruher Stadtrat ist neuerdings beim Ministerium des Innern vorstellig geworden mit der Bitte, beim Reichskanzler die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Einfuhr von lebenden Schlachtrindern aus Holland zu erwirken. Als Antwort auf die Eingabe teilt das Ministerium ein Schreiben des Reichskanzlers mit, in dem die Stadtgemeinde unter bezug auf die ablehnende Stellungnahme des preußischen Landwirtschaftsministers auf die Einfuhr von Rindfleisch aus Rußland und den Niederlanden hingewiesen wird. In dem beigefügten Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministeriums ist ausgeführt, daß das Ministerium nach den Erfahrungen, die im letzten Winter mit der holländischen Rindvieheinfuhr gemacht worden seien, nicht in der Lage sei, dem Antrag auf Wiederzulassung der Einfuhr die Genehmigung zu erteilen, weil die Einschleppung der Seuchen befürchtet werden müsse, ferner, weil die Vieheinfuhr aus Holland zu einer Herabsetzung der Preise im Inland voraussichtlich nicht führen werde, und überdies die Frage der weiteren Entwicklung nicht so ungünstig zu beurteilen sei, wie dies von der Karlsruher Stadtgemeinde geschehe. Der Karlsruher Stadtrat hat beschlossen, den Vorstand des Deutschen Städtetages um weitere Schritte zur Wiedermöglichung der Einfuhr lebenden holländischen Viehs zu ersuchen.

Diese Kapitulation der preußischen Regierung und des Reichskanzlers vor den Agrariern ist um so charakteristischer, als die preußische Regierung in einer offiziösen Notiz über Teuerungszulagen für die Beamten ausdrücklich zugesteht, daß die Teuerung nicht nachgelassen habe. Es heißt in jener von der Neuen politischen Korrespondenz veröffentlichten Notiz: „Auch läßt sich der Nachweis gar nicht erbringen, daß die Teuerung nachgelassen habe." Freilich ist auch dieses Eingeständnis für die preußische Regierung nicht Anlaß, nun etwa Teuerungszulagen zu bewilligen, im Gegenteil: Teuerungszulagen erscheinen ihr als vorweg genommene Gehaltszulagen, und Gehaltszulagen könnten gegenwärtig an die Beamten nicht gezahlt werden. Trotzdem aber sind sich Reichskanzler und preußischer Landwirtschaftsminister darin einig, daß im Interesse der Agrarier jede Erleichterung der Fleischzufuhr und damit jede Möglichkeit eine Verbilligung des Fleisches herbeizuführen, verhindert werden müsse. Es wird Zeit, daß sich das Volk wieder regt, will es nicht Gefahr laufen, den Hungerriemen künftig noch enger schnallen zu müssen.

*

Die Preise werden noch steigen! Auf eine Anfrage wegen der Fleischteuerung in der Stadtverordnetenversammlung zu Detmold erklärte der Direktor des Schlachthofs, daß die unerschwinglich hohen Fleischpreise nicht fallen, sondern noch steigen würden. Der Mangel an Schweinen werde immer fühlbarer; Rinder seien schon jetzt schwer zu bekommen und nach Kälbern hielten die Fleischermeister schon längere Zeit vergeblich Umschau. Dieser Zustand werde sich im Winter noch verschärfen.

Unter diesen Umständen beschloß die Stadtverordnetenversammlung, die Teuerungskommission wieder zusammentreten zu lassen und zu versuchen, ob sich durch die Gemeinde eine Milderung des Notstandes erreichen lasse. Der Oberbürgermeister erklärte, daß sich Vieh aus Holland nicht beschaffen lasse; der Transport von Vieh aus Dänemark sei aber zu kostspielig.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 22. September 1913.

Die Arbeitslosenfürsorge schwächt die — sittliche Kraft.

So jammern jetzt nach dem kräftigen Vorstoße des Jenaer Parteitages die Reaktionäre. Den edlen Freiherrn Oktavio v. Zedlitz, Landtagsabgeordneten und freikonservativen Parteichef hat gar die Angst vor der Arbeitslosenversicherung gepackt. In der freikonservativen Post wettert er gegen eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung, die aus „gewichtigsten, grundsätzlichen und praktischen Erwägungen abzulehnen sei". Er schreibt: „Die Kehrseite unserer Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung ist die Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls in unserer Arbeiterschaft. In bezug auf den Rückgang des Pflicht- und Selbstverantwortungsbewußtseins sind wir mit unserer Gesetzgebung auf diesem Gebiete bis an die äußerste Grenze gegangen. Weiterzugehen hieße die sittliche Kraft der großen Massen unserer Bevölkerung ernstlich gefährden. Schon aus diesem Grunde wird man die Fürsorge bei Arbeitslosigkeit in erster Linie den Arbeitern selbst zu überlassen haben. Dazu kommen die geradezu unüberwindlichen Schwierigkeiten der Unterscheidung zwischen unverschuldeter und verschuldeter Arbeitslosigkeit." — Gnädig gestattet Frhr. v. Zedlitz die örtliche Unterstützung auf dem Gemeindewege nach dem Genter System, und er empfiehlt ferner, die Gewerkschaften und die Partei mögen ihre Kassen doch zur Arbeitslosenunterstützung verwenden.

Es überrascht nicht, daß die Konservativen und Agrarier sich auf diese Art als Feinde einer Arbeitslosenversicherung kennzeichnen; sie sehen ja lieber, daß ein Zuchthausgesetz für die Arbeiter geschaffen wird. Doch die deutschen Arbeiter müssen es durch stürmischen Kampf dahin bringen, daß Deutschland auf diesem Gebiet endlich einmal den Bahnen folgt, die das Ausland (England usw.) schon zielsicher beschritten hat. Die Not zwingt sie einfach dazu. Aber Arbeit und Schweiß wird es kosten — das zeigt schon dieser erste Vorstoß.

*

Genosse Ebert sagte in seinem Schlußwort auf dem Jenaer Parteitage. Mit der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge hat der Parteitag Stellung genommen zu einer Frage, die zurzeit die Lebensinteressen Hunderttausender von Arbeiterfamilien aufs engste berührt. Die mit der planlosen kapitalistischen Produktionsweise untrennbar verbundene Arbeitslosigkeit hat bereits ein Massenelend in großem Umfange hervorgerufen. (Sehr wahr!) Die Wintermonate werden sicher noch eine enorme Steigerung des Elends bringen. (Sehr wahr!) **Im ganzen Reiche muß deshalb unverzüglich eine gewaltige Massenbewegung eingeleitet werden** zur Propagierung und Durchsetzung der in unserer Resolution festgelegten Forderungen. (Lebhafte Zustimmung.) In den hinter uns liegenden Jahren glänzender wirtschaftlicher Prosperität, in denen der Kapitalismus ungeheure Reichtümer einheimste, waren die herrschenden Klassen zu wirksamen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit nicht zu bewegen. **Jetzt gilt es, einen Massensturm zu entfachen, der mit unwiderstehlicher Wucht die Herrschenden zur Abhilfe zwingt.** (Stürmischer Beifall.)

Unter der Polizeidiktatur

Die Mecklenburgische Landeszeitung wollte aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß der preußische Staatsminister des Innern generell verboten habe, daß sozialdemokratische Ausländer künftighin in Preußen in Versammlungen sprechen. Die Deutsche Tageszeitung hat sich erkundigt, ob diese Meldung stimmt, und sie teilt mit, daß ein formelles Verbot zwar nicht ergangen sei, wohl aber sei man schon seit geraumer Zeit entschlossen, das rednerische Auftreten von Ausländern in sozialdemokratischen Versammlungen zu verhindern und die fremdländischen Redner gegebenenfalls auszuweisen.

Was die Polizei mit dieser Taktik erreicht, konnte sie erst kürzlich im Falle des Redeverbots gegen die beiden belgischen Genossen sehen, die verhindert wurden, in Berlin über den belgischen Generalstreik zu sprechen. Die Versammlung hat doch stattgefunden und die Ausführungen der belgischen Genossen wurden genau so umfangreich vorgetragen, wie das die „fremdländischen Redner" selbst hätten tun können. Will die preußische Polizei ihre Taktik, die dem Auslande gegenüber ein blamables Armutszeugnis darstellt, beibehalten, so würde eben in Zukunft genau so verfahren werden wie in Berlin. Die Polizeibureaukratie soll sich nicht einbilden, daß sie durch ihre Verbote den internationalen Gedankenaustausch verhindern könne.

Ein Kampf ums Leben.

Von Gustaf Janson.

Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

[Nachdr. verb.

Früh morgens um fünf machte sich Nilsson im Elend*) mit seinem Gefährt auf den Weg, um seine Frau abzuholen, die seit einem Monat vor Weihnachten im Krankenhause lag. Wie gewöhnlich, wenn Stockholm das Eisl war, fuhr Nilsson den Winterweg übers Eis, der war allerdings bedeutend weiter als der gewöhnliche, aber er hatte auch keine steilen Höhen, die seinem alten „König David" so viel Anstrengung kosteten und den Gaul unnötig steifbeinig machten. Zudem pflegten immer einige Inselbauern ein Geschäft in der Stadt zu haben, an Gesellschaft würde es ihm also nicht fehlen.

Der Morgen war kalt und unfreundlich. Als Nilsson auf das Eis niederfuhr, warf er einen forschenden Blick gegen Südost, um nachzusehen, ob der Tag bald anbrechen wollte. Er wußte freilich, daß es dafür noch zu früh war, aber er tat es dennoch; denn er hatte es immer getan, wenn er sonst um diese Zeit unterwegs gewesen war. Drinnen unter Land hing die Dunkelheit wie ein schweres Leichentuch über den Wäldern und Buchten, und der Wind strich leise klagend über die Schneedecke.

Nilsson schüttelte mißbilligend den Kopf, zog den blankgetragenen Schafspelz dichter zusammen und schob die Mütze bis auf die Augenbrauen hinunter; denn in der Luft wirbelten feine Eisnadeln, die ihm zischen die Kleider drangen und ihm fast den Atem benahmen. Der alte Braune lief in einem ebenen Trott und warf sich nur bisweilen plötzlich zur Seite, wenn der Wind stärker einsetzte. Die Schneedecke lag blauschwarz da, und die Wälder, die sie umrahmten, warfen ihren breiten, unregelmäßig gezahnten Schlagschatten darüber hin; nur der hartgetretene Weg mit seinen beiden tiefen Spuren unterbrach die kalte Einförmigkeit. Nilsson saß halb schlafend in seinem Schlitten und überließ es dem Instinkt seines Pferdes, etwaigen Spalten und Rissen aus dem Wege zu gehen und um die Vertiefungen, die das Tauwetter der vorigen Woche im Obereis gebildet, einen Bogen zu machen. Die Schelle am Halse „König Davids" klapperte eintönig und blechern, sie war auch alt und ausgenutzt, war gewiß schon zu den Zeiten des älteren Nilsson dabei gewesen, die Kufen glitten leicht über die Schneekruste und der Braune lief, um sich warm zu halten; sein Herr brauchte ihn nicht ein einziges Mal anzutreiben.

Nachdem Nilsson wohl so eine Stunde gefahren, traf er eine Reihe Inselbauern, die ebenso wie er über das Eis zur Stadt wollten. Er hielt an und wartete, bis sie an ihm vorüber waren, und ohne einen Gruß oder ein Wort zu wechseln, schloß er sich ihnen an. Sie ihrerseits hatten anderes zu tun, als sich um den Schlitten zu kümmern, der aus Norden kam, und fuhren weiter mit ihren Heufudern. Aber offenbar hatte einer den Bauern vom Festland wiedererkannt, denn er rief durch das Halbdunkel:

„Guten Tag, du da hinten!"

„Gleichfalls guten Tag!" antwortete Nilsson verschlafen und hielt sein Pferd zurück, das den Hals lang machte, um einen Büschel Heu von dem nächsten Fuder zu erwischen; denn so viel Ehrgefühl hatte er doch, daß er sein Vieh kein Futter stehlen ließ, wenn jemand anders als er dabei war.

„Fährst du leer zur Stadt?" fragte dieselbe Stimme wie vorhin.

„Ich will eine Fuhre holen," rief Nilsson so laut wie er konnte, denn der Wind pfiff just in diesem Augenblick schärfer als gewöhnlich. Was er holen sollte, erzählte er indessen nicht, und es befragte ihn auch niemand darum.

Die Schlitten glitten wie unförmliche Schatten über das Eis, und nur das klanglose Schellengeklingel und das Pfeifen des Windes störten das Schweigen. Der Tag graute und ein farbloser Streifen erhellte im Südost den Horizont, während schwere Schneewolken träge durch die Luft schwammen.

„In der Gegend von Thärnsora sollen Wölfe sein," hörte Nilsson jemand dicht vor sich sagen.

„Hm!" hustete er nachdenklich. Gerade den Weg war er eben gefahren, und ihm war dabei nichts aufgefallen. Er richtete sich straffer und lauschte neugierig, aber als die Unterhaltung mit dieser aufs Geratewohl hin geäußerten Mitteilung wieder zu Ende war, spähte er forschend in die Luft hinauf und schüttelte den Kopf. Der Wind machte ihm besorgt wegen der Rückfahrt, und er lannte nicht die Lage der Waken, von denen der Inselbauer gesprochen hatte. „Ach was, bis dahin frieren sie zu," sagte er tröstend zu sich selber, und der Sicherheit halber fügte er noch hinzu: „Wenn's von Haus gehalten hat, hält's auch wieder nach Haus." Hiermit gab er dem alten „König David" einen aufmunternden kleinen Klatsch und sagte laut: „So, so." Der Wind wurde stärker und fegte den Schnee über die Eisdecke. Hier und da türmte er Wälle auf, deren Konturen so scharf waren, als wären sie mit dem Messer geschnitten. Es waren nur wenige Grade kalt, aber der Wind modelte unermüdlich an den Schanzen, die den Fahrweg einfaßten, und der Schnee ließ sich willig weiter führen, glitt leicht prasselnd über die gefrorene Fläche, füllte Vertiefungen und Schlittenspuren aus, ebnete und glättete. Aber wo er eine Ecke oder eine kleine Erhöhung fand, baute er einen Damm, der ständig größer wurde und an Umfang zunahm. Das müde Summen, das aus dem Nichts geboren wurde und wieder in Nichts erstarb, tönte ohne Unterbrechung, untermischt mit dem leisen Rascheln der Eisnadeln und der Graupeln. Es wurde zu einem langen Konzert ohne Anfang oder Ende, ohne Rhythmus oder Takt, eine Melodie mit nur einem einzigen Ton in grauschwarzem Moll. Irgendwo in weiter Ferne fing ein zäher schleppender Laut wie das Weinen eines Kindes an, stieg allmählich zu einem lang ausgezogenen Geheul und sank wieder eintönig, ohne Leidenschaft, bis er zwischen einigen Inseln verhallte. Dann kam ein neuer Windstoß, tat einen zitternden Griff in die in Moll gestimmten Saiten, stieg und sank. Und immer noch prasselte der Schnee über das Eis, baute seine Wälle, füllte die Luft und ließ die Bauern nicht zehn Schritte vor sich sehen.

Nilsson schüttelte wieder mit dem Kopfe. Ihm gefiel dies andauernde Pfeifen nicht, trotz der Kälte konnte der Rückweg gefährlich werden. Falls er dann auch allein gewesen, hätte er sich nicht gesorgt, Swen Nilsson hatte mehr als einmal mit Pferd und Schlitten in einer offenen Wake gelegen und keinen Schaden dabei genommen. Aber heute nachmittag war es etwas anderes, dann war er nicht allein. Für eine Frau, die eben erst vom Krankenbett aufgestanden war und ein kleines, nur einige Wochen altes Kind, war eine Fahrt in Wind und Schneegestöber eine böse Sache. Nilsson schob den Priem von einer Seite nach der andern und schüttelte den Kopf, aber dadurch wurde die Geschichte nicht besser, er sackte mutlos zusammen und ließ den Braunen laufen, wie er Lust hatte. Und der Wind pfiff, und der Schnee prasselte und warf große, steile Wogen über das Eisfeld.

*

Zweimal unterwegs machte die Schlittenreihe halt. Nachdem die Leute ihren Pferden einige Büschel Heu gegeben, machten sie sich an ihr eigenes Frühstück. Die Branntweinflaschen kamen aus den Rocktaschen hervor und ein kräftiger Schluck bildete die Einleitung, den Stützpunkt und den Beschluß der Mahlzeit. Als es hell geworden war, erkannte Nilsson mehrere Bekannte von Jena. Man nickte sich zu und rief sich ein halblautes: „Gleichfalls guten Tag!" zu, aber viele Worte wurden nicht gewechselt und nach einer Viertelstunde begann die Fahrt aufs neue. Unter Schellengeklapper und einer Frage oder Antwort, die von einem Schlitten zum andern geschrien wurde, glitt die ganze Reihe weiter. Ein Knecht am der Spitze stimmte ein Soldatenlied an und gröhlte einige Takte, aber er hörte bald wieder auf; es war zu kalt zum Singen.

Sunde und Buchten lagen grauweiß und eben, und der Weg streckte sich gerade über die Schneefläche, bis er sich unerwartet hinter einer hervorspringenden Landzunge verkroch oder sich zwischen abschüssigem steilen Ufern schlängelte, wo der Wind die Felsen leer fegte oder hohe Schanzen auftürmte und ein sonderbares Seufzen und Pfeifen zwischen den Bäumen hervortönte.

Nach einer Weile bot ein dichter Wald Schutz gegen den Wind, und da hob der Knecht in dem vordersten Schlitten wieder sein Singen an. Die jungen Leute stimmten ein, sobald sie die Melodie hörten, und die alten lachten über den guten Gedanken.

Geld ist doch nicht bloß zum Sparen,
Geld will fliegen und will fahren,
Doch das beste in der Welt
Ist ein großer Sack voll Geld.

klang es aus drei oder vier rauhen Kehlen. Mehr wußte niemand von dem Text, aber alle sangen lauthals in den frühen Morgen hinein. Dazu heulte der Wind, als ob er sich über diese Einmischung ärgere, während die Eisnadeln wie trockenes Laub über das Glatteis und die harte Kruste des Schnees rasselten.

(Fortsetzung folgt.)

*) Die schwedischen Bauern führen oft den Namen ihres Gehöfts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130923-17/fragment/page=0002

Agrarier-Politik.

Fast überall dominieren in den Kreistagen die Agrarier. Und wie fast überall, ist deren Politik auch hier darauf gerichtet, die eigenen Beutel zu schonen, den Städten möglichst große Lasten aufzupacken. Ein Glanzstück nach dieser Richtung hin lieferte nun der äußerst agrarisch gerichtete Niederbarnimer Kreistag. Die Stadt Berlin beschloß, ein in dem genannten Kreise belegenes, sehr waldreiches Gebiet zu erwerben. Die Wälder sollen erhalten und dem allgemeinen Verkehr geöffnet werden, was im Interesse des Volkswohls nur zu begrüßen ist. Weiter will die Stadt einen Teil des Geländes für Rieselzwecke und Wasserversorgung bereit halten. Wiederum ein Vorhaben, das aus Gründen des Allgemeininteresses nicht erschwert werden sollte. Das stört den Kreistag aber nicht, ihm erscheint die Gelegenheit günstig, der Stadt Berlin einige Hunderttausende Mark abzuknöpfen. Flugs beschloß man, die Umsatzsteuer bei Objekten im Werte von über 5 Millionen Mark zu verdoppeln. Der Ankaufspreis des in Betracht kommenden Geländes stellt sich auf 20 Millionen Mark. Die Feudalen im Kreise Niederbarnim wollen sich bei ihren eigenen steuerlichen Leistungen der größten Mäßigkeit befleißigen. Dafür soll Berlin bluten, und darum macht man schnell ein Ausnahmegesetz.

Deutsches Reich.

— **Echt deutsche Kolonialpolitik.** Der Gouverneur von Kamerun hat am 10. September eine Aenderung des Zolltarifs erlassen. Es handelt sich um nachstehende Erhöhung der Einfuhrzölle: Spirituosen von 1,60 Mk. auf 3 Mk. für ein Liter, Tabak von 0,50 Mk. auf 1,50 Mk. für ein Kilogramm, Salz von **20 Mk.** auf **60 Mk.** für eine Tonne, Eisenwaren von 10 Prozent des Wertes auf **20 Prozent**, Textilwaren von 10 Prozent des Wertes auf **15 Prozent**. Die hierdurch gewonnenen Mehreinnahmen sollen in erster Linie zum Ausbau der Automobilstraßen im Süden des Schutzgebietes verwandt werden. So wird das fluchbeladene Verteuerungssystem vom Mutterlande" auf die Kolonien übertragen.

— **Kleine Entschädigungsbemühungen des Militarismus.** Wie die Schles. Volksztg. mitteilt, schweben jetzt an den zuständigen Stellen in der Reichspostverwaltung und im Kriegsministerium Erwägungen, die darauf abzielen, unter gewissen Voraussetzungen volle Portofreiheit für Soldatenpakete einzuführen.

Nach einer Verfügung des Reichskanzlers werden in Zukunft an solche Familien, von denen bereits drei Söhne ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer oder in der Marine als Unteroffizier oder Gemeine genügt haben oder noch genügen, Aufwandsentschädigungen in Höhe von 240 Mk. für das Jahr während der gleichen gesetzlichen Dienstzeit eines jeden weiteren Sohnes in denselben Dienstgraden gezahlt werden. Die Familien, welche die angedeutete Entschädigung erhalten sollen, sind festgestellt worden.

— **Heraus aus der Kirche!** In Jena fand am Donnerstag eine öffentliche Volksversammlung statt, in der die Genossen Peus und Hoffmann (Berlin) sowie die Genossin Grünberg (Nürnberg) über das Thema: Heraus aus der Kirche sprachen. Nach der Versammlung erklärten über 100 Personen ihren Austritt aus der Landeskirche. Zugleich wurden dem Bebel-Fonds für die Jugendbildung 100 Mk. (das Eintrittsgeld betrug 10 Pf.) als Erlös der Versammlung überwiesen.

— **Ein Hauptmann als Soldatenmißhandler.** Dem Berliner Tageblatt wird aus Thorn gemeldet: Vor dem Oberkriegsgericht des 17. Armeekorps hatte sich Hauptmann und Kompagniechef, Artur Köhler vom 176. Infanterieregiment wegen Mißhandlung Untergebener im ganzen in über **100** Straffällen zu verantworten. Nach zweitägiger, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführter Verhandlung erkannte der Gerichtshof auf sechs Monate (ehrenvolle) Festungshaft und Dienstentlassung.

Bezeichnend ist, daß derartige Prozesse hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Den Soldatenschindereien wird dadurch ebensowenig vorgebeugt, wie durch so gelinde Beurteilung.

— **Von der besonders feinen „Offiziersehre".** Die Flensburger Strafkammer beschäftigte sich in vierstündiger Verhandlung mit einer Offiziersprügelei. Mehrere Offiziere, darunter der Oberleutnant Lauenstein, hatten einen Kaufmann angerempelt und verweigerten auf die Vermittlungsversuche von dessen Bruder jede Entschuldigung. Der Oberleutnant erhielt deshalb eine Ohrfeige, und der Täter, ein Student, wurde zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Balkan.

Der neueste Balkankonflikt. Noch ist der türkisch-bulgarische Friedensvertrag nicht unterzeichnet, und schon ballen sich auf dem Balkan neue Wetterwolken zusammen. Die Serben beschweren sich über räuberische Ueberfälle albanischer Banden, und die gesamte serbische Presse fordert „energisches Vorgehen". In Albanien soll vollständige Anarchie herrschen. Mufid Mey ist aus Europa in Eile zurückgekehrt und hat seine Parteigänger zu den Waffen gerufen, um gegen Essad Pascha zu marschieren, der in Tirana die österreichische Flagge hat hissen lassen und die Regierung in Walona aufgefordert hat, die Stadt zu übergeben. Essad Pascha in Person hat sich des Zollhauses in Durazzo bemächtigt. — Die serbische Regierung hat ihre Vertreter im Auslande ermächtigt, die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, auf die Gefahr hinzuweisen, der die Grenze gegen Albanien — welches noch ohne die elementarste Organisation — ausgesetzt ist, falls nicht in aller kürzester Zeit Ordnung und Sicherheit hergestellt werden. Die serbische Regierung hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Albanesen in den an Serbien grenzenden Gebieten die Bevölkerung bewaffnen und einen Angriff auf das serbische Gebiet vorbereiten. Außerdem überschreiten Albanesen die Grenze, um die serbischen Albanesen aufzureizen, ihnen Waffen zu geben und sie gegen die serbischen Behörden und die serbische Armee aufzuwiegeln. Da diese Versuche von albanesischer Seite sich täglich und immer zahlreicher wiederholen, hat die serbische Regierung die notwendigen Schritte unternommen, um den Frieden in diesem Teile des serbischen Staates zu sichern, und gleichzeitig erklärt, sie werde energische Maßregeln zur Verteidigung ihres Gebietes ergreifen. Hiernach kann niemand überrascht sein, wenn sich Serbien im Zustande berechtigter Verteidigung befindet, sobald den Albanesen der Gedanke kommen wird, Angriffsversuche in serbischen Gebieten zu machen. Dann wird Serbien, obwohl es seinen guten Willen zeigte und den Wünschen der Großmächte zuvorkommend seine Truppen vom albanesischen Boden zurückzog, sich gezwungen sehen, die wichtigsten strategischen Punkte auf albanesischem Gebiet, wenn auch provisorisch, wieder zu besetzen.

England.

Die Agitation gegen die Einführung der Homerule in Irland wird von den irenfeindlichen Ulstermännern eifrig fortgesetzt. Sir Carton, einer ihrer Anführer, erklärte, verschiedene englische Generale hätten sich ihm zur Verfügung gestellt, um die englischen Ulstermänner gegen die Iren zu führen, wenn die Homerule Gesetz werden sollte.

Amerika.

Bryan als Varietenummer. Der amerikanische Staatssekretär Bryan hält bekanntlich, weil er mit dem 50 000 Mk., die er als Ministergehalt bezieht, „nicht auskommt", politische Vorträge in den Varietés. Gegen diese für einen Staatssekretär immerhin etwas ungewöhnliche Art, seine Einnahmen zu erhöhen, hat in der amerikanischen Presse eine lebhafte Kritik eingesetzt. Mister Bryan soll nun darüber zwar sehr „aufgebracht" sein, doch haben die Kritiken, welche seine Vorträge in den Vereinigten Staaten wie auch in der Presse anderer Länder gefunden haben, ihn nicht veranlassen können, diese Vorträge einzustellen. Jedoch will er in Zukunft allen Journalisten und sonstigen Vertretern der Presse keine Berichte über seine Vorträge mehr zukommen lassen. (Schrödlich! Red.) — Am Sonnabend hat Bryan seine erste Rundreise mit der Varietétruppe beendet. Er sagte, er habe 6500 Dollar „verdient" und fügte hinzu, daß er dieses bekannt gebe, weil sich die Presse so eingehend mit ihm beschäftigt habe. Er bemerkt weiter, er wiederhole nochmals, daß er 8000 Dollar zu seinem Staatssekretärgehalt jährlich hinzuverdienen müsse, er werde sich sofort einer neuen Truppe anschließen.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

In Mühlhausen (Thür.) verstarb am Donnerstag der Krankenkassenbeamte Genosse Otto Schäfer im Alter von 40 Jahren. Er ist mit der Bewegung des Wahlkreises Mühlhausen-Langensalza-Weißensee, die er aus kleinen Anfängen auf die jetzige Höhe bringen half, durch jahrelange Tätigkeit auf das engste verwachsen. Elf Jahre hindurch bekleidete er den Posten eines Kreisvorsitzenden, und von 1907 an war er als Reichstagskandidat für den Kreis aufgestellt, bis er in diesem Jahre die Kandidatur wegen seiner Erkrankung niederzulegen gezwungen war. Auch als Stadtverordneter wirkte er mehrere Jahre lang. Selbst der Magistrat und der Stadtverordnetenvorsteher erkannten diese Tätigkeit in einem Nachruf an, in dem es heißt: „Herr Schäfer war ein eifriger, fleißiger Mitarbeiter in der Stadtverordnetenversammlung; wir bedauern aufrichtig sein frühes Dahinscheiden. Sein Andenken wird im Ehren gehalten werden."

Die Jagd nach der Rekruten-Broschüre.

Das Verlangen der Staatsanwaltschaft nach der Broschüre Wer will unter die Soldaten? ist unendlich groß. Nicht nur in den Filialen unseres Lüdenscheider Parteiblattes, in Plettenberg und Iserlohn, sondern auch in den Bureaus des Metallarbeiterverbandes dieser Orte, ja in Plettenberg sogar in der Verkaufsstelle des Konsumvereins wurde nach der Broschüre gehausfucht. Das Bemühen war — erfolglos

Gewerkschaftliches.

Eine sonderbare „üble Nachrede".

Der Gärtnereibesitzer Walter in Köln-Bayenthal klagte vor dem Kölner Schöffengericht gegen den Vorsitzenden und den Kassierer der Ortsgruppe Köln des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins wegen „Beleidigung", weil an einigen Straßenecken in der Nähe seines Betriebes Zettel folgenden Inhalts angeklebt waren:

Achtung, Gärtner!

Wegen Nichtanerkennung des mit der Gruppe Köln abgeschlossenen Tarifvertrages (Stundenlohn 46 Pfg.) ist über die Firma Otto Walter, Gärtnerei zu Bayental, die Sperre verfügt. Jetzige Löhne: 25 Mk. pro Woche? — nein den Monat. Lohn die Stunde demnach 30 Pfg. Jeder Gärtner meide den Betrieb!

Die Verhandlung vor dem Schöffengericht bestätigte im allgemeinen die Richtigkeit dieses Anschlages. Der Gärtnereibesitzer beschäftigte einen Mann, der drei Jahre gelernt hat, und zahlte ihm 25 Mk. den Monat; er gab zu seiner Rechtfertigung an, daß der Mann nicht voll ausgebildet gewesen sei. Es wurde weiter festgestellt, daß Walter noch zwei weitere Leute mit 35 und 40 Mark pro Monat entlohnte und er somit drei Leute unter den Tarifsätzen beschäftigte. Trotzdem verurteilte das Gericht die Angeklagten zu je 30 Mk. Geldstrafe und ordnete die Publikation des Urteils in der Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung an. Der Vorwurf, so heißt es in der Urteilsbegründung, daß Walter den Tarif nicht eingehalten habe, sei unberechtigt; es handle sich um einen Mann, der nicht Gehilfe gewesen sei, und es müsse gestattet sein, mit Personen, die nicht unter den Tarif fallen, besondere Vereinbarungen zu treffen.

Diese merkwürdige Auslegung des Tarifvertragsrechts werden die Verurteilten durch Berufung anfechten.

Die Nachwehen des Kampfes im Malergewerbe,

der von Anfang März bis Ende Mai währte, sind noch nicht ganz beseitigt. In einer größeren Zahl Lohngebiete sind die örtlichen Verhandlungen noch nicht erledigt; eine Sitzung des Haupttarifamtes, die die Schwierigkeiten jedenfalls erleichtert hätte, wußte der Unternehmerverband bisher zu vereiteln.

Von größter Bedeutung für das Malergewerbe und nicht ohne allgemeines Interesse ist es, daß der Gauverband Rheinland-Westfalen des Unternehmerverbandes mit über 10 Millionen Lohnsumme bisher den am 22. Mai von den beiden Zentralorganisationen angenommenen Schiedssprüchen und dem Reichstarifvertrag noch nicht zugestimmt hat. Das ist ein nun schon vier Monate andauernder Tarifbruch Disziplinbruch schlimmster Art. Inzwischen hat auch bereits eine Hauptversammlung des Unternehmerverbandes zu dem Fall Stellung genommen und den tarifbrüchigen Gauverband aufgefordert, seinen unhaltbaren Standpunkt zu verlassen. Während dieser Verhandlungen kam es zwischen den führenden Leuten des Unternehmerverbandes zum offenen Konflikt, in dessen Verlauf die Rheinländer die Hauptversammlung unter heftigem Protest und mit der Drohung verließen, auch vor einem Ausschluß aus dem Verbande nicht ängstlich zu sein. Eine besonders nach dem Rheinland zur Beruhigung der höchst unwilligen Geister entsandte Deputation mußte trotz aller Bemühungen unverrichteter Sache wieder abziehen.

Jetzt ist nun offenkundig geworden — was allerdings ein Geheimnis eigentlich schon längst nicht mehr war — daß hinter den rabiat gewordnen rheinländisch-westfälischen Malermeistern die großindustriellen Scharfmacher stehen; vielleicht sind diese sogar die direkten Anstifter der ganzen Differenz. Dem Verband der Maler ist nämlich folgendes geheime Zirkular zugeflogen:

Elberfeld, den 27. 8. 1913.

Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk
Geschäftsstelle: Elberfeld, Blierstr. 44, Fernspr. 4755.

Vertraulich! An unsere Mitglieder!

Der Ausstand im Maler- und Anstreichergewerbe ist beendet. (Vergleiche unser Rundschreiben vom 13. März d. J.). Auf Wunsch des Arbeitgeberverbandes für das Maler- und Anstreichergewerbe bitten wir unsere Mitglieder, etwa für das Frühjahr vorgesehene Arbeiten schon vorher vornehmen zu lassen, da im Frühjahr mit einer neuen Bewegung (!) gerechnet wird. Ferner bitten wir, die Arbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, die Mitglied des Arbeitgeberverbandes für das Maler- und Anstreichergewerbe sind. Auskunft erteilt dessen Geschäftsstelle: Barmen, Unterdörnerstr. 61, Tel. 407.

Hochachtungsvoll

Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk
J. A.: Dr. Lindemann.

Danach wollen die Unternehmer also noch länger im Tarifbruch verharren und im kommenden Jahre entweder wieder schärfer vorgehen, nachdem die bis in die jüngsten Tage angewendeten Zwangsmittel nicht vermochten, den Gehilfen einen schlechteren Tarif aufzuzwingen, oder sie erwarten dann von den Gehilfen nichts Gutes.

Schuld an dem unhaltbaren Zustand trägt der Gesamt-Unternehmerverband selbst mit am meisten. Er hat durch seine Hast, mit der er vor vier Jahren einen Reichstarif forderte — in der trügerischen Hoffnung, damit seine Reihen fester schließen zu können — den Bogen zu straff gespannt und eine Reaktion im eigenen Lager erzeugt, die jetzt gegen diese gerade vom Standpunkt der Malermeister falsche Tarifpolitik ankämpft.

Verschlimmert wird der Zustand mit dem Rheinland noch durch das zwiespältige Auftreten der Leitung des Unternehmerverbandes. Während dessen Vorsitzender immer noch Haftungsbestimmungen gegen die angeblich nicht tariftreuen Gehilfen verlangt, daneben aber den beharrlichen Tarifbruch eines ganzen Gaues des Unternehmerverbandes nach außen hin mitbilligt, um diesen tatsächlich für ihn blamablen Zustand zu beseitigen, erklärte er wiederholt im gleichen Atemzuge, er lasse sich nicht zum Büttel der Gehilfen gegen das tarifbrüchige Rheinland mißbrauchen und lehne es ab, anders als durch gütliches Zureden Wandel anzustreben. Wie sollen dann die abseits tanzenden Scharfmacher die gegen sie eingeleitete Aktion ernst nehmen? So ist denn das Ganze auch ein treffliches Beispiel für die Gewissenhaftigkeit, mit der sich die Bezirksorganisationen der Unternehmer bemühen, ihre tariflichen Pflichten nach dem Grundsatz von Treu und Glauben zu erfüllen. Und diese Leute verlangen Garantie für die Einhaltung der Tarifverträge durch die Gewerkschaften.

Kurze gewerkschaftliche Meldungen.

Der Tarifkampf im Karlsruher Metzgergewerbe ist in ein neues Stadium gerückt. Nachdem die beiden Firmen Gebr. Hensel und Stephan Gartner sich zu Unterhandlungen nicht herbeilassen, haben die Ausgesperrten unter Zustimmung der Kommission des Gewerkschaftskartells beschlossen, eine eigene Schlachterei und Wursterei in Form einer Gesellschaft m. b. H. zu gründen. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt und zugleich eine Kommission zur Vornahme der erforderlichen Vorarbeiten gewählt.

Die Differenzen bei der Firma „Delphin", Schuhfabrik in Straußberg, konnten in der ersten Streikwoche durch gegenseitige Verhandlungen beigelegt werden. Die Wiedereinstellung des Entlassenen wurde zugesagt und ein neuer Lohntarif mit etlichen Verbesserungen für die Arbeiter vereinbart. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, für Provinzielles Gottlieb Kasparek, für die Anzeigen Wilhelm Herzig; Verleger Alfred Jähnig, sämtlich in Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (T. G. m. b. H.).

Aus dem Geschäftsverkehr.

Hohe Auszeichnung. Auf der soeben geschlossenen Jubiläums-Koch-Kunst-Ausstellung in Hildesheim wurden die Spezialmargarine-Marken Rheinperle, Solo, sowie die bekannte Pflanzenbuttermargarine Cocosa abermals mit der goldenen Medaille bedacht. Diese höchste Auszeichnung bildet wiederum einen Beweis für die Güte der erwähnten Erzeugnisse, die sich in allen Kreisen der Konsumenten einer außerordentlichen Beliebtheit erfreuen.

An den

Verlag des „Volksblatts"

Halle (Saale),
Harz 42/43.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130923-17/fragment/page=0003

Eine Sensation!

Nur Dienstag, Mittwoch

Extra billige

Lebensmittel.

1/2 Pfd. Servelat- od. Salamiwurst	68 Pf.
1/2 Pfund Rotwurst, 1/2 Pfund Sülzwurst zus.	68 Pf.
1/2 Pfund Zwiebelwurst, 4 P. Kalbfleischwürstch. zus.	68 Pf.
2 Allenburger Ziegenkäse	68 Pf.
1/2 Pfund ff. Schweizerkäse, 1/2 Pfd. ff. Limburg. Käse zus.	68 Pf.
6 Bücklinge, 1/4 Pfund prima Lachs zus.	68 Pf.
2 Pfund Zucker, 1/2 Pfund Mandelersatz zus.	68 Pf.
1/2 Pfund Kaffe Haushaltmischung	68 Pf.
4 Pfund Weizenmehl	68 Pf.
15 Pakete rote Grütze oder Puddingpulver	68 Pf.
3 Pakete Dinerpudding	68 Pf.
20 Stück Kronenwürfel	68 Pf.
1/2 Pfd. feinste Molkereibutter	68 Pf.
1/2 Pfd. Delikatess-Süße, 1/4 Pfd. ff. ital. Salat zus.	68 Pf.

für Halle und Umgegend werden unsere zum erstenmal seit Bestehen unseres Hauses stattfindenden

Beachten Sie unser am Mittwoch erscheinendes Inserat.

68 Tage

bilden.

Besichtigen Sie unsere Schaufenster und Innen-Auslagen.

Der Anfang dieses grosszügig vorbereiteten **Verkaufs-Ereignisses** beginnt **Mittwoch früh 8 Uhr.**

Vorverkaufstag

Dienstag.

Hervorragend billig!

Im Parterre:

1 Pfund Blockschokolade	68 Pf.
1 Pfund Kakao	68 Pf.
1 Pfund Bruchschokolade	68 Pf.
1 Pfund gefüllte Malz-Kissen	68 Pf.
1 Pfund gefüllte Honig-Kissen	68 Pf.
1/2 Pfund Sahne-Karamellen, 1/4 Pfund Butter-Keks zus.	68 Pf.
1 Pfund gemischten Keks	68 Pf.
1 Pfund gefüllte Waffeln, 1/2 Pfund Pralinee zus.	68 Pf.
1 Paket Leibniz, 1 Tafel Sarotti-Schokol. zus.	68 Pf.
1/2 Pfund Waffelmischung, 1/4 Pfd. Schokol.-Plätzch. zus.	68 Pf.
1 Pfund Kokosflocken, 1/2 Pfund Pralinee	68 Pf.
1 Pfund Pfefferminzbruch, 1/4 Pfd. gebr. Mandeln zus.	68 Pf.
1 Pfund Pralinee, 1/2 Pfund Konfekt zus.	68 Pf.
1 Pfd. Erdbeer-, Himbeer- o. Aprikos.-Marmelade, 1 Pfd. Frischobstmarmel. zus.	68 Pf.

Hamburger Engros-Lager

LEOPOLD NUSSBAUM G. m. b. H.

3668

Goldtrauben ..... Pfund 28 Pf.	Blaue Weintrauben Pfund 24 Pf.	Preisselbeeren ... 5 Pfund 1,75 M.	Gemischte Marmelade .. 5 Pfd.-Eimer 1,18 M.

Dienstag billiger

Seefisch-Tag

in der

Nordsee!

Gr. Ulrichstrasse 58. Tel. 3783 u. 1275.

Seelachs ohne Kopf	Pfund 19 Pf.
Kabeljau ohne Kopf	Pfund 21 Pf.
Bratschollen ℔ 28 Pf.	Schellfisch o. Kopf ℔ 28 Pf.

Alle anderen Seefische billigst.

3554 Infolge großer Fänge

Allerfeinste echte **Kieler Sprotten** 2-Pfund-Kiste nur 88 Pf.

Empfehle: 1 Pfund feinste

Pflanzen-Teebutter (Margarine)

Pfund zu 90 Pfg.

Mitbringer dieser Annonce bekommen diese Butter pro Pfund 10 Pfg. billiger.

Nussbutter (Margarine)

Marke: Feinste Tafel, Pfund nur 70 Pfg. (nicht 75 Pfg.)

Wilhelm Traut, Triftstr. 22.

Bestell-Schein.

Bestelle hiermit das

Volksblatt für Halle und den Saalkreis

zum Abonnementspreise von monat. 60 Pfg. frei ins Haus, und die Wochenbeilage Neue Welt monatlich 10 Pfg.

Name: ..... Stand: .....

Wohnort: ..... Wohnung: ..... (Straße u. Hausnummer.)

Bestellt durch ..... Bei wem wohnhaft? .....

Falls Neue Welt nicht gewünscht wird, ist die Zeile zu durchstreichen.

Gutes Mittagessen:

Suppe, Braten, Gemüse, zusammen 15 Pfg.

Nach Anleitung unserer gratis beigelegten Kochanweisung verwendet, besitzt 1 Pfund **Ochsena-Extrakt** à 1 Mk. den Gebrauchswert von ca. 10 Pfund frischem **Ochsenfleisch.** Man kann daher mit ca. 30 bis 40 gr (ein gut gehäufter Teelöffel voll) Ochsena à Person ein sehr wohlschmeckendes, nahrhaftes Mittagessen mit dem Geschmack und Nährwert einer besonders kräftigen, würzigen

Fleischsuppe mit Gebratenem,

Bratensauce mit Gemüse, zusammen für 15 Pfg.

herstellen. Ochsena ist in den Kolonialwaren-Handlungen käuflich: Dose à 1 Pfund netto 500 gr 1 Mk., Dose à 1/2 Pfund 55 Pfg. Wo noch nicht zu haben, senden wir direkt an Private eine Probe-Dose à 1/2 Pfund netto 250 gr zu 70 Pfg. per Post franko nach jedem Orte Deutschlands. Zahlung nach Empfang und Gutbefund. Nichtgefallendes nehmen, auch angebrochen, jederzeit zurück. Ochsena ist unbeschränkt haltbar und uns beim Kais. Patentamt Berlin gesetzlich geschützt. *1756

Altona-Ottensen, MOHR & CO. G. m. b. H.

Merseburg.

Hans Käther,

*668 **Markt 20.**

Spielwaren. Geschenkartikel, Glaswaren, Reise-Andenken, Rucksäcke, Vereinsartikel.

Bekannt billige Preise.

Wasch-Gefässe,

dauerhaft und billig, Lagerbestand über 600 Stück.

— Transport frei Haus. —

Badewannen von 3 Mk. an, **Waschwannen** von 5 Mk. an, **Brühfässer** m. Deckel v. 4 Mk. an, **Schöpffässer,** Stück 60, 75, 90 Pf.

Böttcherei Schülershof I,

18 dicht am Markt.

— Gegründet 1883. —

Waschgefäße, dauerhaft, billigst.

Zander, Gr. Klausstraße 12.

*9 Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Seltener Gelegenheitskauf!

Ringschiff-Nähmaschine, wenig gebraucht, prachtvolles Gebett Federbetten, rotes Inlett, nur 18 Mark, Plüsch-Sofa, Uhr, Teppich, großer Spiegel, Flur-Garderobe spottbillig zu verkaufen 3546

Halle (S.), Geiststr. 21, II, rechts.

+ Frauen! +

Bei Störung, u. Unregelmäßigkeit wenden sich vertrauensvoll an Frau **F. Bruns, Oberhausen** (Rhld.) Friedenstr. 14. *11

Auskunft kostenlos.

Kimbeersaft

mit feinst. Raffinade eingekocht, per Pfund 50 ₰, bei 5 Pfund per Pfund 45 ₰ empfiehlt

Carl Booch, Breitestraße 1 u. Markt, Roter Turm. 3093

Pfefferminztee „Minzin"

vorzüglich für den Abendtisch, überall erhältlich, à Paket 10 Pf.

3424

Pökel-Knochen, Schweine-Köpfe,

(leicht gesalzen) Pfd. 40 Pfg., im größeren Posten Engros-Preis, empfiehlt **Wilh. Knobbe.** Näheres werktags **Buttermarkt und Landsbergerstraße 68** bei Herrn **Damm.** 3550

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 20. Sept.

Aufgeboten: Bufettier Bünting u. Klara Pfeiffer (Nikolaistr. 12 u. Kl. Ulrichstr. 33). Lokomotivheizer Brinkmann und Minna Dreilich (Spitze 16). Postbote Stübing u. A. Stein (Halle und Schmiedeberg). Straßenbahn-Wagenführer Frey u. J. Helmich (Mockau u. Leipzig). Bauführer Otto und A. Pohle (Halle und Meuschau). Kraftwagen-Führer Langrock u. F. Pennecknendorf (Halle u. Flechtingen). Gastwirt Rohne u. Ida Kolbig (Eisenach). Maschinenschlosser Hausbrandt u. Ida Eulenberg (Halle u. Köthen).

Eheschließungen: Tischler Thiel u. Martha Preßich (Kl. Ulrichstraße 7 und Gr. Ulrichstr. 11). Musikinstrumentenbauer Müller u. Margarete Kirchhoff (Gr. Märkerstraße 3 u. Lessingstr. 41). Vize-Feldwebel Frerichs u. Else Thieme (Krotoschin u. Freimfelderstr. 117). Oberpfleger Haberlag und Ida Dietrich (Grünstr. 7/8 u. Albrechtstraße 40). Kaufmann Feller u. Ella Kroß (Halberstadt u. Beesenerstraße 10). Lehrer Buchheim u. Elisabeth Domsgen (Stecklenberg u. Moritzzwinger 9). Obergärtner Berndt u. Helene Fiedler (Clausthal u. Sausedlitz). Buchdrucker Beyer u. Elsa Kittlaus (Leipzig-Reudnitz u. Kaulenberg 4). Former Richardt und Frida Neumeister (Merseburgerstr. 16 u. Raffinerie-straße 2). Glasmacher Polte und Frida Mehlet (Brettenstein u. Rob. Franzstr. 2).

Geboren: Bauarbeiter Clarius T. (Laubenstr. 18). Dreher Bamme S. (Kellnerstr. 9). Zuschläger Gutjahr T. (Sophienstr. 40). Arbeiter Salomon S. (Merseburgerstr. 104).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 2).

19. September.

Aufgeboten: Arbeiter Zimmermann u. Wally Barth (Reilstr. 7 u. Gr. Gosenstr. 26). Gelbgießer Müller u. Ida Haak (Eichendorffstr. 29 u. Körnerstr. 3). Kaufmann Conrad u. Therese Stöpel geb. Nähmer (Kl. Gosenstr. 5 u. Ammendorf). Schmied Eichler u. Anna Scheiding (Wöllis u. Seibliplstraße 17). Stadtbahnwagenführer Birkenbach u. Anna Müller (Hardenbergstr. 4 u. Schafstädt). Sanitäts-Ziegelfeldwebel im Fld.-Regiment 36 Lorenz u. Margarete Förster (Reilstr. 108 u. Lessingstraße 22).

Geboren: Eisenbahn-Hilfsschaffner Wiesmer T. (Georgstr. 15). Pfleger Kurzawski T. (Gr. Wallstraße 29). Arbeiter Peller S. (Fleischerstr. 22). Corpsdiener Fritsche S. (Karlstr. 33). Geschirrführer Porritz T. (Karlstr. 26). Gärtner Stadler a. Langenbogen Sohn.

Gestorben: Prakt. Arzt Dr. med. Danckert, 65 J. (Reilstr. 50). Arbeiters Grunewald T., totgeb. (Hermannstr. 19).

20. September:

Eheschließungen: Kaufmann Böttig und Martha Julius (Lippstadt und Mielandstraße 8). Rangierer Eberhardt und Else Findeisen (Mörl und Große Brunnenstraße 23). Büroboteuse Leuchte u. Elsbeth Berger (Göbenstr. 15). Arbeiter Schmidt u. Elise Schondorf (Jakobstraße 46 u. Hermannstraße 19). Tischler Riedel u. Lina Apitzsch (L. Wuchererstraße 19 u. Roitzsch). Tischler Dietzsch und Anna Müller (Kuhgasse 7 und Henriettenstraße 10).

Geboren: Arbeiter Heder T. (L. Wuchererstraße 58). Kaufm. Edelmuth T. (B. Schefflelstraße 10).

Gestorben: Schmieds Bohla T., 6 Mon. (Böckstraße 5). Witwe Sickert geb. Barth, 70 J. (Wittekindstraße 4). Arbeiter Mögler aus Gollma, 65 J. Witwe Nikolai geb. Hedicke, 87 J. (Lessingstraße 14).

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Halle a. d. Saale.

Nachruf.

Freitag den 19. September, abends 10 Uhr verstarb nach langer Krankheit, unser Mitglied

Paul Wolf

im Alter von 22 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Nordfriedhofes aus statt. 3556

Die Ortsverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130923-17/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 223 Halle (Saale), Dienstag den 23. September 1913 24. Jahrg.

Parteitag.

6. Verhandlungstag.

O. B. Jena, den 20. Sept. 1913.

Vors. Bock eröffnet die Sitzung um 8 Uhr.

Winnig-Hamburg und Julius Koch-Magdeburg erklären, daß sie für die Resolution Wurm gestimmt hätten, wenn sie nicht durch Parteiarbeit ferngehalten worden wären.

Maifeier.

Berichterstatter Ebert: Die vorjährigen Verhandlungen über die Abführung des Tagelohnes waren durchaus nicht erhebend, die Zwischenfälle bei Abstimmung über die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses waren sogar geradezu deprimierend. Viele Genossen haben für die in Chemnitz beschlossene Aufhebung des Nürnberger Beschlusses nur gestimmt, weil sie nachher eine besondere Regelung der Frage für die Partei- und Gewerkschaftsangestellten vornehmen wollten; das war nicht möglich, doch wurden alle diesbezüglichen Anträge dem Parteivorstand überwiesen. Wir schlagen Ihnen nunmehr vor, daß die Partei- und Gewerkschaftsangestellten den Tagelohn vom 1. Mai wieder abführen sollen. Erstrecken wir den Kreis derer, die den Tagesverdienst vom 1. Mai abführen sollen, weiter hinaus, so entstehen sofort die größten Schwierigkeiten. Jede Kontrollmöglichkeit fällt weg, und die Ausschlüsse häufen sich. In einzelnen Bezirken hat man trotz allen Anweisungen den Nürnberger Beschluß nicht durchgeführt. Man wollte vor allem Angestellte in Privatbetrieben, die Bureau- und Handlungsgehilfen, nicht ausschließen, wenn sie den Nürnberger Beschluß nicht durchführten. Vielfach stellte sich auch die wirtschaftliche Lage der betroffenen Personen als durchaus ungünstig heraus. In den Genossenschaften und Krankenkassen sah man bedauerlicherweise hier und dort lieber auf die Maifeier verzichten als dem Nürnberger Beschluß nachkommen. Ganz anders liegt es mit den Angestellten der Kampforganisationen, die die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen haben und den Arbeitern Opfer zumuten. Alle hier in Betracht kommenden Angestellten der Partei und Gewerkschaften müssen gern und freudig ihren Arbeitsverdienst vom 1. Mai abliefern. Auch die Generalkommission ist damit einverstanden, daß wir diese Maßregel zur Durchführung bringen. Jeden Widerstand gegen den Nürnberger Beschluß in dieser eingeschränkten Form müssen die Organisationen rücksichtslos brechen. Ein Partei- und Gewerkschaftsangestellter, der sich jetzt noch der Durchführung dieses Beschlusses nach der Abführung des Tagesverdienstes weigerte, würde damit einen solchen Mangel an Pflichtgefühl und Opfersinn zeigen, daß er das Vertrauen der Parteigenossen nicht mehr verdiente. (Zustimmung.) Uns erscheint dieser Vorschlag, wenn auch nicht vollkommen, so doch als der beste Ausweg aus einer verzwickten Lage. Von den Einnahmen der Maifeierfonds sind sowieso auch bisher nur 20 Proz. aus der Abführung des Tagesverdienstes geflossen.

Man hat auch die Frage aufgeworfen, ob man nicht auf dem nächstjährigen Wiener internationalen Sozialistenkongreß die Arbeitsruhe am 1. Mai erneut zur Debatte stellen soll. Die Arbeitsruhe am 1. Mai muß nach dem einstimmigen Urteil des Parteivorstandes in ihrer gegenwärtigen Form aufrechterhalten werden. Auch die deutsche Delegation in Wien wird sicherlich diesen Standpunkt teilen. Die Maidemonstration in ihrer jetzigen Form ist hervorragend geeignet, in den Massen Mut und Begeisterung zu wecken. Wir demonstrieren an diesem Tage nicht nur für den Achtstundentag, sondern auch gegen den kulturfeindlichen Militarismus und den männermordenden Krieg, gegen die Gefährdung des Koalitionsrechts, gegen den Stillstand der Sozialreform und die Verweigerung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Aus alledem muß der Gedanke der Maifeier neue Kraft gewinnen. Eine Abschwächung der Maifeier gerade in der gegenwärtigen Situation würde ein Zurückweichen sein, das die Massen nicht verstehen. (Sehr gut!) Den Treibereien der Rüstungshetzer und Scharfmacher muß sich mit steigender Wucht die Massenaktion des Proletariats entgegensetzen. Wenn wir im nächsten Jahre in Wien mit den Genossen der Internationale zusammentreten, sind es gerade 25 Jahre her, daß die neue Internationale entstanden ist. Auf jener ersten imposanten Tagung der neuen Internationale in Paris 1890 wurde die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen. Niemand wird gerade auf dieser Jubiläumstagung den Charakter der Maifeier abschwächen wollen. Ich bitte dringend, alle diese Anregungen abzulehnen. (Beifall.)

In der Diskussion erhält das Wort

Fries-Köln: Es liegt ein Antrag vor, daß die Referenten am 1. Mai nur die Barauslagen ersetzt erhalten. Ich sympathisiere stark mit diesem Antrag, aber wir haben an einem Orte die Erfahrung gemacht, daß dann die Referenten streiken. (Große Unruhe. Zurufe: Schöne Parteigenossen!) Hunderte gering bezahlter Arbeiter in der Fabrik müssen große Opfer am 1. Mai und das ganze Jahr hindurch für die Arbeiterbewegung bringen. Da ist eine Mißstimmung vorhanden und wer das leugnet, hat keine Fühlung mit den Massen. Der erste Schritt zur Beseitigung dieser Mißstimmung wäre, wenn sie mit möglichst großer Mehrheit beschließen würden, daß alle Angestellten ihren Tagesverdienst vom 1. Mai abführen müssen. Dann könnten sich diese als die wahrhaften Kulturpioniere der Arbeiterbewegung erweisen. (Beifall.)

Klingler-Berlin: Die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses ist von den Arbeitern als Faustschlag gegen die Bedrängten empfunden worden. Wir verlangen seine Wiederherstellung. Die Genossen in bevorzugter Stellung können für die Gemaßregelten Opfer des 1. Mai wohl ein kleines Opfer bringen. Viele Angestellte haben das gern getan. Wo soll der Idealismus bleiben, wenn wir nicht einmal das von allen Angestellten verlangen dürfen?

Fischer-Hannover: Machen wir doch endlich Schluß mit einem Buche, in dem nichts Schönes verzeichnet steht! Die Maifeier gewinnt durch die Abführung des Tagesverdienstes wirklich nichts. Entweder setzen wir uns endlich mit voller Kraft für die Arbeitsruhe ein oder wir verzichten endgültig darauf.

Groß-Hamburg: Wir müssen die teilweise recht erheblichen Aufwendungen für die Gemaßregelten des 1. Mai doch irgendwie decken. Dazu ist es nötig, daß alle Angestellten ihren Tagesverdienst vom 1. Mai abführen. In Hamburg haben wir damit nie Schwierigkeiten gehabt. Der Antrag des Parteivorstandes ist nicht Fleisch noch Fisch. Er macht die Abführung des Tagelohnes nicht so streng zur Pflicht, wie wir das wünschten. Unter solchen Umständen tut es einem beinahe leid, noch für die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Wir müssen entweder die Unternehmer zwingen, den 1. Mai in viel weiterem Umfange freizugeben, oder der 1. Mai hat überhaupt keinen Sinn. Vielleicht überlegen die leitenden Parteigenossen doch noch einmal, ob sie nicht in Wien eine andere Form der Maifeier vorschlagen, zumal wir doch in Deutschland die einzigen sind, die in größerem Umfange die Arbeitsruhe durchzuführen suchen.

Ein Schlußantrag von Auer-München findet mit großer Mehrheit Annahme.

In seinem Schlußwort betont Ebert nochmals, daß die Generalkommission mit dem Antrage des Parteivorstandes einverstanden ist. Die Maifeierfonds müssen natürlich noch andere Einnahmequellen haben als bloß die Tagelöhne der Angestellten.

Unter Ablehnung aller Anträge wird der Antrag des Parteivorstandes, daß Partei- und Gewerkschaftsangestellte ihren Tagelohn vom 1. Mai abführen sollen, mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt der Bericht der

Beschwerdekommission.

Referent Paulick-Dessau berichtet über den Fall Julius Brückner-Göppingen. Brückner hat am 8. März des Jahres in zwei Plakaten gegen die Beschlüsse der Partei-Organisation protestiert, an Stelle des Genossen Dr. Lindemann den Genossen Kinkel als Landtagsabgeordneten aufzustellen. Diese Plakate enthalten schwere Angriffe auf die Partei und sind geeignet, diese zu schädigen. Auch in den Gemeinderat hat Brückner seine Polemik getragen, der Landesvorstand hat ihm nun eine strenge Rüge erteilt, das Schiedsgericht ihn aber wegen beharrlicher Parteischädigung ausgeschlossen. Auch die Beschwerdekommission hat beharrliches Zuwiderhandeln gegen Parteibeschlüsse angenommen und den Ausschluß bestätigt.

Meier-Heidelberg: Die Minderheit der Beschwerdekommission hält eine scharfe Rüge als Strafe für genügend. Kinkel ist doch ein recht unsauberer Patron, der ja schließlich seine Kandidatur nicht hat aufrechterhalten können. Seine Aufstellung, nicht Brückners Protest ist daran schuld, daß der Wahlkreis verloren ging. Brückner hat aus lauteren Motiven gehandelt. Er hat zwar schwer gegen die Parteidisziplin verstoßen, aber nur, um einen notorischen Parteischädling zu beseitigen. Unser Urteil darf nicht nach der Schablone fallen, darf nicht unbillig hart sein, sondern sich dem Gefühl und Rechtsbewußtsein im Lande anpassen. Soll der Unanständige in der Partei bleiben und der Anständige hinausgeschmissen werden?

Hildenbrand-Stuttgart: Sie müssen die unerquicklichen Verhältnisse in Württemberg berücksichtigen. Brückner wollte nur das Ansehen und die Würde der Partei vor Schädigung bewahren. Er ist ein seit 30 Jahren tätiger alter Genosse und hat sich nie etwas zuschulden kommen lassen. Brückner hat sich mit seinem Protest zunächst an das Parteiblatt gewandt und ist dort abgewiesen worden. Das Plakat enthielt auch nichts, was die Gegner nicht schon wußten. Ich bitte Sie, sich dem Urteil des württembergischen Landesvorstandes anzuschließen.

Hermann Müller (Parteivorstand): Wir haben Brückner seinen guten Glauben gerne angerechnet, aber das beharrliche Zuwiderhandeln und die Parteischädigung sind aber nachgewiesen. Der Ausschluß ist also unvermeidlich. Wenn gegen Kinkel wirklich soviel Material vorliegt, warum beantragt man nicht seinen Ausschluß? Nebenbei im Verfahren gegen Brückner auch über Kinkel abzuurteilen, ist unmöglich. Gerade wegen der vielen Streitigkeiten in Württemberg müssen wir Brückner ausschließen; denn wenn dort die Parteigenossen gegeneinander auch noch mit Anschlägen an den Plakatsäulen wüten, können wir Schönes erleben. (Sehr wahr!)

Der Parteitag bestätigt mit großer Mehrheit den Ausschluß Brückners.

Den weiteren Bericht der Beschwerdekommission erstattet

Rossel-Leipzig: Gegen den Verein Frauenstift in Nürnberg und seinen Vorsitzenden, den altverdienten Genossen Philipp Wiemer, hat Schmucker-Nürnberg eine Beschwerde an die Kreisregierung gerichtet, die schlimme Denunziationen und Angriffe auf die Selbstverwaltung der freien Hilfskassen enthält. Als das Schiedsgericht ihm mildernde Umstände bewilligte, weil er sich der Tragweite seines Vorgehens nicht bewußt gewesen wäre, hat er das benutzt, um Wiemer aus dem Amte zu drängen. Die Kontrollkommission hat auf Beschwerde der Nürnberger Parteiorganisation einstimmig auf Ausschluß Schmuckers wegen ehrloser Handlungen erkannt.

Nach einigen Bemerkungen von Franz Schmitt-München und Treu-Nürnberg beschließt der Parteitag einstimmig den Ausschluß.

Eine Beschwerde von Julian Borchardt gegen die Besetzung seines Schiedsgerichts, die bereits die Kontrollkommission einstimmig abgewiesen hat, ist auch von der Beschwerdekommission einstimmig zurückgewiesen worden. Der Parteitag tritt dem bei.

Der Konsumvereinsangestellte Schmedocks in Elberfeld-Barmen hat sich beharrlich geweigert, den Maifeierbeitrag abzuliefern. Mit Rücksicht auf seine Bitte um Verzeihung und seine bedrängten Verhältnisse hat das Schiedsgericht ihn nur mit einer ernsten Rüge belegt. Dagegen hat die Organisation mit der Begründung Berufung eingelegt. Schmedocks habe bei Darstellung seiner Not das Schiedsgericht belogen. Der Nachweis dafür ist nicht erbracht worden. Die Beschwerdekommission tritt dem Urteil des Schiedsgerichts bei. Ebenso der Parteitag.

Ein ähnlicher Fall betrifft den früheren Genossen Schlackmann in Elberfeld-Barmen. Das Urteil gegen ihn auf Ausschluß ist bereits rechtskräftig geworden. Die Beschwerdekommission empfiehlt ihm, beim Bezirksvorstand seine Wiederaufnahme nach § 31 des Organisationsstatuts zu beantragen.

Julius Linde in Luckenwalde ist vom Schiedsgericht wegen einer Aeußerung für unfähig zur Bekleidung von Ehrenämtern erklärt worden. Die Beschwerdekommission will es angesichts der unerfreulichen Parteiverhältnisse in Luckenwalde bei einer Rüge bewenden lassen. Seiler-Luckenwalde und Ewald-Zauch-Belzig verteidigen ihre Wahlkreisorganisation gegen diese Charakterisierung. Linde sei ein Stänker, den schon der Metallarbeiterverband für nicht wieder aufnahmefähig erklärt habe. — Der Parteitag stellt das Urteil des Schiedsgerichts wieder her.

Thebes-Hohensteinfurt ist wegen Förderung einer Sonderkandidatur von den Ehrenämtern ausgeschlossen und mit einer Rüge belegt worden. Der Parteitag bestätigt das Urteil.

15 Genossen in fünf verschiedenen Fällen, nämlich acht Textilarbeiter in Plauen, ein Metallarbeiter in Breslau, ein Metallarbeiter in Grabow, zwei weitere Metallarbeiter in Breslau und drei Maler in Frankfurt a. M., sind wegen Teilnahme an Lokalorganisationen ausgeschlossen worden. Der Parteitag bestätigt diese Entscheidung.

Ein umfangreiches Aktenstück behandelt die Klage des Wahlvereins in Kamen gegen Schmitz-Soest. Festgestellt worden ist vor dem Schiedsgericht von vielen Anklagen nur das eine, daß Genosse Schmitz einen anderen Genossen als „totnäsigen Kerl" bezeichnet habe. (Heiterkeit.) Das Schiedsgericht hat ihm deswegen eine Rüge ausgesprochen (Heiterkeit), die Beschwerdekommission aber auch diese aufgehoben, weil irgendwelche Beziehung zur Partei nicht vorliege. Redner richtete an die Genossen die Bitte, nicht wegen solcher Lappalien den ganzen Verwaltungskörper der Partei in Bewegung zu setzen. (Lebh. Zustimmung.)

Es soll sodann noch eine prinzipielle Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob Schiedsgerichts-Sitzungen parteiöffentlich sind oder nicht. Die Beschwerdekommission steht auf dem Standpunkt, daß das nicht der Fall sein kann. Auf Antrag Scheidemann wird diese wichtige Frage dem Vorstand und Ausschuß zur Beratung überwiesen.

Es folgt der Fall Radek. Die Beschwerdekommission hat sich dem Standpunkt des Parteivorstandes nach Anhörung der Genossen Henke-Bremen und Müller (Parteivorstand) angeschlossen und wünscht den Fall Radek für die deutsche Sozialdemokratie durch Annahme folgenden Antrages zu erledigen:

Personen, die aus einer dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderparteien wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, Mitgliedsrechte nicht erwerben.

Vorsitzender Ebert teilt mit, daß ihm von verschiedenen russischen und polnischen Parteiorganisationen Erklärungen zum Fall Radek zugegangen seien. Da es sich hier aber nur um die Formfrage handle, sei eine Verlesung derselben nicht angebracht. Der Parteitag stimmt dem zu.

Müller-Berlin (Parteivorstand): Man wirft uns vor, daß wir ein Gelegenheitsgesetz mit rückwirkender Kraft schaffen wollten. Aber der Chemnitzer Parteitag hat uns ja den Auftrag gegeben, den Entwurf einer solchen Regelung vorzuschlagen. Bis jetzt liegt dem Falle Radek nur das polnische Urteil erster Instanz vor. Wir haben keine Pflicht und kein Recht, dieses Urteil nachzuprüfen. Sonst könnte schließlich ein polnischer Genosse alle Parteien der Internationale jahrelang in Atem halten. (Sehr wahr!) Wir können nicht Tausende und Abertausende von Mark verpulvern, um Schiedsgerichtsurteile über polnische Genossen nachzuprüfen. (Sehr richtig!) Wegen eines Arbeiters hätte man nicht so viel Umstände gemacht, wie um Radek. (Stürm. Beifall und Unruhe.) Radek war in Leipzig 46 Wochen organisiert, in Berlin nur eine einzige Woche. Er hat behauptet, in Berlin an einen Bezirksführer 3 Mk. Mitgliedsbeiträge gezahlt zu haben. Nach gründlicher Untersuchung hat er schließlich selbst zugegeben, er müsse sich mit dieser Behauptung wohl geirrt haben. Das ist Radek in Reinkultur. (Lebh. Zustimmung.) Die Bremer Bürgerzeitung hat die Theorie aufgestellt, wir müßten jeden, der sich meldet, ohne Nachprüfung aufnehmen; wenn er Schuft, Spitzel oder Heuchler sei, könnten wir ihn ja nachher ausschließen, das sei der Geist unseres Organisationsstatuts. Nein, wir wollen uns nicht jeden Schuft, Spitzel oder Heuchler auf den Hals kommen lassen, sondern von vornherein einen Riegel vorschieben. (Lebh. Zustimmung.) Das andere ist nicht der Geist des Statuts, sondern nur der Geist von Bremen. (Sehr gut!) Bisher bestand für solche Fälle eine Lücke im Organisationsstatut, und jetzt fordern wir Sie auf, sie im Geiste der Internationale auszufüllen.

Karl Liebknecht, der nur mit großer Unruhe angehört wird, protestiert dagegen, daß Müller auf Umwegen doch auf das Materielle des Falles Radek eingegangen sei. Ihm sei es ganz gleichgültig, ob es sich um einen Arbeiter oder Literaten handle, wenn es eine Frage der Gerechtigkeit und des Rechtsgefühls sei. Der Nachprüfung eines ausländischen Urteils, zum mindesten in bezug auf die Zuständigkeit der Organisation, könne sich niemand entziehen. Der Redner begründet daher folgenden Antrag:

1. Den Antrag des Parteivorstandes, dem Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel zur Erwägung und zur eventl. Herbeiführung einer allgemeinen Regelung der Frage zu überweisen, ob und in welchem Umfange der Ausschluß aus einer dem Internationalen Bureau angeschlossenen Partei bindende Kraft für die übrigen angeschlossenen Parteien besitzt.

2. Für den Fall der Ablehnung des Antrags 1 dem Antrage des Parteivorstandes einzufügen, daß das Urteil einer ausländischen Parteiorganisation die gedachte Wirkung nur hat, wenn es unter Rechtsgarantien gefällt ist, die denen in der deutschen Partei vorhandenen gleichwertig sind.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Fritsch-Liegnitz begründet, von Katzenstein-Berlin bekämpft, wird mit 175 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

Katzenstein-Berlin: Ich bedaure, daß ein Mitglied des Parteivorstandes im Falle Radek von Gerechtigkeitsmeiern sprach. (Sehr gut!) Ein Zentner Gerechtigkeit zuviel ist besser als ein Gramm Gerechtigkeit zu wenig. Kein deutsches Gericht erkennt ausländische Urteile ohne weiteres an, kein bürgerliches Strafrecht hat rückwirkende Kraft. Sollen wir in diesen beiden Beziehungen hinter bürgerlicher Rechtssicherheit zurückbleiben. Gleichviel, was Sie sonst entscheiden: Radek ist in Bremen als Parteimitglied aufgenommen worden und kann aus der deutschen Partei nur durch ordentliche Schiedsgerichtsverfahren entfernt werden. Ich bedaure, daß Müller den demagogischen Trick angewendet hat, den Arbeiter gegen den Literaten auszuspielen. Wir haben den Beweis dafür, daß ein einfacher Proletarier genau denselben Schutz gefunden hat, wie wir ihn für Radek verlangen, ich meine den Fall Kasprzak. Kasprzak war von einer polnischen Parteigruppe angeklagt, Lockspitzel des Blutzaren zu sein, aber die deutsche Partei hat ihn dagegen verteidigt und er hat mit seinem Kämpfertod bezeugt, daß wir damit das richtige getroffen haben. Diesen Rechtsschutz sollten wir auch Radek nicht verweigern, weil die Ehre und Würde der deutschen Sozialdemokratie von ihr Gerechtigkeit verlangt. (Lebh. teilweiser Beifall.)

Genossin Luxemburg: Nach meiner Ueberzeugung kann der Fall Radek nicht mehr anders erledigt werden, als daß er von den deutschen Parteiinstanzen gründlich erörtert wird. Wir können diese Aufgabe weder auf das Internationale Sozialistische Bureau abschieben, noch uns hinter formale Gründe verstecken. Radek hat jetzt jahrlang die deutsche Partei beschäftigt, darum können wir ihn jetzt nicht einfach durch einen Beschluß mit rückwirkender Kraft erledigen. Der polnische Parteivorstand würde es mit Freuden begrüßen, wenn die deutsche Sozialdemokratie den Fall in vollem Umfange untersucht. Ich bitte Sie, wenigstens diesen Antrag von mir auf dem Parteitag anzunehmen. (Heiterkeit und Beifall.)

Oskar Cohn-Berlin: Ich will mich mit Müllers demagogischen Tricks nicht weiter beschäftigen. Vorsitzender Ebert rügt diesen Ausdruck). Wir wollen nur, daß in der deutschen Partei Recht Recht bleibt, auch gegenüber den ausländischen Genossen. Da eine Lücke im Statut ist, müssen wir sie ausfüllen, aber wir können das unmöglich mit rückwirkender Kraft. Das widerstrebt dem Anstandsgefühl einer großen Partei. Dazu würde sich kein Strafgericht des Klassenstaats bereit finden. Wahrscheinlich möchte der Parteivorstand selbst von seinem Standpunkt loskommen, aber er hat sich festgelegt. In München hat Pfannkuch zum Fall Kasprzak ausdrücklich erklärt, wir müssen uns das Recht vorbehalten, ausländische Urteile nachzuprüfen. Nach diesem Grundsatz müssen Sie auch heute verfahren.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt

Gottschalk-Königsberg: Die Beschwerdekommission hat überhaupt nicht beschlossen, dem Antrage des Parteivorstandes rückwirkende Kraft auf den Fall Radek zu geben.

Mayer-Heidelberg und mehrere andere Mitglieder der Beschwerdekommission stellen fest, daß die Beschwerdekommission mit 8 gegen 1 Stimme der Ansicht war, daß durch Annahme des Vorstandsantrages der Fall Radek für Deutschland erledigt sein soll.

In der Abstimmung, die unter großer Unruhe und nach lebhaften Auseinandersetzungen über die Reihenfolge der Anträge vor sich geht, wird der Antrag des Parteivorstandes mit großer Mehrheit angenommen und ebenso beschlossen, daß er rückwirkende Kraft auf den Fall Radek haben soll. Es werden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130923-17/fragment/page=0005

aber auch beide Teile des Liebknechtschen Antrages und darauf der gesamte Antrag Liebknecht mit 163 gegen 158 Stimmen angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung erklärt Noske-Chemnitz. Das Braunschweiger Parteiblatt bestreitet, die Wendung gebraucht zu haben, die ich in meiner Rede zum Fraktionsbericht ihm zuschrieb. Das Zitat lautet wörtlich: „Alles, was das Proletariat innerhalb der bestehenden Ordnung erreichen kann, ist doch schließlich nur ein Dreck." Mein Urteil über eine solche Schreibweise steht fest.

Die polnische Sonderorganisation.

Es folgt die Beratung des Antrages des Parteivorstandes, die Einigungsbedingungen mit der P. P. S. (Polnischen Sozialistischen Partei) aufzuheben.

Braun (Parteivorstand): Wir haben schon zahlreiche Polendebatten auf unserem Parteitag gehabt. Seit 1906 haben wir die P. P. S. regelmäßig unterstützt und insgesamt über 160 000 Mark an sie gegeben. Aber die Zwistigkeiten haben nicht aufgehört, und die Bewegung ist nicht vorwärts gegangen. Die polnischen Genossen sind sehr weit li. die altpolnische Bewegung hineingeraten und haben dem Parteivorstand und der Generalkommission die ungerechtesten Vorwürfe gemacht. Die bürgerlichen polnischen Parteien können den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit den eignen Worten der P. P. S. führen. Die Doppelorganisation ist nicht länger aufrechtzuerhalten. Die Zersplitterung ist daran schuld, daß wir in den polnischen Landesteilen nicht vorwärtskommen. Wir lehnen nach wie vor jeden Nakatismus auf das entschiedenste ab, aber die polnischen Arbeiter gehören in unsere einheitliche Organisation hinein, genau wie die französischen Arbeiter in Elsaß-Lothringen, und die andersprachigen Arbeiter in anderen Grenzbezirken. (Beifall.)

Katzenstein-Berlin: Die polnischen Arbeiter sind noch ganz besonders ausgebeutet und unterdrückt. Deshalb sollten wir ihnen soweit wie möglich entgegenkommen und ihnen auch besondere Mandate im Reichstag und Landtag einräumen. Die P. P. S. hat gewiß viele schwere Fehler begangen, aber wenn wir zu einer gegenseitigen Bekämpfung kommen, wirkt es noch schlimmer, wird noch mehr Geld zwecklos ausgegeben. Bessere Erfolge als in den polnischen Landesteilen haben wir auch im Saargebiet oder anderen schwer zu bearbeitenden Gegenden nicht. Die P. P. S. hat große Erfolge in Galizien erzielt; sie steht auch im schärfsten Kampf gegen die bürgerlichen Sozialisten. Im Geiste der Internationale sollten wir den Antrag des Vorstandes ablehnen.

Hörsing-Beuthen: Die polnischen Arbeiter wollen gar keine Sonderorganisation. Wer auf dem Boden des Klassenkampfes steht, kommt zur Sozialdemokratie, und wer es nicht tut, kommt auch nicht zur P. P. S. Die freien Gewerkschaften haben in Oberschlesien 12 000 Mitglieder. Eine solche einheitliche Organisation wollen wir auch, nicht um zu germanisieren, sondern um wirksamer den Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu organisieren.

Ledebour-Berlin: Wenn wir gegt die Gemeinschaft mit der P. P. S. aufheben, werden wir das größte Mißtrauen unter die polnischen Proletarier säen. Dann wird unsere Agitation noch weniger vorwärts gehen als bisher.

Der Antrag des Parteivorstandes wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Anträge zur Organisation werden dem Parteivorstand und Parteiausschuß überwiesen. Abgelehnt wird der Antrag auf Wiederaufnahme der Lokalisten in die Partei. Ein Antrag des Parteivorstandes will das Organisationsstatut dahin ändern, daß die Mitgliederrechte ruhen, sobald von einer Instanz auf Ausschluß erkannt ist.

Heilmann-Chemnitz: Wird dieser Antrag angenommen, dann können zwei Mitglieder des in Sachsen aus drei Personen bestehenden Bezirksvorstandes jedem Genossen die Ausübung eines Mandats oder anderer Ehrenrechte unmöglich machen. Das wäre kein rechtliches Ausschlußverfahren mehr, sondern ein Standrecht.

Müller (Parteivorstand). Die Bezirksvorstände haben sich bisher als durchaus objektiv erwiesen.

Der Antrag des Parteivorstandes wird angenommen.

Die Wahlen zur Parteileitung

haben folgendes Resultat ergeben: abgegeben sind 473 Stimmzettel. Die absolute Mehrheit beträgt also 237. Zu Vorsitzenden sind gewählt: Haase mit 467 und Ebert mit 438 Stimmen. Zum Kassierer Braun mit 458 Stimmen. Als Sekretäre haben erhalten: Bartels-Altona 269, Gerisch 466, Dißmann-Frankfurt a. M. 211, Molkenbuhr 440, Hermann Müller 442, Pfannkuch 468, Scheidemann 445, Luise Zietz 450 Stimmen. Gewählt sind Bartels, Gerisch, Molkenbuhr, Herm. Müller, Pfannkuch, Scheidemann und Luise Zietz.

Als Beisitzer haben erhalten Brühl 232, Wels 245, Wengels 430 Stimmen. Gewählt sind Wels und Wengels.

Bei der Wahl der Kontrollkommission haben erhalten: Bock 373, Brey 193, Brühne 436, Ernst 427, Geck 309, Geyer 247, Helene Grünberg 158, Hengsbach 347, Löbe 191, Sindermann 247, Stubbe 315, Timm 368, Klara Zetkin 288 Stimmen. Zwischen Sindermann und Geyer hat das Los zugunsten Geyer entschieden. Die Kontrollkommission setzt sich also wie folgt zusammen: Bock, Brühne, Ernst, Geck, Geyer, Hengsbach, Stubbe, Timm, Klara Zetkin. Die Kommission hat sich konstituiert und Bock zum 1., Brühne zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Die Zahl der Mitglieder des Zentralbildungsausschusses wird von 7 auf 9 erhöht. Gewählt sind vom Parteivorstand und Kontrollkommission David-Mainz, Heimann-Berlin, Korn-Berlin, Laufenberg-Hamburg, Löbe-Breslau, Mehring-Berlin, Adolf Müller-München, Heinrich Schulz als Geschäftsführer und Klara Zetkin.

Die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag wird dem Vorstand und Ausschuß überlassen. Der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages das Thema: Staat und Kirche zu setzen, wird gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Ein Antrag Grumbach, den nächsten Parteitag vor dem Internationalen Kongreß in Wien stattfinden zu lassen, wird dem Vorstand und Ausschuß überwiesen.

Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt.

Schlußwort.

Vors. Ebert dankt den Jenaer Genossen für die freundliche Aufnahme und besonders für die prächtige Aufführung am Sonntag abend. Den Kommissionsmitgliedern und den Vertretern der Presse für ihre fleißige Arbeit. Er wirft dann einen Rückblick auf die Verhandlungen des Parteitages: der Parteitag hat fleißige und gute Arbeit geleistet. Der Tätigkeit der Parteileitung und der Reichstagsfraktion ist zugestimmt worden. Beiden Körperschaften sind für ihre künftige Tätigkeit wichtige Anregungen gegeben worden, die weitgehende Berücksichtigung finden werden. Die überaus wichtige und sehr komplizierte Steuerfrage, die uns seit Jahren lebhaft beschäftigte, hat der Parteitag gründlich bearbeitet. Die fleißige Vorarbeit der Referenten ermöglichte eine ersprießliche Behandlung des Themas. Die angenommene Resolution hat die Richtlinien eines scharfen Klassenkampfes festgehalten und den Grundsatz proletarischer Steuerpolitik zum klaren Ausdruck gebracht. Die Entschließung des Parteitages wird bei der Agitation im Lande und bei der Tätigkeit unserer Vertreter im Reich, Bundesstaat und Gemeinde gute Dienste leisten. Mit der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge hat der Parteitag eine Frage des Lebensinteresses für Hunderttausende von Arbeiterfamilien berührt. Es muß jetzt ein Massensturm organisiert werden, der mit unwiderstehlicher Wucht die Herrschenden zu einer ernsthaften Arbeitslosenfürsorge zwingt. (Lebh. Beifall.) Auch die Frage des Massenstreiks ist erneut erörtert worden. Ueber die Art des Kampfes und seiner Propagierung bestehen Meinungsverschiedenheiten, volle Einigkeit aber über das Ziel, zu dessen Erreichung, wenn andere Mittel versagen, erneut der Massenstreik angewendet werden muß. Die Dreiklassenschande in Preußen muß beseitigt werden, koste es, was es wolle. (Lebh. Beif.) Unser Beschluß ist klar und unzweideutig auch für die, die in kurzsichtiger Verblendung sich der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts widersetzen. Wir alle sagen: entweder das freie Wahlrecht oder der Massenstreik. (Sehr gut!)

Unseren Gegnern hat diese Tagung recht bittere Enttäuschung gebracht. Sie setzen ihre Hoffnung nur noch auf die Selbstzerfleischung der Partei und hatten gerade an dieser Parteitag besondere Erwartungen geknüpft. Aber bei aller sachlichen Schärfe ist der Meinungsstreit stets in gutem kameradschaftlichem Geiste geführt worden, und der entschiedene Wille zur Einheit und Geschlossenheit stärker als jemals zum Ausdruck gekommen. Nur die Zusammenfassung aller Kräfte kann dem Proletariat auch in Zukunft weitere Erfolge bringen. (Beifall.) Wenn wir uns jetzt anschicken, in die Heimat zurückzukehren, und jeder wieder auf seinen Posten geht, legen wir das aufrichtige Gelöbnis ab, in alter Treue unsere beste Kraft einzusetzen für die Partei, für die Befreiung des Proletariats aus politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung. Dabei wird uns das glänzende Beispiel leiten, das uns unser großer unvergeßlicher Meister Bebel gegeben hat. (Lebh. Beifall.) So vereinigten wir uns in dem alten Schlachtruf: **Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch!**

Die Delegierten stimmen begeistert dreimal in das Hoch ein und singen stehend den ersten Vers der deutschen Arbeitermarseillaise.

Vors. Ebert: Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß: 1½ Uhr.

Gewerkschaftliches.

Die Streikbewegung in England.

Die blutigen Vorgänge in Dublin, der heroische Kampf der irischen Arbeiter gegen den Uebermut eines skrupellosen Scharfmachertums haben das Solidaritätsgefühl der englischen Arbeiter entfacht. Wieder brechen eine Anzahl „wilder" Streiks an allen Ecken und Enden des Landes aus. Nirgends ist etwas von Agitatoren und Aufhetzern zu spüren, es ist der einfache, unbekannte und ungenannte englische Arbeiter selbst, der nicht ruhig zusehen kann, wie seine Arbeitsbrüder in Irland vom übermächtigen Kapitalsprotzentum auf die Knie gezwungen werden sollen. Ganz auf eigene Initiative haben sich einige Eisenbahner in Liverpool geweigert, aus Dublin herrührende Streikbrecherware — Ware, die von Streikbrechern erzeugt oder transportiert worden ist — zu handhaben. Als sie dafür gemaßregelt wurden, traten, wie man uns aus London meldet, Tausende ihrer Kameraden in den Streik. Am folgenden Tage wiederholte sich genau derselbe Vorgang in Birmingham, nur daß hier der Streik sofort größere und erbittertere Formen annahm. Und wie die Eisenbahngesellschaften versuchen, die befleckte und die wie Pest gemiedene Ware insgeheim auf anderen Routen zu transportieren, pflanzt sich der Kampf der Arbeiter von Ort zu Ort fort. Heute hat die Bewegung bereits auf die Eisenbahnzentren Crewe, Derby, Sheffield und Newcastle-on-Tyne übergegriffen. Vor zwei Tagen schien es, als ob wir am Vorabend eines neuen allgemeinen Eisenbahnerstreiks im ganzen Reich stünden, und noch ist nicht alle Gefahr einer solchen Entwicklung behoben. Insbesondere die Eisenbahner von Birmingham, wo bereits 7000 am Kampfe teilnehmen, haben mit großem Ungestüm die Erklärung eines Generalstreiks gefordert. Der Vorstand des Eisenbahnerverbandes hat dieses Verlangen jedoch entschieden abgelehnt, weil seiner Ansicht nach kein günstiges Kampfobjekt für eine so gewaltige Maßnahme vorhanden ist.

Augenblicklich spricht die Wahrscheinlichkeit für die baldige Beilegung des Kampfes. In Liverpool ist eine bedingungsweise Verständigung zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Arbeitern zustande gekommen, wonach die Gesellschaften bereit sind, alle gemaßregelten Arbeiter wieder einzustellen, wenn diese die Waren unterschiedslos handhaben wollen. Die Liverpooler Eisenbahner wollen sich zu diesem Kompromiß verstehen unter der Bedingung, daß auch in den anderen Eisenbahnzentren, und vor allem auch in Dublin, der Friede auf den Eisenbahnen zustande kommt. In diesem Falle kämen die Liverpooler Eisenbahner natürlich nicht in die Lage, von Streikbrechern transportierte Waren handhaben zu müssen. Es ist Aussicht vorhanden, daß der Friede auf dieser Grundlage zustande kommt.

Die Kämpfe dieser Woche haben die prinzipielle Frage der Sympathiestreiks im Transportgewerbe erhoben, und dieses Problem wird namentlich von der Eisenbahnergewerkschaft gelöst werden müssen. Das ist eine Frage von der allergrößten Bedeutung für die Zukunft der Arbeiterbewegung in Großbritannien, und die Antwort darauf ist so schwierig und verantwortungsvoll, daß keiner voreilig aburteilen wird.

Auf der andern Seite steht die hochbedeutsame Tatsache, daß im ethischen Empfinden der englischen Arbeiterklasse eine bemerkenswerte Wandlung vollzogen hat. Es ist unleugbar wahr, daß die englischen Arbeiter es mehr und mehr als unmoralisch, als ihrer Klasse unwürdig empfinden, Waren anzurühren, die von Streikbrechern gehandhabt worden sind; sie sehen in ihnen das corpus delecti, den zum greifbaren Objekt gewordenen Triumph der Kapitalisten über ihre kämpfenden Brüder. Diese ethische Wandlung erscheint als ein greifbares Ergebnis der großen Gährung der letzten Jahre. Sie ist eine Tatsache, mit der gerechnet werden muß. Wenn sich zeigen wird, daß die von den Arbeitern impulsiv gewählte Form, dieser Empfindung Ausdruck zu geben, nämlich die Form von Sympathiestreiks im Transportgewerbe, verfehlt ist, dann werden andere, systematischere Aktionsformen gefunden werden müssen, um das erstarkte Solidaritätsgefühl in solchen Fällen zu betätigen. Da die Frage des Streikbruchs in der Regel nur bei finanziell schwachen Gewerkschaften eine entscheidende Rolle spielt, so dürfte dabei hauptsächlich eine besondere Umlage aller organisierten Arbeiter zur Unterstützung der Streikenden in Betracht kommen. So würde beispielsweise ein besonderer Beitrag von einem Penny (8 Pfennig) die Woche zur Unterstützung der Dubliner Kämpfer die dortigen Scharfmacher sofort zur Kapitulation zwingen. Dieser Vorschlag ist übrigens schon von mehreren einsichtsreichen Gewerkschaftsführern erhoben worden und wird möglicherweise praktische Früchte tragen.

Unabhängig von den anderen Transportarbeiterstreiks ist der Kampf der Londoner Autoomnibusführer ausgebrochen. Die Firma Tilling, die einige Hundert solcher Omnibusse besitzt, erließ einen Ukas, der ihren Angestellten verbietet, während des Dienstes das Gewerkschaftsabzeichen am Rocke zu tragen. Die empörten Arbeiter traten unter dem großen Beifall des ganzen Publikums und der Presse aller Parteien in den Streik. Die erste Folge dieses Gewaltstreichs war, daß auch die Angestellten der anderen Omnibusgesellschaften ostentativ ihre Organisationsabzeichen hervorholten, und heute ist kein Omnibusführer ohne solches Abzeichen zu sehen. Gleichzeitig drohten die Omnibusführer der anderen Gesellschaften einen allgemeinen Streik zur Unterstützung der Streikenden an und auch die Angestellten der Londoner Untergrundbahnen erwägen eine ähnliche Stellungnahme. Die Firma Tilling sah sich zwar bald gezwungen, ihren Ukas zu widerrufen, aber sie verweigert jetzt die inzwischen aufgestellte Forderung auf Anerkennung der Organisation. Die Frage des Generalstreiks wird voraussichtlich am Montag, nach einem amtlichen Vermittlungsversuch, entschieden werden.

London, 21. September. Dem B. T. wird aus Liverpool gemeldet, daß der dortige Eisenbahnerstreik beendet (?) sei. Die Streikenden setzten ihren Willen durch, daß die entlassenen Arbeiter der Cheshirelinie ohne Strafen wieder eingestellt werden. Der Streik in Crewe soll ebenfalls zu Ende sein, dagegen wächst die Streikbewegung in Sheffield.

Manchester, 21. September. Die Arbeit ruht vollständig. Auf den Docks von Manchester feiern 5000 Mann, und etwa 50 Schiffe sind an der Abfahrt verhindert. Die Direktoren der Kanalgesellschaft lehnen jedes Zugeständnis und sogar den Empfang einer Arbeiterdelegation ab. Die Arbeiter bereiten sich auf einen lange währenden Streik vor.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), 22. September 1913.

Lichtbildervortrag für Frauen.

Der Sozialdemokratische Verein veranstaltet morgen, Dienstag, abend in den Ballsälen (Inh. Fritz Sachse), Lerchenfeldstraße 14, einen Lichtbilder-Vortrag, in dem Frau Wartenberg über **Frauenkrankheiten, ihre Ursachen, Verhütung und Heilung** sprechen wird. Zutritt haben nur Frauen und erwachsene Mädchen gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs des Sozialdemokratischen Vereins. Karten sind zu haben in den bekannten Stellen, in der Buchhandlung und im Parteisekretariat, Harz 42/43. Anfang Oktober findet ein zweiter Vortrag im Volkspark statt.

Militärrente und Reservisten.

Die in diesen Tagen zur Entlassung kommenden Reservisten haben Anspruch auf „Militärrente", wenn und so lange ihre Erwerbsfähigkeit infolge einer Dienstbeschädigung aufgehoben oder um wenigstens 10 Prozent gemindert ist. Es kommt also nicht nur militärische Dienstunfähigkeit in Frage.

Bei der Beurteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit ist ebenso wie bei den zu einer Uebung eingezogenen Reservisten, der vor der Einstellung in den Militärdienst ausgeübte Beruf zu berücksichtigen. Hat der Verletzte keinen besonderen Beruf ausgeübt, so erfolgt die Verurteilung nach der allgemeinen Erwerbsfähigkeit.

Als Dienstbeschädigung gelten Gesundheitsstörungen, die infolge einer Dienstverrichtung oder durch Unfall während der Ausübung des Dienstes eingetreten oder durch die dem Militärdienst „eigentümlichen Verhältnisse" verursacht oder verschlimmert sind. Es ist also bei der „Militärrente" nicht erforderlich, daß die Dienstbeschädigung auf einen Unfall zurückzuführen ist. Die dem Militärdienst „eigentümlichen Verhältnisse", wie Witterungseinflüsse (große Hitze oder Kälte, Durchnässungen usw.), können Krankheiten erzeugen, die zu Dienstbeschädigungen werden (Hitzschlag, Lungenentzündung). Auch Dienstbeschädigung durch außergewöhnliche Anstrengungen und die durch Mißhandlung entstandene begründen den Anspruch auf Militärrente, wenn die Erwerbsfähigkeit dadurch um wenigstens 10 Prozent beeinträchtigt wird.

Für vorsätzlich herbeigeführte Gesundheitsstörungen gibt es keine Rente; dagegen sind auch solche Gesundheitsstörungen, die auf grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen sind, als Dienstbeschädigung anzusehen. Selbstmordversuch und dadurch verursachte Gesundheitsstörung gilt nicht als Dienstbeschädigung, es sei denn, daß der Selbstmordversuch begangen wurde in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit.

Die Höhe der Militärrente beträgt jährlich bei völliger Erwerbsunfähigkeit (Vollrente): Feldwebel 900 Mark, Sergeanten 720 Mark, Unteroffizier 600 Mark, Gemeine 450 Mark.

Bei schwerer Gesundheitsstörung durch Dienstbeschädigung besteht unter Umständen neben dem Anspruch auf Rente ein Anspruch auf Verstümmelungszulage, die bei dem Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren, monatlich je 27 Mark oder bei Verlust oder Erblindung beider Augen monatlich je 54 Mark beträgt.

„Je 27 Mark" und „je 54 Mark" bedeutet, daß die Verstümmelungszulage auch mehrfach gefordert werden kann. Verliert ein Soldat durch Dienstbeschädigung zum Beispiel eine Hand, einen Fuß und die Sprache, so hat er neben der Rente dreimal 27 Mark Verstümmelungszulage pro Monat zu bekommen (Hand, Fuß, Sprache). Bei anderen schweren Gesundheitsstörungen kann eine Verstümmelungszulage gewährt werden.

Wann und wo ist der Anspruch auf Rente anzubringen? Als Regel stellt das Gesetz auf, daß der Anspruch vor der Entlassung angemeldet werden muß. Die Anmeldung des Rentenanspruches ist aber nach der Entlassung noch möglich, wenn die Erwerbsbeschränkung Folge einer Dienstbeschädigung ist und die Dienstbeschädigung vor der Entlassung festgestellt wurde. In diesem Falle kann der Anspruch auf Rente noch gemeldet werden bei Friedensdienstbeschädigungen bis zum Ablauf von zwei Jahren nach der Entlassung.

Die Bestimmung, daß die Dienstbeschädigung vor der Entlassung festgestellt sein muß, ist wichtig. Noch wichtiger aber ist für alle Reservisten und Soldaten, daß von dieser Bestimmung abgesehen werden kann, wenn der Nachweis erbracht wird, daß die Folgen einer Dienstbeschädigung erst nach der Entlassung bemerkbar geworden sind, oder daß der Verletzte von der Anmeldung seines Anspruchs durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse abgehalten worden ist. In solchem Falle muß jedoch die Anmeldung des Anspruchs bis zum Ablaufe von drei Monaten erfolgt sein, nachdem die Folgen der Dienstbeschädigung bemerkbar geworden sind oder das Hindernis für die Anmeldung weggefallen ist.

Der Anspruch auf Rente ist vor der Entlassung beim Regiment, nach der Entlassung beim Bezirkskommando zu stellen. Gegen den ablehnenden Bescheid kann innerhalb drei Monaten nach Zustellung beim Generalkommando (Marine: Stationskommando) und gegen dessen Entscheid in derselben Frist beim Kriegsministerium (Marine: Reichs-Marineamt) Einspruch erhoben werden. An diese Behörden ist der Einspruch beim Bezirkskommando anzubringen, von wo er weitergegeben wird. Gegen die Entscheide des Kriegsministeriums und Reichs-Marineamts gibt es keinen weiteren Einspruch, sondern gegen sie kann nur innerhalb sechs Monaten der gerichtliche Klageweg beschritten werden, vorausgesetzt, daß es sich um Rechtsanspruche handelt. Für Unterstützungen, die gewährt werden können, ist der Rechtsweg ausgeschlossen. Wird gegen das Kriegsministerium geklagt, so ist nur das Landgericht, ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes, zuständig.

Beim Tode des Rentenempfängers bekommt die Witwe oder eheliche oder legitimierte Abkömmlinge für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate (Gnadenvierteljahr) noch diejenigen Versorgungsgebührnisse gezahlt, die dem Verstorbenen zu zahlen gewesen wären.

Wir begrüßen die vom Militär zurückkehrenden Genossen und wünschen allen baldige Arbeitsgelegenheit. Von den Arbeitsgenossen werden sie erfahren, daß die sozialdemokratische Partei und die gewerkschaftlichen Organisationen keine Gelegenheit verpasten, um für menschenwürdige Zustände und bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Die gestohlene Lohnquittung.

Das Hallesche Amtsgericht hat in einem Urteil festgelegt, daß der Arbeiter, wenn er behauptet, daß ihm der Lohn nicht ausgezahlt, den vollen Beweis dafür selbst beibringen muß.

Der Kläger stand bei dem Halleschen Kaliwerk A.-G. in Beschäftigung. Am 15. Dezember 1912 erhielt er seine Lohn-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130923-17/fragment/page=0006

abrechnung über 54,20 Mk. mit anhängender Quittung, die er unterschrieb. Er steckte die Abrechnung mit Quittung in seine Rocktasche und, da die Arbeit erfordert, sich umzuziehen, hängte er den Rock im Garderobraum an einen dazu bestimmten Haken und ging an seinen Arbeitsplatz. Die Garderobe ist den ganzen Tag offen und unbewacht. Als Kläger später seinen Lohn abheben wollte, merkte er, daß die Quittung aus der Tasche verschwunden war. Er ging sofort an die Kasse, wo ihm der Kassierer mitteilte, daß der Lohn bereits abgehoben sei. Die (angeblich nochmalige) Auszahlung des Lohnes wurde abgelehnt.

Der Arbeiter erhob bei dem zuständigen Amtsgericht Halle Klage mit dem Antrag, die Firma zu verurteilen, ihm den angegebenen Lohn auszuzahlen. Er stützte sich insbesondere auf § 10 der Arbeitsordnung, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Nettolohn wird in barem Gelde an die berechtigten Arbeiter selbst oder an hinlänglich bekannte, mit schriftlicher Vollmacht versehene Stellvertreter ausbezahlt, an letztere jedoch nur bei dringender Abhaltung des Berechtigten. Die betreffenden Lohnzettel müssen außerdem vorher durch den Betriebsführer unterschrieben werden."

Alle diese Vorsichtsmaßregeln, die doch auch für den Unternehmer bindend seien, seien nicht eingehalten worden. Schon hieraus ergebe sich die Haftpflicht des Unternehmers. Die beklagte Firma wendete hiergegen ein, der § 10 der Arbeitsordnung sei im Interesse des Arbeitgebers erlassen; letzterer könne die Legitimation des Zahlung Begehrenden verlangen, sei aber nicht dazu verpflichtet. Die Behauptung des Klägers, die Quittung sei ihm gestohlen, bestreite sie; sie sei auch unerheblich. Nach § 370 B. G. B. sei der Ueberbringer einer Quittung ermächtigt, die Leistung in Empfang zu nehmen, sofern nicht der Annahme einer solchen Ermächtigung besondere Umstände entgegenstehen. Solche Umstände seien hier nicht vorhanden gewesen. Der Kassierer, der an einem an 500 Leuten Lohn zu zahlen habe, brauche die Legitimation des Ueberbringers der Quittung nicht zu prüfen.

Der als Zeuge vernommene Kassierer der Firma S. gab an, er wisse nicht, an wen das Geld ausgezahlt worden sei. Die Vorschriften der Arbeitsordnung über die Auszahlung der Löhne und die Legitimation der Empfänger wurden allerdings nicht eingehalten. Zeuge S. sprach noch den Verdacht aus, es könne der Arbeiter P. das Geld unrechtmäßigerweise abgehoben haben, gegen den deshalb von der Firma auch eine Strafanzeige erstattet worden sei.

Der Kläger schob dann noch dem Direktor (oder einem anderen Vertreter) der Beklagten den Eid darüber zu, daß der streitige Lohn an den Kläger ausgezahlt sei. Der Vertreter der Beklagten nahm den Eid in der „Ueberzeugungsform" an, d. h. daß der Vertreter nur zu beschwören brauchte, er habe die Ueberzeugung oder den Glauben, daß Kläger den Lohn erhalten hat. Das Gericht lehnte aber diese Vereidigung ab. Die Klage wurde abgewiesen. In den Entscheidungsgründen heißt es:

Die vom Kläger anerkannte Quittung begründet die Vermutung, daß die Zahlung an den Kläger erfolgt ist. Dem Kläger liegt hingegen der Beweis ob, daß die in der Quittung bezeugte Tatsache unrichtig ist, also daß der Betrag trotz der Quittung an ihn nicht gezahlt ist. **Dieser Beweis ist nicht geführt. Der Zeuge S. hat nicht bekunden können, daß an den Kläger die Zahlung auf die Quittung nicht geleistet ist. Der Zeuge W. ist mit dem Kläger zum Lohnempfang an den Kassenschalter gegangen; der Kläger hat ihn gefragt, ob er seine, des Klägers, Karte habe, und hat auf die Verneinung des Zeugen den Kassierer S. gefragt, ob sein Lohn schon abgehoben sei, was der Kassierer bejaht hat. Hinterher hat der Kläger dem Zeugen gesagt, daß ihm die Karte aus seinem Jackett in der Koje gestohlen sei. Die Möglichkeit, daß er selbst das Geld einmal erhoben und hinterher unter der Behauptung, die Quittung sei ihm gestohlen, nochmals den Lohn verlangt habe, ist nicht ausgeschlossen.** Die Eideszuschiebung an den Direktor der Beklagten ist gemäß § 445 Z. P. O. unzulässig, weil der Direktor mit der Auszahlung der Löhne nichts zu tun hat, die Auszahlung auch nicht Gegenstand seiner Wahrnehmung gewesen ist. Der Kläger ist daher mit seiner Behauptung, daß an ihn nicht gezahlt sei, beweisfällig, die Klage also abzuweisen. Wäre der Beweis erbracht, daß an einen nicht berechtigten Dritten der Lohn des Klägers ausgezahlt wäre, so würde der Anspruch des Klägers mit Rücksicht auf § 10 der Arbeitsordnung der Beklagten begründet erscheinen.

Gegen dieses Urteil wurde zwar Berufung eingelegt, aber schon der Gang des ersten Termins vor der Berufungsinstanz brachte dem das Rechtsmittel vertretenden Anwalt des Klägers die Ueberzeugung, daß die Berufung aussichtslos sei. Sie wurde daher zurückgezogen.

Die Wünschelrutengänger.

Wie schon mitgeteilt, haben die Wünschelrutengänger hier in den letzten Tagen ihren ersten Kongreß abgehalten und einen Weltbund der Wünschelrutengänger gegründet. Sich über das Wesen der Wünschelrute klar zu werden, ist bisher noch nicht gelungen. Vor der Wissenschaft hält das Verfahren, mit Wünschelruten Wasser unterirdisch feststellen zu wollen, nicht stand. Das nehmen die Anhänger der Wünschelrute aber auch gar nicht für sich in Anspruch. In ihrem jetzt beschlossenen Programm sagen sie u. a.:

„Die Wünschelrutenfrage ist für die überwiegende Mehrzahl der Menschen eine ökonomische Nützlichkeitsfrage. Der Landmann oder Industrielle darf nicht danach fragen, ob es mit Hilfe des Wünschelrutenstabes nach dem augenblicklichen Stande der Wissenschaft theoretisch möglich sei, Wasser und Bodenschätze zu finden. Er richtet sich nach dessen praktischer Möglichkeit. Und wenn er sieht, daß man tatsächlich mit der Rute Wasser usw. erschließen kann, so handelt er danach und zieht erforderlichenfalls den Rutengänger zu Rate. Es ist für ihn ein einfaches Kalkül: Für mehrere tausend Mark an Geratewohlbohrungen wegzuwerfen oder durch Hinzuziehung eines erfahrenen Rutengängers gegen geringe Entschädigung die wenigstens relative Gewißheit zu haben, an dem von diesem bezeichneten Punkte Wasser usw. zu finden. Freilich ist der Rutengänger wie jeder Mensch Irrtümern unterworfen. Nicht immer werden daher seine Angaben zutreffend sein." Die Rutengänger haben nun am Freitag versucht, durch Versuchsgänge in der weiteren Umgegend Halles praktische Erfolge vorzuführen, über die Sonnabend dem Kongreß berichtet wurde. Berghauptmann Scharfe hob hervor, daß es jetzt noch nicht möglich sei, die Versuche eingehend zu besprechen, weil sie zu umfangreich gewesen seien. Durch den ersten Versuch, der bei Schöneweck stattfand, sollten Steinsalzlager festgestellt werden. In drei Fällen wurden Kalilager ermittelt, die durch die Grubenkarten bestätigt wurden, außerdem wurden noch zwei Kalilager angegeben, die durch die Grubenverwaltung noch nicht festgestellt worden sind, deren Vorhandensein dieser aber sehr angenehm sein würde. Der zweite Versuch bei Eisleben sollte große unterirdische Hohlräume und Stollenwasser feststellen. Auch diese Versuche zeigten ein befriedigendes Ergebnis. Bei dem Versuche bei Köthen zeigten die Rutengänger mit großer Genauigkeit die erschlossenen Braunkohlenlager an. Außerdem meldeten sie noch an einigen anderen Stellen das Vorhandensein von Kohle, wo die Lager erst noch festgestellt werden müssen. Bei der Feststellung der Rohrleitung der Hallescheu Wasserleitung bei Beesen stellten sich Schwierigkeiten heraus, da mehrfach unterirdische Wasseradern das Rohrnetz kreuzen. Im ganzen ergaben jedoch auch diese Versuche ein gutes Ergebnis. Ein weiterer Versuch wurde bei Dürrenberg auf Leitungen von Trinkwasser und Solewasser gemacht. Auch dieser zeigte gute Ergebnisse. — In der weiteren Diskussion wurde über Wasserfunde im Diemitzer Provinzial-Obstgarten berichtet. Die Existenz des Obstgartens war wegen Wassermangels in Frage gestellt; Bohrversuche waren ohne Erfolg geblieben. Mit Hilfe der Wünschelrute ist es dem Baumschulenbesitzer Böhme-Mühlhausen gelückt, unterirdische Wasseradern festzustellen. Sofort angestellte Bohrversuche ergaben in etwa 10 Meter Tiefe eine so große Wassermenge, daß der Wassermangel des Obstgartens völlig beseitigt ist.

Irgendwelche Kontrolle über diese Erfolge haben wir nicht. Und da die Frage theoretisch ganz ungeklärt ist, lassen wir es bei dem einfachen Bericht über die sonderbare Tagung bewenden.

Viele Tausende

bisherige Nichtleser des Volksblattes in Halle erhalten von heute an bis Ende dieses Monats unsere Zeitung durch die Austräger gratis zugestellt.

Am Sonntag, 28. September, werden unsere Halleschen Parteifunktionäre bei denselben eine umfassende Umfrage nach Gewinnung

neuer Abonnenten

halten.

Wir empfehlen den Genossen aller Orte unseres Agitationsbezirks, in der gleichen Weise zu verfahren

Auch jeder Leser unserer Zeitung, der nicht Parteifunktionär ist, versuche, aus seinem Bekanntenkreise zum Quartalswechsel wenigstens einen neuen Leser dem Volksblatte zuzuführen.

Man benutze den in der heutigen Nummer abgedruckten Bestellzettel.

Für jeden aufgeklärten Arbeiter muß von heute an die Parole lauten:

Für das Volksblatt.

Der Herbst.

Nach dem Kalender hält er heute seinen Einzug. Aber der Sommer will noch nicht weichen. Seit einigen Wochen schickt er noch helle sonnige Tage und versucht gutzumachen, was er im Juli und August versäumte. Aber es wird ihm nichts nützen, seine Zeit ist vorüber; das Vergilben der Blätter, das fallende Laub, die gereiften Früchte mahnen zum Aufbruch.

Bald werden wir im unfreundlichen Herbstwetter sein, Stürme werden durchs Land brausen, Regen und Frostwetter miteinander abwechseln. Für den wohlhabenden Teil unserer Bevölkerung bildet das den Beginn der „Saison", für die Enterbten den Anfang einer oft schrecklichen Periode der Arbeitslosigkeit und Entbehrung. Dort eine Flut von Vergnügungen, sei es nun Jagd, Bälle, Theater, Konzerte, hier ein verzweifeltes Ausschauen nach Arbeit, nach Brot, nach Heizung für die kalte Wohnung usw. Bald werden die letzten Herbstbauten vollendet sein und das schon stattliche Heer der Arbeitslosen wird um ein beträchtliches anschwellen. Dazu ein sprunghaftes Anziehen der Preise für die notwendigsten Lebensmittel, besonders des Fleisches, der Milch, der Eier.

So setzt mit dem Herbst eine Periode des Nachdenkens, des Grübelns über die Verkehrtheit der Ordnung der Dinge ein, die uns neue Kämpfer im Streite um bessere Zeiten bringen muß. Die langen Abende bieten die beste Gelegenheit zum Studieren der Arbeiterpresse, zur Erweiterung der Kenntnisse durch Lesen, Versammlungsbesuch und ähnliches. Nutzt diese Zeit! Werbt Anhänger, Leser unserer Presse, Mitkämpfer und der Herbst wird doch sein gutes haben.

---

* **Der 2. Distrikt des Sozialdemokratischen Vereins** hält Mittwoch, den 24. September, in Kautsch's Restaurant, Martinsberg 6, eine Sitzung ab. Da wichtige Vereinsangelegenheiten zu erledigen sind, ist das Erscheinen aller Parteigenossen dringend notwendig.

* **Eine Provokation der Arbeiterschaft** des Kornhauses in der Hafenstraße hat sich der Betriebsleiter Zetzsche des Kornhauses dadurch erlaubt, daß er zwei verheiratete Familienväter und drei ledige Arbeiterinnen Knall und Fall auf die Straße setzte. Als Grund gab er plötzlichen Arbeitsmangel an, während die wahre Ursache darin zu suchen ist, daß die fünf Betroffenen mit an einer Betriebsbesprechung teilgenommen haben, in der beschlossen wurde, der Direktion den Wunsch zu unterbreiten, eine früher schon einmal bestandene Teuerungszulage wieder einzuführen. Diese „Unbotmäßigkeit" genügte Herrn Zetzsche, um das Heer der Arbeitslosen um weitere fünf zu vergrößern. Ein Zeichen der Zeit ist es, daß sich unter den Entlassenen auch drei Unorganisierte befanden. Man sieht hieraus, daß der Kapitalismus und seine Helfershelfer, wie Herr Zetzsche, keine Rücksicht kennt und alles was sich ihm auch nur im geringsten entgegenstellt, über einen Kamm schert. Das sollte doch endlich allen Unorganisierten zu denken geben und sie ihrer Organisation zuführen.

Um nun zu sehen, ob Herr Zetzsche aus eigener Machtvollkommenheit handelte, oder ob er mit Wissen und Willen der Direktion so vorging, nahm der Transportarbeiterverband die Sache der Entlassenen wahr. Es ergab sich nun, daß Herr Zetzsche von seiner Direktion gedeckt wurde, denn trotz aller Versuche, die Entlassenen wieder in den Betrieb zu bringen, gelang dies nur bei einem derselben, während die übrigen, darunter die Unorganisierten, nicht wieder eingestellt wurden. Daß Herr Zetzsche erklärte, daß er sich für die Durchführung des Wunsches der Arbeiter verwenden würde, ist übrigens ein Beweis dafür, daß sie gar nichts Unbilliges verlangten und daß die Entlassung nur erfolgte, um den „Standpunkt des Herrn im Hause" zu dokumentieren. Wie lange wird die Arbeiterschaft noch Schindluder mit sich spielen lassen?

Deutscher Transportarbeiterverband, Halle.

* **Untersuchungsstelle ansteckender Krankheiten.** Im Laufe des Monats August sind von der mit dem Hygienischen Institut der Universität Halle verbundenen Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten 1010 Proben aus dem Stadtkreis Halle untersucht worden. Davon rührten 269 aus den Kliniken, 86 aus Krankenhäusern und 655 von praktischen Aerzten her. U. a. wurden unter 55 Fällen, die auf Tuberkulose zu untersuchen waren, 14 mal Tuberkelbazillen nachgewiesen, während von 550 diphtherieverdächtigen Untersuchungsproben 140, von 82 typhusverdächtigen 14 bakteriologisch sichergestellt wurden.

* **Rennen auf der Radrennbahn.** Bei dem am gestrigen Sonntag abgehaltenen Rennen, das wieder eine Menge Zuschauer angelockt hatte, verunglückte beim letzten Dauerrennen Hans Lange-Erfurt, der bei dem ersten Dauerrennen den Sieg davongetragen hatte, sehr schwer. Infolge Platzens des Reifens am Vorderrad kam er zu Falle und erlitt einen schweren Schädelbruch, so daß er besinnungslos nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. Eine halbe Stunde später wurde deshalb das Rennen abgebrochen. Die vorhergehenden Fliegerrennen für Amateure verliefen sehr interessant. Die Meisterschaft der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt wurde von P. Bruns, Magdeburg, errungen. Die Kunstradfahrer Bleckwenn und Miß Claire, die gegenwärtig im Walhallatheater gastieren, ernteten mit ihrem Kunstfahren in den Pausen zwischen den Rennen wohlverdienten Beifall.

Wie wir noch erfahren, ist der schwer verunglückte Rennfahrer Hans Lange gestern abend gegen 10 Uhr noch seinen Verletzungen erlegen.

* **Stadttheater.** Auf das einmalige Gastspiel der Kammersängerin Albine Nagel als Santuzza in Mascagnis „Cavalleria rusticana" Dienstag, abends 7½ Uhr sei nochmals aufmerksam gemacht. Auf „Cavalleria rusticana" folgt die 2aktige komische Oper „Die Regimentstochter" von Donizetti, in der die Titelpartie Frau v. Boer singt. Der Mittwoch bringt einen interessanten Schauspielabend, die deutsche Ur-Aufführung des Pariser Konversationsstückes „Das Geheimnis" von Henri Bernstein. — Donnerstag gelangt „Figaros Hochzeit" zur letzten Aufführung. Freitag „Filmzauber". Sonnabend „Grinzy" (Schülerkarten an der Tages- und Abendkasse). Sonntag in vollständig neuer Einstudierung „Tristan und Isolde". Billetts zu sämtlichen angezeigten Vorstellungen sind schon jetzt an der Kasse des Stadttheaters erhältlich.

* **Die Feuerwehr** wurde in der vergangenen Nacht nach dem Grundstück Trothaer Straße 4 gerufen, woselbst das Waschhaus in Brand geraten war. Der Brand soll dadurch entstanden sein, daß von dem am Vorabend angeheizten Waschkessel Funken herausgesprungen waren, die die Holzdecke des Waschhauses in Brand setzten.

* **Kraftwagenzusammenstöße.** Ein Kraftdreirad fuhr gestern nachmittag an der Ecke der Brauhausstraße und Leipziger Straße mit einem Radfahrer zusammen. Der Radfahrer konnte noch rechtzeitig von seinem Rade herunterspringen und blieb unverletzt, während sein Rad von dem Kraftfahrzeuge überfahren und erheblich beschädigt wurde. Die Schuld soll den Führer des Kraftfahrzeuges treffen, weil er, der Fahrordnung zuwider, zu kurz in die Leipziger Straße einbog. Gleichfalls gestern nachmittag fand in der Mansfelder Straße ein Zusammenstoß zwischen einer Kraftdroschke und einem Geschirr aus Lauchstedt statt. Die Kraftdroschke war infolge starken Nebels von hinten auf das Geschirr aufgefahren. An dem Geschirr ist ein Vorderrad zerbrochen, während an der Kraftdroschke nur leichtere Beschädigungen entstanden sind. Es ist glücklicherweise niemand verletzt.

* **Selbstmord oder Unglücksfall?** Am Freitag nachmittag ließ sich ein Student bei einem Bootsverleiher an der Genzmerbrücke ein Boot, mit dem er bis gestern morgen noch nicht zurückgekehrt war. Der Bootsverleiher suchte deshalb die Saale ab und fand das verliehene Boot hinter der Rabeninsel leer am Ufer stehen. In dem Boote befand sich nur der Stock und der Hut des Studenten, sowie ein Paket mit Teegebäck. Ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnte nicht festgestellt werden.

* **Die unschuldigen Schaufensterscheiben.** Ein Betrunkener, der vom Wirte gestern morgen aus einer Schankwirtschaft in der Delitzscher Straße gewiesen wurde, zertrümmerte von der Straße aus eine Scheibe und flüchtete, ohne erkannt zu werden. — Von einem unbekannten Täter wurde in vergangener Nacht in dem Grundstück Kl. Klausstraße 14 eine Schaufensterscheibe im Werte von 300 Mark zertrümmert.

* **Arbeiter, die sich mit Studenten herumbalgen.** Der Polizeibericht meldet: In der vergangenen Nacht fand in der Schmeerstraße zwischen Arbeitern und Studenten eine Schlägerei statt. Eine Frauensperson, die sich in Begleitung der Studenten befand, erhielt eine Verletzung am Kopfe. Durch ihre Begleiter wurde sie der Klinik zugeführt. In der vergangenen Nacht fand auf der Brunswarte eine Schlägerei zwischen Studenten und Arbeitern statt. Die Täter sind ermittelt. — Ist es denn wirklich notwendig, auf jede Flegelei biervoller Studenten zu reagieren oder sich gar noch mit den Gewohnheitskrakelern zu prügeln?

* **Polizeinachrichten.** Am 10. d. M. ging bei der hiesigen Polizeiverwaltung ein Brief mit folgenden Inhalt ein: „Ich bin tot. Verzeih! und lebe glücklich. Albrecht." Wer über diesen Albrecht Auskunft geben kann, wolle sich bei der hiesigen Kriminalpolizei melden. Dort kann auch der Brief in Augenschein genommen werden. — Am 12. d. M. wurde eine Flasche, in deren Hals ein Zettel mit folgender Aufschrift steckt: „Ich und mein Kollege haben mir das Leben genommen. Karl Weiße und Paul Salz 12. 9. 13" unter der 2. Elisabethbrücke aus der Saale gezogen. Wer über die beiden Auskunft geben kann, wolle sich bei der hiesigen Kriminalpolizei melden. Dort kann auch die Flasche und der Zettel besichtigt werden. — Am 18. Sep-

Raucht TAG-Zigaretten!

Tabakarbeiter-Genossenschaft E. G. m. b. H. Zigaretten-Fabrik, Stuttgart.

*1299

Hergestellt zu tariflichen Bedingungen von organisierten Arbeitern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130923-17/fragment/page=0007

tember gegen 3 Uhr nachmittags wurde ein siebenjähriges Mädchen von einem Manne in ein Haus der Kronprinzenstraße gelockt, unter der Angabe, er sei Schularzt Dr. Wolters und solle sie im Auftrage der Schule untersuchen. Im Hause verübte er an dem Mädchen ein Sittlichkeitsvergehen. Der Täter wird beschrieben: kräftige, untersetzte Figur, in mittleren Jahren, trug Klemmer mit brauner Schildpatteinfassung und braunen Anzug. Wer über den Vorgang oder den Täter Angaben machen kann, wolle sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 6, Zimmer 19 oder 21, melden.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Ein Verbandsmarder,

der in fast allen Städten Deutschlands Verbandsangestellte durch raffinierte betrügerische Maßnahmen gebrandschatzt hat, stand am Sonnabend hier vor dem Landgericht in der Person des 26jährigen Kaufmanns Arnold Guth aus Prag unter Anklage. Der Mann ist schon in einigen Städten Deutschlands mit Gefängnis und in Wien mit Kerker vorbestraft. In den letzten drei Jahren hat er unter dem falschen Namen Max Friedländer aus Prag besonders die Verbandsbureaus der Metallarbeiter, Buchdrucker, Bahnarbeiter usw. aufgesucht und sich dort in 66 Fällen fälschlich Reiseunterstützungen usw. erschwindelt. Einzelne Filialen sind nicht unerheblich geschädigt worden. Einem Schriftsetzer hat der Gauner in drei Raten je 8,30 Mk. abgenommen. In einigen Filialen hat er Verbandsbücher gestohlen und sich darauf ebenfalls Unterstützungen erschwindelt. Auf eine Anzahl Verbandsbücher, die in Magdeburg gestohlen worden sind, sollen etwa 400 Mk. Unterstützung erschwindelt worden sein. Vor Gericht erklärte sich der Gauner für unschuldig, obwohl zahlreiche Zeugen aufgeboten waren, die ihn als Täter bezeichneten. Er will zur Zeit der in den deutschen Städten begangenen Taten in Prag, Wien und Paris gewesen sein und bot einen Alibibeweis an, den das Gericht nicht ablehnen konnte. Die Verhandlung — der Angeklagte befindet sich hier in Haft — mußte deshalb vertagt werden.

Stadt-Theater.

Zeitz. Ein Trauerspiel in fünf Akten von Theodor Körner. Als nachträgliche Gedenkfeier an den 100. Todestag des Dichters (26. August) kann man die Aufführung dieses Trauerspiels allenfalls hinnehmen. Wenn man die fünf Akte hinter sich hat, stellt man einfach die Tatsache fest, daß man von dramatischem Leben an dem Stück auch nicht die Spur zu entdecken vermochte, daß aber sein hohles, dröhnendes verstiegenes Heldenpathos auf die anwesenden Pennäler dennoch so etwas wie eine dramatische Wirkung ausübte. Daß es dem Dichter an dramatischer Gestaltungskraft und psychologischen Blick mangelte, läßt sich zum Teil aus seiner Jugendlichkeit erklären; war er doch erst 21 Jahre alt, als er das Trauerspiel verfaßte. Man kann Körner und seinem Drama eigentlich auch nur ganz gerecht werden, wenn man die damaligen Zeitumstände und die Absichten berücksichtigt, die er mit dem Stück verfolgte. Es kam dem von glühender Vaterlandsliebe erfüllten Jüngling vor allem darauf an, das deutsche Volk zum Kampfe wider Napoleon, den „tyrischen Eroberer" anzufeuern. Begreiflich genug also, daß es ihn außerordentlich reizte, die heldenmütige Verteidigung der ungarischen Festung Sigeth durch den unerschrockenen und tapferen Grafen von Zriny (1566 gegen die Türken) dramatisch zu bearbeiten. Man brauchte sich ja nur an die Stelle des türkischen Kaisers Soliman Napoleon I. zu denken, von dessen Herrschaft zu befreien sich Deutschland damals anschickte, und das Stück enthält ja denn auch zahlreiche Anspielungen auf die damaligen Zeitverhältnisse. In dem Heldenjüngling Lorenz Juranitsch, dem der Tod für die Freiheit des Vaterlandes höher gilt als die geliebte Braut, hat sich der Dichter übrigens selbst gezeichnet. Die Begriffe Freiheit, Vaterland, Kaisertreue und Heldentum werden in dem Trauerspiel überhaupt in den höchsten und begeistertsten Tönen gefeiert, aber das allein reicht eben nicht zu einem wirkungsvollen Drama aus; dazu gehört auch noch die Kunst der Menschengestaltung. Und hier versagt die Kraft des Dichters völlig. So rauschen wohl große, hochtönende Worte an unserem Ohr vorüber, aber bis an die Seele vermag dieser bombastische Phrasenschwall nicht zu dringen und unser Inneres bleibt unberührt.

Auch die beste Aufführung kann dem Stücke die fehlende dramatische Kraft und Wucht nicht verleihen. Karl Scholling als Regisseur hatte nichts unversucht gelassen, um dem Drama zu einer Wirkung zu verhelfen und auch die Darsteller gaben sich die redlichste Mühe. Der Heldengestalt des tapferen Zriny gab Albert Friedrich die kraftvolle, wuchtige Persönlichkeit und den Adel der Seele; nur ist ihm ein Maßhalten im Pathos anzuraten. Das gilt zum Teil auch für Rudolf Rieth, der den lebhaften, stürmischen Juranitsch mit jugendlichem Feuer und mit Leidenschaft spielte. Walter Sieg traf das Launische, Eigensinnige, Kranhafte im Wesen des türkischen Kaisers besser als die Größe, „Würde" und gebieterische Strenge des Herrschers. Gar nichts Imponierendes hatten aber der Großwesir Fritz Conrads und der Ali Portuk E. von Webers aufzuweisen. Eindrucksvoll spielte dagegen Ferdinand Kautsky den Peter Bilacky, und auch Else Schlösser als Gräfin und Berta Gast als Helene blieben ihren Rollen nichts schuldig. — Daß es auch nicht an Beifall fehlte, dafür sorgten die zahlreich anwesenden Pennäler.

Allerlei.

Der Breslauer Sittlichkeitsskandal.

Eine schöne Ergänzung der jüngsten Vorfälle in den sogenannten besseren Kreisen bietet die Skandalgeschichte in Breslau, in die eine ganze Reihe älterer „gutsituierter Herren" verwickelt sind. Wir haben bereits darüber berichtet. Diese „Gutsituierten" waren besondere Liebhaber junger Mädchen unter 14 Jahren, mit denen sie in geschlechtlichem Verkehr standen. Auf Veranlassung der Kriminalpolizei sind in dieser Angelegenheit bisher 12 Verhaftungen vorgenommen worden. Da die in die Affäre Verwickelten sämtlich über einen gefüllten Geldbeutel verfügen, haben ihre Familien hohe Kautionen angeboten. Jedoch scheint es fraglich, ob die Polizei sich bei der Schwere der Vergehen auf die vorläufige Haftentlassung einlassen wird. Die beteiligten Schulmädchen sind in Fürsorgeerziehung gegeben worden. Die Eltern sollen von dem Treiben ihrer Kinder Kenntnis gehabt und es nicht nur geduldet, sondern auch gefördert haben. Die Mädchen sind halbe Tage und halbe Nächte dem Hause ferngeblieben, neu eingekleidet worden und haben viel Geld nach Hause gebracht, so daß die Eltern wohl wissen mußten, woher ihre Kinder die reichen Mittel nahmen. Auch sollen mehrfach Erpressungen vorgekommen sein. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein „angesehener" Zahnarzt. Ein Bäckermeister, der in die Affäre verwickelt ist, hat sich erschossen, ebenso ein Bademeister.

Nach einer Mitteilung, die dem B. T. aus Breslau zugeht, nimmt der Skandal immer größeren Umfang an. Nicht weniger als 72 schulpflichtige Mädchen sollen in diese schmutzige Angelegenheit verwickelt sein. Bei einem Drogisten in der Ohlauer Vorstadt sind eine ganze Anzahl unzüchtiger photographischer Aufnahmen beschlagnahmt worden. Die meisten Verhafteten sind „gutsituierte, angesehene Bewohner der Ohlauer Vorstadt". Die sittlichen Verfehlungen haben sich in einem Hause der Augustastraße abgespielt. Bisher haben sieben der Beteiligten ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht, und zwar ein Offizier, ein Polizeibeamter a. D., ein Bäckermeister, ein Hotelbesitzer, ein Baumeister, ein Konditoreibesitzer und ein Badeanstaltsbesitzer. Zahlreiche Eltern der in Frage kommenden Mädchen, die das unsittliche Treiben nicht nur gestattet, sondern teilweise geradezu begünstigt haben, sind verhaftet worden.

*

Noch zwei Sittenbilder aus „besseren Kreisen".

Eine sensationelle Wendung hat eine Ehescheidungsklage genommen, die der deutsche Baron Werther gegen seine Gattin, die Tochter des früheren Ministers des Auswärtigen von Brasilien, Rio Branco, angestrengt hat. Nach einem Telegramm des New York Herald machte Baronin Werther gegen ihren Gatten eine Reihe aufsehenerregender Enthüllungen. Sie erklärte, daß ihr Gatte aus dem brasilianischen Ministerium des Auswärtigen sich **Dokumente von größter Wichtigkeit angeeignet habe** und sie mit dem Tode bedroht habe, falls sie den brasilianischen Behörden davon Mitteilung mache. Ferner behauptete sie, daß Baron Werther häufig Unterredungen mit dem damaligen deutschen Geschäftsträger in Rio de Janeiro gehabt habe, und daß ihr Gatte außerdem zahlreiche **Dokumente über die brasilianische Landesverteidigung und die Pläne brasilianischer Festungen an Krupp und andere deutsche Firmen ausgeliefert habe.**

Es handelt sich um die Ehescheidungsklage des deutschen Barons Gustav Karl Werther, der am 8. April 1876 in Dammig geboren ist und seit 24. Oktober 1901 mit der Tochter Rio Brancos vermählt ist. Baron Werther soll sich augenblicklich in Deutschland befinden.

Ein blutiger Vorfall hat sich in Petersburg zwischen dem vorübergehend dort weilenden 62 Jahre alten persischen General Prinz Anberg Mirza und seiner jungen, schönen Gattin abgespielt. Sonnabend früh forderte die Prinzessin beim Erwachen, als sie den General zum Ausgehen angekleidet sah, eine größere Summe Geldes, die ihr aus ihren Gütern zukam. Der General verweigerte die Herausgabe, worauf die Prinzessin augenblicklich einen Revolver unter dem Kopfkissen hervorzog und drei Schüsse auf ihren Gatten abfeuerte, die alle trafen. Der Prinz brach ohnmächtig zusammen und mußte ins Hospital gebracht werden.

Unschuldig im Zuchthause.

Die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich gegenwärtig mit der Aufklärung eines Kapitalverbrechens, das seinerzeit großes Aufsehen erregt hat. Im Jahre 1908 wurde von dem Schwurgerichte in Elberfeld eine Frau Hamm wegen Beihilfe und Anstiftung zur Ermordung ihres Mannes zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach neueren Ermittlungen hat die Berliner Kriminalpolizei nunmehr festgestellt, daß Frau Hamm des Verbrechens nicht schuldig sei. Trotz dieser Aufklärung befindet sich Frau Hamm noch immer im Zuchthaus zu Siegburg, wo sie ihre Unschuld beteuert. Es soll nunmehr der Versuch gemacht werden, eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen.

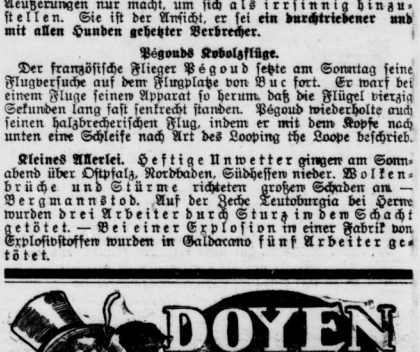
Der Mordkaplan von Neuyork.

Der wegen Ermordung seiner Geliebten, der Haushälterin Anna Aumüller, verhaftete Kaplan an der Bonifaziuskirche zu Neuyork, Schmidt, hat bei seiner letzten Vernehmung der Polizei eingestanden, daß er noch mehrere Morde beabsichtigt habe. „Dieses gehört zu meinem Priesteramt," sagte Schmidt. Man fand in seiner Wohnung eine Anzahl Scheine, wie sie von Aerzten zu Todesurkunden benutzt werden. „Ich wollte, sagte Schmidt weiter, die Leute in ein besseres Leben, ins Jenseits, eingehen lassen, denn ich bin der Ansicht, daß sie im Jenseits viel besser daran sind als hier. Die Leute haben nur nicht den Mut zu sterben. Das ist das ganze soziale Problem. Ich weiß, daß es zu viel Menschen auf der Welt gibt und nicht genügend Geld für sie da ist. Ich habe auch Mittel angewendet, und zwar aus diesem Grunde, um die Geburten zu vermindern. Eben deshalb wollte ich auch falsches Geld herstellen, um es den Leuten, die zu viel Kinder haben, zu geben. Ich wollte zunächst die Leute in meinem Kirchspiel zum Teil töten und diejenigen, die unheilbar krank sind und gerne sterben mögen, da der Tod das beste für sie ist." — Die Polizei glaubt, daß Schmidt diese zynischen Aeußerungen nur macht, um sich als irrsinnig hinzustellen. Sie ist der Ansicht, er sei **ein durchtriebener und mit allen Hunden gehetzter Verbrecher.**

Pégouds Kobolzflüge.

Der französische Flieger Pégoud setzte am Sonntag seine Flugversuche auf dem Flugplatze von Buc fort. Er warf bei einem Fluge seinen Apparat so herum, daß die Flügel vierzig Sekunden lang fast senkrecht standen. Pégoud wiederholte auch seinen halsbrecherischen Flug, indem er mit dem Kopfe nach unten eine Schleife nach Art des Looping the Loope beschrieb.

Kleines Allerlei. Heftige Unwetter gingen am Sonnabend über Ostpfalz, Nordbaden, Südhessen nieder. Wolkenbrüche und Stürme richteten großen Schaden an. — Bergmannstod. Auf der Zeche Teutoburgia bei Herne wurden drei Arbeiter durch Sturz in dem Schacht getötet. — Bei einer Explosion in einer Fabrik von Explosivstoffen wurden in Galdacano fünf Arbeiter getötet.



Walhalla-Theater
Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
10 Das phänomenale Spezialitäten-Programm 10
Varieté-Sensationen.
Marta Western,
Die bemalte Venus.
Unverhüllte Schönheit und Kunst.
The great Londe & Tilly, bester Balanceakt der Welt.
Ledo, der menschliche Hund.
Siera Vontana, Etoile Suedoise. M. u. H. Sternegg, Duett. Aggy Printz, engl. Tänzerin.
Gustav Bleckwenn & Miss Claire, die brillanten Kunstfahrer.
Steffen Brothers, D. Orig.-Korbspring. Adolf Hartley, Karikat.-Komiker. Walhalla-Kino, neueste Aufnahmen.
Kretons Schlierseer
Bauern-Hunde-Theater!!
„Das gestörte Rendezvous." 3552
Hundestück in 1 Akt. Gespielt von 25 Hunden.
Ort: Kötersdorf. Zeit: In den Hundstagen.

Allg. Konsumverein Halle u. Umgeg.
3545 (eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).
Dienstag, den 30. September 1913, abends 1/2 9 Uhr, im **Volkspark,** Burgstraße 27:
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1912/1913, Revisionsbericht des Aufsichtsrats, Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Wahl von fünf Aufsichtsratsmitgliedern und zwei Ersatzmännern.
3. Beschlußfassung über die aus der Verschmelzung sich ergebende Uebernahme des Grundstückes des Allgemeinen Konsumvereins Zörbig.
4. Bericht über den Verbandstag in Blankenburg und den Genossenschaftstag in Dresden.

Der Aufsichtsrat. A. Schöpe. P. Ellrich.
NB. Nur Mitglieder haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches Zutritt.

Apollo-Theater
Heute, Montag, abds. 8.15: Zum letzten Male:
„Königin ohne Krone"
Mil.-Schausp. i. 3 A. (6 Bild.)
Viel. Wünschen entspech.
Dienstag d. 23., Mittw. d. 24., Donnerst. d. 25., Freitag d. 26.
„Der stille See" 3551
Schauspiel in 4 Akten n. d. gleichn. Roman des „Gen.-Anzeiger" v. Courths-Mahler.

Stadttheater Halle (S.)
Fernruf 1281.
Direktion: Geh. Hofrat Richards.
Dienstag den 23. Sept. 1913:
18. Vorst. im Abonn. 2. Viert.
Einmaliges Gastspiel der Kammersängerin
Albine Nagel
v. Hoftheater in Braunschweig.
Cavalleria rusticana
Oper in einem Aufzuge von Pietro Mascagni.
Hierauf:
Die Regimentstochter.
Komische Oper in 2 Akten von G. Donizetti.
Kassenöffnung 7½, Anfang 8 Uhr, Ende 10½ Uhr. 3548
Mittwoch den 24. Sept. 1913:
19. Vorst. im Abonn. 3. Viert.
Zum Erstaufführung! Neu!
Das Geheimnis.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Henri Bernstein.

Gemeinschaftliche Orts-Krankenkasse der Stadt Merseburg.
Dienstag d. 7. Oktober 1913, abends 8½ Uhr, im Restaur. „Gute Quelle".
Ordentliche
General versammlung
Tagesordnung.
1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung d. Jahresrechnung 1913.
2. Beratung u. Beschlußfassung über die Krankenordnung.
3. Bericht über den Verbandstag in Erfurt. *1755
Zu dieser ordentlichen Generalversammlung werden die Herren Vertreter ergebenst eingeladen.
Merseburg, b. 20. Septbr. 1013
Der Vorstand.
Engel, Vorsitzender.

Sie speisen vorzüglich im Gasthof
3 Könige,
Kleine Klausstrasse 7.
Billige Mittags- und Abendkarte. *1376

Hochfeines Delikteß-Pflaumenmus
eigene Fabrikation, garantiert rein, im Wohlgeschmack unübertroffen, offeriert 3555
M. Lange,
Kl. Ulrichstr. 25, Tel. 4425.
Töpfe zum Füllen werden angenom.

Morgen u. jed. Dienstag 16 Schlachtefest.
Joh. Fischer, Große Gosenstraße 39.

An unsere Leser!
Wir bitten genau zu beachten, welche Geschäftsleute bei uns inserieren und alle die zu meiden, die ihre politische Gegnerschaft auf das Geschäftsleben übertragen.

VOLKSPARK
Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschaft.
Reichhaltiger, kräftiger und wohlschmeckender, guter
Mittagstisch
von 50 Pfg. an. 1.

Nur 16 Mk.! Oberbett, Unterbett u. Kissen, rot Inlett, zu verk. Albrechtstr. 16. I. l. 3237

Morgen, Dienstag: **Schlachtefest.** 2507
M. Felsch, Merseburgerstr. 53, Loests Hof. Fernruf 4480.

Plätterei mit erstklassig. Plättmaschine u. sehr guter Kundschaft ist wegen anderweitigem Unternehmen sofort billig zu verkaufen. Ammendorf, Wörmlitzerstraße 13. *1757

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl.

Arbeitsmarkt.
Als Haus-Zimmerer empfiehlt sich Fr. Barth, Albert Schmidtstraße 7. 3549

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130923-17/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 223 Halle (Saale), Dienstag den 23. September 1913 24. Jahrg.

Aus der Provinz.

Fortschrittliche Oeffentlichkeitsfurcht.

Die sogenannte fortschrittliche Volkspartei hielt am Sonnabend und Sonntag in Magdeburg ihren dritten Provinzialparteitag für die Provinz Sachsen ab. Der Sonnabend war ausschließlich einer sogenannten politischen Festversammlung gewidmet, während am Sonntag die Delegiertenversammlung tagte. Einen Bericht über die Delegiertenversammlung zu geben, ist nicht möglich, weil die Pressevertreter hinausgewiesen wurden. Dabei war die bürgerliche Presse zu den Verhandlungen ausdrücklich eingeladen worden, während einem sozialdemokratischen Pressevertreter auf Anfrage der Zutritt gestattet worden war. Stadtrat Wolf betonte, er habe aber nach Rücksprache mit seinem Vorstandskollegen Rechtsanwalt Herzfeld-Halle kein Bedenken getragen, auch die gegnerische Presse zuzulassen. Nebelung-Nordhausen, Chefredakteur der Nordhäuser Zeitung, wandte sich gegen die unbeschränkte Zulassung der Presse und beantragte, drei Punkte der Tagesordnung nichtöffentlich zu behandeln und zwar 1. den Bericht der Bezirksverbände über die Vorgänge im Bezirk mit besonderer Berücksichtigung des Provinzialabkommens mit der Nationalliberalen Partei gelegentlich der letzten Landtagswahl, 2. die Frage der Organisation und Agitation in der Provinz und 3. die Frage: „Ist ein Zusammenschluß der fortschrittlichen Mitgieder kommunaler Körperschaften für die Provinz notwendig?“ Der Vorsitzende stellte nach kurzer Debatte die Frage zur Abstimmung, ob überhaupt geheim verhandelt werden solle. Die Frage wurde von den etwa 120 Delegierten so gut wie einstimmig bejaht! Nach diesem Abstimmungsergebnis verließen sämtliche Pressevertreter — drei bürgerliche und ein sozialdemokratischer — den Saal. Der Magdeburger Lokalvorsitzende Lehrer Boer, der offenbar die kapitale Dummheit des Beschlusses erkannte, sandte den Pressevertretern einen Vermittler nach mit dem Bemerken, daß doch nur ein Teil der Verhandlungen nichtöffentlich sein werde. Indessen vermochte das die Pressevertreter nicht umzustimmen, um so weniger, als die übrigen Tagesordnungspunkte wenig oder gar kein Interesse für die Oeffentlichkeit boten. Die bürgerlichen Zeitungsleute waren besonders erbost darüber, daß sie hinausgewiesen wurden obgleich sie ausdrücklich eingeladen worden waren.

Allerhand erbauliche Vorkommnisse bei den Verhandlungen über das Landtagswahlabkommen mögen die Nationalliberalen bisten die Hauptursache der fortschrittlichen Oeffentlichkeitsfurcht sein. Der Beschluß auf Ausschluß der Presse trägt das Eingeständnis der Schwäche in sich, denn eine starke Partei braucht die öffentliche Erörterung am allerwenigsten solcher Dinge zu scheuen, die wie das Wahlabkommen bereits der Vergangenheit angehören. Das Eingeständnis der Schwäche wird noch dadurch unterstrichen, daß der erste und der zweite Vorsitzende des Provinzialverbandes die öffentliche Erörterung für bedenkenfrei hielten. Die liberalen Angsthasen haben ihrer Partei mit diesem Beschluß keinen guten Dienst erwiesen; sie haben mit ihm die Tatsache in bengalische Beleuchtung gerückt, daß nicht viel hinter den großen Worten steckt, die manche Fortschrittler aus der Provinz Sachsen gern von sich gibt und an denen besonders auch am Tage vorher in der Festversammlung kein Mangel war. Eine besondere Beleuchtung erfährt die Sache noch durch den Umstand, daß der Antrag auf Ausschluß der Presse von einem Angehörigen der Presse gestellt (!) wurde, dem Chefredakteur der fortschrittlichen Nordhäuser Zeitung. Gerade dieser Herr gefällt sich gern in der Pose eines unentwegten, aufrechten Freisinnsmanns, der frei und offen und rücksichtslos seine Meinung sagt. Aber es ist schon so: Der eine fragt: was kommt danach. Der andre: was ist recht? — Und darin unterscheidet sich Der Freie von dem Knecht!

•

Die öffentliche politische Festversammlung am Sonnabend bot natürlich nicht übermäßig viel des Interessanten. Sie brachte einige Referate, während von jeglicher Diskussion Abstand genommen wurde. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen erhielt Prediger Bursche-Nordhausen das Wort. Er sprach über „Die geistige Bedeutung des Liberalismus“. Der Liberalismus sei einmal zu werten als politische Anschauung und dann als politische Partei. Als vor hundert Jahren mit der Wiedergeburt Preußens ein neuer Geist anklam, der das Bürgertum frei machte von dem Gedanken, alles als gut hinzunehmen, was von oben kam, da schlug auch die Geburtsstunde des Liberalismus aus politischer Anschauung. Den leitenden Geistern freilich wurden schnell schwere Verfolgungen zu teil, der Liberalismus unterdrückt und bald herrschte auf politischem Gebiete wieder völlige Kirchhofsruhe. Die junkerliche Reaktion war obenauf, bis 1848 die Entscheidung auf der Straße viel. Die Idee des Liberalismus wurde siegreich. Es kamen die Jahre 1866 und 70/71, aber was der Liberalismus unter Freiheit verstehe, das brachten sie nicht. Und auch heute ist die Politisierung des deutschen Bürgers noch nicht weit genug fortgeschritten. Durch die Ungunst der Verhältnisse aber dürfe sich niemand wankend machen lassen, denn es kommen neue Geschlechter, die auf den Schultern der Alten weiterbauen.

Reichstags- und Landtagsabgeordneter Weinhausen-Berlin-Steglitz, sprach dann über „Politische Rückblicke und Ausblicke“. Die letzte große Wehrvorlage sei für jedermann überraschend gekommen. Die fortschrittliche Fraktion habe nach reiflichem Erwägen der Wehrvorlage zugestimmt. In allen Punkten sei sie von vornherein einig gewesen; in keiner Frage habe auch nur vorübergehend eine Meinungsverschiedenheit geherrscht. Weniger aus politischen als aus militärtechnischen Gründen heraus sei die Zustimmung der fortschrittlichen Fraktion erfolgt. Die Zustimmung zur Wehrvorlage habe der fortschrittlichen Volkspartei von links und rechts Angriffe eingebracht. Den Sozialdemokraten gegenüber mit ihren Hinweisen auf die Mauerung der Fortschrittler zur Militärstrommheit sei zu bemerken, daß die Fortschrittler nie grundsätzlich Gegner von Heeresforderungen waren. Mancherlei Erörterungen habe die Stichwahlparole von 1912 „Für die Sozialdemokratie!“ ausgelöst, aber alle abfprechenden Aeußerungen seien auf die fortschrittlichen Wähler ohne Eindruck geblieben. (Wirklich? Red.) Es handelte sich ja auch nur um ein taktisches Zusammengehen und niemand denke daran, die Fortschrittler zu Hörigen der Sozialdemokratie zu machen; sie bleiben vielmehr ihre grundsätzlichen Gegner, die schärfer als je mit ihr die Klingen kreuzen. Die Nachwahlen brachten der Linken des Reichstags erfreulichen Zuwachs. Das sei aber auch nötig, denn es seien anscheinend auf der rechten Seite Konstellationen im Werden, die für den kommenden Winter größere Kraftproben erwarten lassen. Die fortschrittliche Volkspartei werde auf ihrem Standpunkt stehen bleiben; sie werde vor allem auch darüber nicht mit sich reden lassen, ein Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen zu schaffen.

Zu einem Schlußwort nahm dann Reichstagsabgeordneter Kopsch das Wort. Der heutige politische Kampf sei eigentlich nur noch ein Streit um wirtschaftliche Vorteile, ein Streit darum, wer an der Staatskrippe sitzen solle. Infolge des zerrüttenden Kampfes des Bundes der Landwirte sei es so weit gekommen, daß die Landbevölkerung die Städter nicht mehr verstehe. In langen Ausführungen voll unnatürlichem Pathos, das ihre Seichtheit und Inhaltlosigkeit nicht im geringsten zu verdecken vermochte, klagte Herr Kopsch dann über die Zerrissenheit des deutschen Volkes. Von dem Grundsatz: „Gleiches Recht für Alle!“ sprach er in tönenden Phrasen, als ob sich noch nie ein Fortschrittler dagegen versündigt hätte. Dann schalt er die Einseitigkeit der Politik der Agrarier, der Sozialdemokraten und hob seine eigene Partei als die alleinleitgmachende in den politischen Himmel, wofür ihm die entzückten Zuhörer und die verzückten Zuhörerinnen frenetisch Beifall spendeten.

Nach einigen belanglosen Ausführungen des Chefredakteurs Nebelung-Nordhausen, die auf die Aufforderung hinausliefen, die Organisation zu stärken, wurde die Versammlung geschlossen.

Merseburg. Ein recht eigenartiges Mißgeschick passierte einem jungen Schmied H. von hier anläßlich des Meuschauer „Erntedankfestes“. Trotzdem sonst die beiden Meuschauer Saalwirte ihre Lokale den Arbeitern zu Versammlungen stramm verweigern und damit beweisen, daß sie mit der organisierten Arbeiterschaft nichts zu tun haben wollen, sind es meist jüngere, organisierte Arbeiter, die Sonntags bei den Tanzbergrügen diesen Wirten ihre Lokale füllen. So leider auch beim Erntefeste. Infolge übermäßigen Alkoholgenusses fühlten sich einige Besucher recht stark und mußten sich raufen. Völlig unbeteiligt an diesen Rüpeleien, bekam der Schmied von hinten einen starken Stoß, so daß er mit dem Kopfe an den Ofen flog und unglücklicherweise sich den Türhaken ins Auge stieß. Die Tür mußte ausgehangen und konnte nur unter sehr großen Schmerzen aus dem Auge entfernt werden. Der junge Mann mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Hoffentlich gelingt es, den rohen Menschen haftbar zu machen. Der Vorgang ist wieder eine Warnung für die organisierte Arbeiterschaft, nur dort zu verkehren, wo sie auch ihre Rechte ausüben können. Der Correspondent berichtet zwar über den Vorfall, läßt jedoch den Ortsnamen schamhaft weg. Echt liberal. Welches Geschrei hätte das Blättchen erhoben, wenn der Unfall sich in der Kaiser-Wilhelmshalle ereignet hätte.

Passendorf. Gemeindevertreter-Sitzung. Bei der Protokoll-Verlesung kam die Angelegenheit der Billettsteuer des Evangelischen Arbeitervereins nochmal zur Sprache. Es wurde dem Gemeindevorsteher anheimgegeben, die Sache in Ordnung zu bringen, und zwar mit der Anweisung, daß der Verein eine der Einnahme entsprechende Pauschale zu zahlen hat. Aus dem Berichte der Rechnungsprüfungskommission der Steuerabschlüsse ist zu entnehmen, daß bei 20598 Mk. Einnahmen ein Defizit von 22 Mk. entstanden ist, welche auf das nächste Jahr vorgetragen werden. Dem Maurer Kutscher aus Halle wurde die Erlaubnis, auf dem Täuschen Grundstück ein Wohnhaus zu errichten, unter notarieller Festlegung einer Reihe von Bedingungen erteilt. Gegen Zahlung einer Anerkennungsgebühr wird Herrn Dehne gestattet, eine nicht der Bauordnung entsprechende Umzäunung stehen zu lassen. Es wurde dann Kenntnis gegenommen von dem Antrag eines Unterstützungswohnsitzes. Zum Schluß wurde von den Gemeindevertretern Protest erhoben gegen die eigenmächtige Sperrung des Weges an der Rennbahn bei der am Sonntag veranstalteten Luftschiffstandung, da der Reiterverein gar kein Recht dazu hat und dieser Weg Eigentum der Gemeinde Passendorf ist. Bei dieser Gelegenheit sei deshalb darauf hingewiesen, falls auf Grund dieses Verbots eine Sistierung von den Beamten vorgenommen sein sollte, sich diese Personen an den Gemeindevorsteher Fuß in Passendorf wenden sollen.

Schkeuditz. Folgen mordspatriotischer Erziehung. Auch hier hat der Sedanumfug geradezu bedenkliche Formen angenommen. Da ziehen die Kinder, auch die organisierter Arbeiter, mit Laternen und Feuerwerkskörpern ausgerüstet, in den Straßen herum und verüben einen ungeheuren Lärm. Was das Spielen mit Feuerwerkskörpern für unheilvolle Folgen haben kann, zeigt folgender sehr bedauerlicher Unfall. Der neunjährige Sohn des Maschinisten Reinkrank ist seit dem Sedantage ganz begeistert auf Feuerwerkskörper. Nach Sedan lief er fast alle Straßen ab und suchte die teils verbrannten Feuerwerkskörper zusammen. Immer tändelte er mit anderen Kindern und war sichtlich erfreut, wenn er einmal einen Feuerwerkskörper bekam. So kam vor einigen Tagen der Knabe aus der Schule nach Hause und hatte eine Jagdpatrone. Die Mutter war im Waschhause, dies benutzte der Knabe und machte sich in der Küche an der gefüllten Patrone zu schaffen. Die Patrone explodierte und verletzte das Kind lebensgefährlich an Kopf und Hand. Obwohl die Polizeiverwaltung jährlich ohne Erfolg Verordnungen erläßt, die das Verkaufen und Abbrennen von Feuerwerkskörpern verbieten, wäre es sehr wünschenswert, wenn Schule, Elternhaus und Polizei gemeinsam diesen Unsinn am Sedantage ernstlich bekämpfen würden.

Großlehna. Sozialdemokratischer Verein. Durch die Teilung des Distrikts Altranstädt mußte sich der Distrikt Lehna mit der Wahl des Vorstandes beschäftigen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Genossin Nebrig in üblicher Weise geehrt. Als 1. Vorsitzender wurde H. Voigt, als Stellvertreter Bretschneider, als Kassierer Beier, als Schriftführer Pfeiffer, als Stellvertreter Bach gewählt. Revisoren sind Nolte und Renz. Das Agitationskomitee besteht aus den Genossen Eichner, Leine, P. Voigt und Frau Bach, der Bildungsausschuß aus Bretschneider, Jäger, Kämpfer und Pratke. Hauskassierer sind Christel und O. Eichner. Mitgliederversammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, statt.

Eisleben. Verbesserte „Mittelstandspolitik“. Wir berichteten kürzlich von der Erhöhung des Standgeldes aus Anlaß des diesjährigen Wiesenmarktes. In dem Artikel kritisierten wir die gewaltige Standgelderhöhung. Heute können wir berichten, daß für dieses Jahr die praktische „Mittelstandspolitik“ nicht ganz zur Anwendung kommt, sondern nur teilweise — wenn die Marktbezieher darum einkommen. Die Aenderung ist die Folge von zwei Versammlungen der Marktbezieher, die über die Neuordnung und Belastung sehr in Erregung gebracht waren. Es sollen für diesmal zahlen die Schankzeltbesitzer pro Quadratmeter 15 Pf. und die anderen Marktbezieher pro Quadratmeter 25 Pf. für die Dauer des ganzen Marktes. Im nächsten Jahre aber sollen die schon bekanntgegebenen Sätze voll zur Anwendung kommen. Wir glauben, daß man damit den sonst so gern besuchten Markt seiner bisherigen Bedeutung beraubt, weil er dann von Budenbesitzern nicht mehr so bezogen wird, als wie es bis jetzt der Fall war. Statt der erhofften Mehreinnahme an Standgeld wird dann eine Mindereinnahme zu verzeichnen sein. Und den Verkehr, den man so gern haben will, hat man künstlich zurückgedrängt. Es bestand schon diesmal Gefahr, daß große Unternehmen dem Markt den Rücken kehrten, wenn die vollen Standgeldsätze zur Anwendung kämen. Vielleicht sieht man noch rechtzeitig ein, daß die Neuordnung der Stadt nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil ist und hebt sie schleunigst wieder auf.

— „Kerneinwohner.“ Mancher Leser wird denken, was ist das für eine neue Sorte Menschen? Es sind dies die armen Hausgeraer, deren Wohnungen leer stehen und um die sich sonst kein Mensch kümmert, während ringsum Wohlstand zu sehen ist. Siegreich und lautlos gingen sie unter. So skizziert ein Mitglied dieser bedauernswerten Kerneinwohner seine Sekte in einem Eingesandt in der Eisleber Zeitung, weil mehrfach gegen das enorme Standgeld zur Vogelwiese protestiert wurde. Wir meinen, die Hausbesitzer bilden an sich überhaupt keinen Erwerbsstand, der berechtigt wäre, mißgünstig auf wirkliche Erwerbsklassen hinüberzublicken. Sie lassen doch nur ihr Geld „arbeiten“ und stehen mit Rentiers und Dividendenschluckern meist auf einer Stufe. Sie erfahren deshalb auch eine gepfefferte Entgegnung, in der es heißt, wenn Wohnungen leer stehen, soll man die Mieter anständig behandeln und im übrigen selber Hände und Beine rühren, um vorwärts zu kommen. Das war den Herren „Kerneinwohnern“ gut gesagt! Sind sie doch nur meist die Schale, den wirklichen Kern der Einwohnerschaft bilden überall die Arbeiter, die einzig und allein wirklich nützliche Arbeit leisten.

Mansfeld. Unglücksfall. Der beim Bau der Wuppertalbahn beschäftigte italienische Arbeiter Ilia Tropaj wurde von einer Lore überfahren. Dem Verunglückten wurden beide Beine schwer verletzt, sodaß er in das Heitstedter Krankenhaus transportiert werden mußte.

Gerbstedt. Jugendlicher Uebermut. Ein 17jähriger russischer Arbeiter, der auf dem Rittergute beschäftigt ist, sprang zur Frühstückspause, um schnell von dem hohen Diemen herunter zu kommen, von diesem ab. Seinen jugendlichen Uebermut büßte der junge Mann damit, daß er mit zerbrochnem Unterschenkel liegen blieb. Der Verunglückte fand Aufnahme im Johanniter-Krankenhause.

Wittenberg. Die Generalversammlung des Konsumvereins, welche in Ackermanns Garten stattfand, war gut besucht und hörte zunächst einen Bericht vom Unterverbandstag. Die Genossenschaft ist in guter Entwicklung begriffen und bezieht zurzeit ihr zweites neues Heim in Klein-Wittenberg, das, aus Mitteln der Genossenschaft aufgeführt, beredtes Zeugnis ablegt von der inneren Kraft des Vereins. Ein wichtiger Punkt war eine Anrechnung der Verwaltung, das Markensystem zu ändern. Die Genossenschaft führt noch Blechmarken, die einesteils recht unreinlich und zweitens eine genaue Markenkontrolle nicht gestatten. Die Verwaltung schlägt vor, das Rollmarkensystem einzuführen, das bei größerer Reinlichkeit auch bessere Kontrollen gestatte. Die Registrierkassen, welche in der Debatte ebenfalls empfohlen wurden, sind recht unrentabel, sodaß die Verwaltung sich nicht dafür erwärmen kann. Sie glaubt, beim Rollmarkensystem mit 300 Mk. jährlich auszukommen. Die Diskussion ging lange hin und her; auch das Pappmarkensystem, wie es der große Leipziger Verein hat, wurde debattiert. Zu einem einheitlichen Entschluß kam es nicht, sodaß die Verwaltung sich weiter mit der Materie beschäftigen wird, um einer späteren Versammlung einen definitiven Antrag zu unterbreiten. Nach Wahl dreier Aufsichtsratsmitglieder und Erledigung einiger geschäftlicher Anfragen schloß die Versammlung.

Torgau. Vom Rathaus. In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten wurden vorerst einige Angelegenheiten erledigt, die nicht auf der Tagesordnung verzeichnet waren. Dem wissenschaftlichen Lehrer Wölzow, der als Oberlehrer nach Gleiwitz geht, wird die erbetene Entlassung schon zum 15. Oktober gewährt. Bewilligt werden die Kosten, welche entstehen durch die Teilnahme des Stadtsparkassen-Rendanten Lamprecht an einem Sparkassen-Lehrkursus in Halle. Bei dieser Gelegenheit machte Stadtrat Rothe die Mitteilung, daß Torgau Aussicht habe, eine Reichsbankneben-stelle zu erhalten. Diese Geschichte ist aber mit Ausgaben verknüpft; denn es müssen die Kassenräume sowie auch die Wohnung des Vorstehers von der Stadt gewährt werden. Die hierfür aufzubringende Summe beträgt rund 3000 Mark. Nach kurzer Debatte erklärten sich die Stadtverordneten bereit, die eventl. erforderlichen Mittel zu bewilligen. Weiter nahm die Versammlung Kenntnis von einem durch den Stadtbaurat Rothe ausgearbeiteten Plan, der die Verlegung der Sparkassenräume betrifft. Nach diesem soll die Sparkasse in den jetzigen Sitzungssaal der Stadtverordneten verlegt werden und die Stadtverordneten sollen ihre Sitzungen in der sogen. Trinkstube des Rathauses abhalten. — Alsdann trat man in die Tagesordnung ein, beginnend mit der Frage über die Pflasterung der Dübernschen Straße. Es wurde beschlossen, die Pflasterung bis zur Stadtgrenze vorzunehmen, aber nur unter der Bedingung, wenn Kreis und Provinz Beihilfen gewähren. Die Stadt hatte sich an das Provinzial-Schulkollegium gewandt, ob beim Gymnasium-Neubau die angeregten Beihilfen, ungefähr 80 000 bis 90 000 Mark, ihr zur Verfügung ständen? Das Provinzial-Schulkollegium will diese Frage erst beantworten, wenn ein Neubau definitiv beschlossen ist. Auch an den Regierungspräsidenten hatte sich die Stadt gewandt, um eine möglichst niedrige Tilgungsquote (1 Prozent) der Bausumme zu erreichen. Dieses hat keine Aussicht auf Genehmigung, denn es werden 2 bis 3 Prozent in Frage kommen. Ein Beschluß soll gefaßt werden, sobald das Projekt vom Stadtbauamt ausgearbeitet ist. Auf eine Anfrage nach staatlichen Beihilfen zum Bau von Turnhallen antwortete der Regierungspräsident, daß diese nur gewährt werden, wenn die Turnhallen der nationalen Jugendpflegebauernd zur Verfügung gestellt werden. — Ein Schmerzenskind ist die städtische Elbstrom-Badeanstalt. Zunächst mußten wieder einmal für Neu- und Vergrößerungsarbeiten 728 Mk. nachbewilligt werden. Und noch immer ist sie viel zu klein, denn die Baudeputation hat neuerdings beschlossen, das Herrenschwimmbad um 5 Meter zu verlängern und das Volksbad doppelt so groß als gegenwärtig zu erbauen und in die nächste oberhalb gelegene Buhne zu verlegen. Bei dieser Gelegenheit tauchte wiederum der Plan der Errichtung eines Winterschwimmbades auf. Stadtbaurat Rothe plant, das Bad in der Nähe des Schlachthofes zu errichten. Der Erste Bürgermeister hält indessen an seinem Plane, einen Gasometer zu einem Schwimmbade auszubauen, fest. Der Magistrat wurde ersucht, Erwägungen anzustellen. Dem Pächter der Elbstrombadeanstalt werden 150 Mk. Pacht erlassen. Weiter beschloß man, eine weibliche Fortbildungsschule zu errichten, welche ihren Unterricht mit dem 1. April 1914 beginnt.

Schildau. Die fälligen Steinbruchsunfälle. Am Sonntag vormittag verunglückte der Steinarbeiter Hermann Paschke aus Schildau im Steinbruche zu Wildschütz. Er stolperte und kam zwischen zwei Loren, wobei ihm der Fuß am Knöchel arg gequetscht wurde. Nachdem ihm ein Notverband angelegt war, wurde er nach Hause gefahren. Am Nachmittag verunglückte der Steinarbeiter Jentsch aus Audenhain. Er fiel hin und zog sich am Kopfe und dem Arme Schnittwunden zu; auch er wurde verbunden und nach Hause geschickt.

Halberstadt. Schweres Schachtunglück. In dem neuen Kalischacht der Gewerkschaft Dingelstedt hat sich in der Nacht zum Sonntag ein schweres Unglück ereignet. Mehrere Arbeiter befanden sich in dem bereits über 200 Meter tiefen Schacht und waren dort mit Abteufen beschäftigt, als die Bühne brach und infolgedessen die darauf befindlichen Arbeiter etwa 30 Meter tief hinabstürzten. Während einige mit leichten Verletzungen davongekommen sind, wurden die Arbeiter Heinrich Gutjahr aus Darmstadt und Karl Kupfer aus Aschersleben getötet.

Bei akuten und chronischen Durchfällen der Kinder und Erwachsenen hat sich „Kufeke“, in Wasser oder mit Bouillon gekocht, als leichtverdauliche, die Ernährung regelnde Kost seit Jahrzehnten glänzend bewährt. Es führt dem Körper die nötigen Nährstoffe zu, ohne Magen und Darm von neuem zu reizen. *1754

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130923-17/fragment/page=0009

Praktischer Wegweiser

empfehlenswerter Einkaufsquellen

Halle a. S.-Land

Erscheint wöchentl. einmal — Zur Beachtung empfohlen

Saalkreis.

Ammendorf Radewell

Sanitäts-Drogerie Richard Glaubig Ammendorf-Radewell Farben, Pinsel, Lacke Cigarren, Cigaretten.

Ernst Adam Mechaniker Fahrräder und Nähmaschinen Eisenwaren.

Ammendorfer Molkerei Milch, Butter, Käse

Richard Graul Bäcker- und Konditorei mit elektrischem Betrieb.

Chike moderne Damen- und Kinderhüte billig. **M. Göbel**

August Herold Bäcker- u. Konditorei mit elektrischem Betrieb.

Kaufhaus Merkur Bahnhofstraße 3.

Rich. Stein Herren- u. Knaben-Konfektion, Berufskleid.

Thronicker & Lipffert Cigarrenfabrik. Halleschestr. 22 Bahnhofstr. 2a

Rob. Becker Material-Gemischtwar. Radewell

Otto Börner Kolonialwar. und Spirituosen.

P. G. Blank, Kaufhaus.

Otto Ehrhardt Kolonialwaren, jeden Donnerst. Schlachtfest

W. Engelmann Osendorf, Restaur. Materialwaren.

A. Hermann, Uhren u. Goldw.

P. Matthes Kolonialw. Konserv. Delikatess., Weine.

Fr. Richter Kolonialwar. Hausschlachten. Wurstw.

Karl Rienäcker Viktualien m. Hausschlacht.

K. Rohrborn, Friseur.

Rich. Rosche Fleischerei Osendorf

B. Schneider Fahrräd., Nähmasch. Reparatur.

B. Schumann Cig. Spez.-Geschäft Wörmlitzerstr. 4.

Wilh. Taube jr. Fleischermstr. Osendorf.

Ferd. Trensch Bäck., Materialw. Osendorf.

Otto Trensch Bäckerei Radewell

H. Thurow Billige Schuhwaren Maß u. Reparaturen

E. Vogler Buch- u. Papierhdlg. Ammendorf u. Radewell

Beesen

Bruno Richter garantiert reines Roggenbrot.

Döllnitz

Döllnitzer Gosenbrauerei **Hanisch & Neumann** empfiehlt Gose Caramelbier, Blonde.

Oscar Gröbel Lager sämtlicher Bedarfsartikel

Franz Schneller Gemischtwar.-Geschäft.

Könnern

Ed. Letz & Co. G. m. b. H. Kolonial-, Manufaktur- und Eisenwaren.

Nietleben

Glückauf-Apotheke von Albin Voigtritter Anfertigung sämtl. Rezepte und Verordnungen für alle Krankenkassen.

Drogerie „Glückauf" Farben, Öle, Sämereien, Verbandstoffe, Weine. Cigarren.

Lebensmittelhaus A. Füssel.

Bennstedt

Albert Schulze, Fleischerei.

S[illegible]ewitz-Reideburg

Sonnen-Apotheke Delitzscherstr. 30 Tel. 2161 Lieferung für sämtliche Krankenkassen.

Mansfelder See- und Gebirgskreis

Eisleben

Eisleber Aktien-Biere sind Qualitätsbiere allerersten Ranges

Martin Döring Besohlanstalt Breiterweg 13

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe Manufakt., Arbeiterbekleid. Lutherstr. 14.

Nordsee-Fischhalle Markt 40. Fische u. Delik.

Hettstedt

S. Rosenberg Damen- und Herren-Konfektion, Manufaktur- und Kurzwaren.

Klostermannsfeld

A. Schnitzer Käsefabr., Butter, Eierhandlg. en gros en detail.

Oberröblingen a. See

M. Bendke Butter Spez.-Geschäft Kolonialwaren

Rudolf Klein Fahrräd., Haus- u. Küchengeräte.

Emil Lindner, Bäckerei.

Teutschenthal

Böttchers Lichtschauspiele.

P. Radicke Fahrräd., Nähmasch. Reparaturwerkstatt

Delitzsch-Bitterfeld

Bitterfeld

J. Leschziner Burgstrasse 1 Herr.-Konfektion, Schuhwar.

Heinr. Arnold Markt 8 Leinen- u. Baumwollwaren, Kleiderstoffe, Wäsche-Artik. Gardin. Teppiche, Bettfedern.

Irene-Fahrräder Max Schneider Hallesche Straße 27 Billigste Bezugsquelle für Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone und Platten. — Fabrikpreise. —

Kaufhaus **Rich. Werner** Kaiserstr. 2. Geschäftsprinzip Gute Ware für wenig Geld! ! !

Erstklassig **Palast-Theater** moderner **Lichtspiele** Mittwoch und Sonnabend Programmwechsel

Preiswerteste Cigarren-Bezugsquelle aus der Fabrik **August Trabitzsch**

Brauerei Bitterfeld A.-G. Prämiierte Spezialbiere.

Dampf-Molkerei E. Profe Vollmilch, Butter, Käse.

Färberei A. Fox Chemische Reinigung Wäscherei Plätterei.

Eugen Gräfe, Wurstfabrik Rind- u. Schweinemetzgerei Burgstr. 23 Tel. 380

Kur- und Badeanstalt b. all. Krankenkassen zugelass. Kirchstr. 12. Tel. 192.

Kaffee-Rösterei Kolonialwaren Oswin Sack, Markt 5

Herm. Kühle, Fernspr. 180 Tapeten, Wachstuche Linoleum.

Alb. Mahler Fernspr. 117 Möbeltransport Hochzeits- u. Kremserfuhren.

Photograph. Atelier Robert Schwarzbach. Kaiserstrasse 14.

R. Richter Kaiser-Straße 1b. Uhren u. Goldwaren, Optik, Reparaturwerkstätte.

E. Strenger Schuhmachermeister Burgstr. 49 Schuhwaren-Spezialgeschäft.

Ziesche's Kino, Markt 7 Mittwoch und Sonnabend neues Programm.

Fortuna Markt 11. Inh.: R. Dombrowski Herren- und Knabengarderobe.

Bönninghausen, Sprechst. f. Zahnkranke 8—1 3—6 Binnengärtenstr. 7

Buchdruckerei Ph. Saffert Ratswall 13.

H. Ehricke Möbelfabrik. Kaiserstr. 56

R. Eisenberg, Bismarckstr., Klempn. Install., Badeeinr., Kücheng., Waschm.

Bitterfeld

Otto Henze Schuhwaren Hallesche Str. 6

Aug. Irrgang Stadt Berlin Zahntechniker

Otto Luft, Drogen u. Farben.

A. Meyer Seifen-Spezial-Geschäft Burgstr. 4

Carl Molt Fahrräd., Nähmasch., Kinderw., Repar.-Wk.

M. Neumann, Kolonialw. Hausschlacht. Wurstw. Dessauerstr. 49

Gust. Püschel Rossschlächterei Weinbergstr. 8

G. Raack Musik-Instrumente Saiten, Burgstr. 49.

Schirrmeister Cigarr. Cigarettspez.-gesch. Dessauerst. 68

Br. Seibitz Mehl- und Futterartikel.

A. Struszewski Hüte, Mützen, Pelzw. Kaiserst. 9

Otto Schladitz Uhren u. Goldwar. Burgstr. 4

F. Schönbrodt, Waff., Munition, Fahrräder, Reparaturwerkst.

Schuhhaus Rekord, Burgstr. 47

Osw. Sucher Schleiferei, Stahlwar. Handlg, Kaiserstr. 59

C. Trabitzsch Cigarr., Cigarett. Kaiserstr. 58.

Paul Wille Burgstraße 51 Hüte, Mützen.

G. Wolter Milch, Butter, Eier, Käse Hallesche Str. 6

P. Wuth Burgst. 39. Tapezier., Tapeten, Polsterwar.

Delitzsch

Löwen-Apotheke Breite Straße 15 Anfertigung sämtlicher Krankenkassen-Verordnungen

Hermann Schöttge Klitzschmar Mühlen-Produkte Brot-Fabrik

Dampf-Seifenfabrik von **Heimbürger & Elitzsch** Crensitz, Bezirk Halle.

Brauerei H. Fritzsche Inhaber B. Uhlmann. Lagerbier hell und dunkel Karamelbier, Berliner Weißbier.

Oskar Reime Drogen, Lacke, Pinsel, Fußbodenfarben.

H. Bauch, Möbel- und Sarglager, Bildereinrahm., Tischler. m. Kraftbetr.

Curt Bergmann, Bäckerei.

O. Beyer Eilenburgerstr. 17. Schuhwar. a. Art. billig. Preis.

A. Bräter Bäckerei m. elektrisch. Betrieb

R. Diedrich Bierniederlage Elisabethstr. 4.

O. Fleischer Gartenbaubetrieb. Spez.: Binderei

O. Haedecke Bäckerei Lieferg. f. d. Konsumver.

Hugo Hofmann, Uhren, Goldw.

W. Kampf Cigarr. Spezialgesch. Cigaretten, Tabake.

R. Karte Brot- u. Weißbäckerei Grünstr. 22.

Alb. Kunze Ofensetzerei Spez.: Bayr. Schamotteöfen.

Reinh. Kluge Obst, Fischwar. Cigarr. Cigarettgeschäft

Marien-Drogerie Th. Spiegler

Mietzsch jr. Fahrrd.-Nähmasch.-Hdlg. Repturwkst.

Otto Rast, Fahrräd., Nähmasch. Eilenburger Str. 22.

M. Rieseler Korbwaren und Kinderwagengesch.

Lichtspiel-Theat. Kulmbach. Bierh. E. Schier.

W. Rehn, Brotbäckerei.

Gräfenhainichen

Ernst Boeder Eisenwaren und Bauartikel.

Albin Fickenwirth Schlosserei Fahrräder, Nähmaschinen.

Max Walther Bäckerei Lieferant des Konsumvereins.

Bürgerliches Brauhaus G. m. b. H.

O. Herrmann Spez. Schuhgesch. Maß- u. Reparatur.

Otto Jahn Cigarren, Cigaretten-Geschft. engr. endet.

H. Voigt Fabrik. Drahtstifte, Drahtgeflechte.

K. Zschiesche Spez. Schuhgeschäft Reparatur-Werkst.

Karl Zinke Brot- Weiß- und Feinbäckerei.

Hohenleina-Crostitz

W. Prautzsch Fahrräder Eisenwaren

Friedersdorf

Aug. Rickelt Kolonialwaren Drogen

Ernst Vehse Schuhwar all. Art Reparaturwkst.

Hugo Köckert Manufaktur- Weiß-, Wollwar.

Greppin

Kaufhaus Janklewitz Wäsche, Herrengarderobe, Hüte, Mützen

Pönitzsch, Schuhwaren Reparaturen

Holzweißig

J. Angelroth Bäckerei Lief. des Konsumvereins

A. Gehreke Sattlerei, Polstermöbel. Kolonialw.

O. Langeberger, Brot-, Weiß- u. Feinbäck. sowie Futterartikel.

A. Simon Fleischerei, Wurstw. Liefert. f. Konsumv.

P. Thieme Bäck., Futterartikel Lief. f. Konsumver.

Zeisler Fahrräd., Nähmasch. Schlosserei.

Landsberg

Bernh. Göricke Kaufhaus f. Manufakturwaren Konfektion u. Materialwaren.

Julius Bürger Schnitt- Weiß- Woll- Kurzwar.

K. Heinroth Bäck. Mehl, Futter. Lief. d. Konsumv.

P. Richter, Schweineschlächt.

Niemegk

Versandgeschäft von **Fleisch- u. Wurstwar.** Leo Kasowski.

Albert Kauert Bäckerei Liefr. d. Konsumvereins

Otto Vetter Bäckerei Kolonialwaren

Ww. A. Wacker Bäcker. Schnitt- u. Materialwar.

Karl Winter Fleisch- und Wurstwaren.

Pouch

F. Albrecht Fleisch- und Wurstwaren.

Frz. Fritzsche Rind-, Schweine-Schlacht. Wurstw.

Roitzsch

Paul Schaaf Konfektion — Hüte — Mützen Wäsche u. Arbeiterbekleidung.

Brehna

K. Büttner Brot- u. Weißbäckerei Liefer. d. Konsums.

Sandersdorf

Rich. Panniger, Buchbinderei, Papierhdlg. Galanteriew. Bildereinrahm.

Sangerhausen-Eckartsberga

Sangerhausen

Herm. Bader Apoth. Sangerhausen gegr. 1868 Liefert. für alle Krankenkassen, Allopatie u. Homöopatie. Verbandstoffe, Drogen, Chemikalien.

Elise Weißbach Kurz-, Weiß- und Wollwaren Dauerwäsche, Herrenartikel

Gust. Hartwig Bäckerei mit Motorbetrieb

Kinematograph, Bahnhofstr. 32

Moritz Loewe Größtes Spez.-Schuhgeschäft

R. Tausendschön Möbelmagaz. Verteilhf. Bezugq.

W. Werner jr. Likör- und Essigfabrik.

Otto Wolf Uhren u. Goldwaren Eig. Reparat.-Werkst.

Zahnatelier v. E. Schottstedt jetzt Kylischest. 15

Artern

Rich. Riedel Manufaktur- und Modewaren, Herr.-, Damen- u. Kinderkonfkt. Berufskleidung jeder Art. 10% Rabatt 10% Rabatt Bleyle Anzüge und Sweaters.

Aktien-Bier, Artern.

Kellners Kino! Sonnt. v. 3 Uhr an Empf. s. Geschäftslokal.

Obstfelder Pelzw. Hut- u. Mützenlager Bink. v. roh. Fell. all. Art

Zahnatelier, Osk. Fladrich.

Allstedt

Aktien-Bier-Brauerei Allstedt Bestbekömml. helle u. dunkle Biere.

Wittenberg-Schweinitz

Edersleben

Arthur Ulrich, Edersleben Manufakt., Arbeiterbekleidung Kolonw. Landesprod. Eisenw.

Wittenberg

Bürgerliches Brauhaus v. Alwin Hoch. empfiehlt seine anerkannten erstklassigen Biere : hell-, dunkel, : weiß-, Karamel. Fabrikation sämtl. alkoholfr. Getränke.

Friedr. Böttger Manufaktur- und Modewaren.

A. Strensch Nchf. Galanterie-, Kurz-, Spiel-, Glas-, Porzellan- u. Eisenwaren. Haus- und Küchengeräte.

Das edelste Qualitätsbier ist **Aktien-Bier** A. G. Wittenberg.

Wilh. Essebier Möbelfabrik Adlerstr. 21 Direkt. Bezugsquell. Preis billig.

Edw. Fülle Fahrräder-Verkauf Billige Mäntel und Schläuche.

Lichtspiel-Theater Mittelstraße 9.

Schloß-Drogerie Koswigerstr. 29 beste Bezugsquelle für Farben und Drogen

Wilh. Schmidt, Optiker Einzigstes Fachgeschäft am Platze.

Zahn-Atelier von Emil Pape Kollegienstraße 63.

Reform-Nahrungsmittel-Geschft. J. Reinicke Nachf. Bürgermeisterstraße 1.

H. Hedrich, Reparaturwerkst. für Fahrräd. u. Sprechautom. Sämtl. Ersatzt.

Kurt John elektrisch. u. optisch. Spezialgeschäft

J. Israel, Kollegienstr. 6 Herren- u. Knabengarderobe

Paul Lepetit chem. Reinigungs-Anstalt u. Färberei

Aug. Linke Hüte Mützen, Pelz- u. Filzwaren.

P. Schmiedichen Jüdenstr. 30 Cig. eig. Fabrik.

M. Neumann Eisenwaren Werkzeuge

W. Hagen Poststr. 10 Cigarren eigenes Fabrikat.

Fr. B. Weiß Fahrradhandlung u. Nähmaschinen.

Gebr. Horn Inh. M. Horn Uhren u. Goldwar.

Drogerie Willibald Habach Kollegienstr. 76.

Fleischerei M. Werner Mittelstr. 17.

P. Winter Leder- u. Polsterw. Mittelstr. 4.

Kemberg

Brauerei Niederl. d. Böhm. Brauhaus Berlin

Kl. Wittenberg

Ernst Hildmann :: Weiß- Wollwaren, :: Wäsche, Besatzartikel.

Otto Günther, Koswigerstr. 33, Korb- u. Bürstenw., Kinder- u. Sportwag.

H. Käpler jr. Fahrräder, Nähmasch. Sprechmaschinen.

Thomasmüller, Bäckerei.

Kl. Wittenberg-Piesteritz

Otto Blabka, Bäckerei.

Gust. Hildebrandt Kolonialwaren Schweine-Schl.

Martin Kaspar, Möbelmagaz.

Zahna

B. Hartmann Kolonial-, Eisen-, Kurzwaren, Werkzeuge.

E. Kasch Schuh- u. Stiefel-Lager Reparatur-Werkstätt.

Karl Bock, Kolonialwaren.

Emil Müller Manufakturwaren Berufskleidung.

Friedr. Rausch Kolonialwar und Cigarr

Torgau-Liebenwerda

Bockwitz

Adolf Mücke gute Cigarren nur eig. Fabrikat

W. Piha Herren- u. Knaben-Garderobe.

Alfr. Richter Nachf. Butter, Käse Delikatess.

E. Zilm Sattler, Polsterei, Seiler u. Korbw. Kinder-, Leiterwg.

P. Schütze Brot- u. Weiß-Bäckerei.

Dommitzsch

G. Günther Kolonialw., Spirituos. Wein, Cigarr., Cigarett.

Annaburg

Erste Annaburger Wäscherei u. Plätterei. — Albert Drosdat

W. Freidank Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren.

Roßschlachterei Herbeck.

K. Quehl - Manufakturwaren - Konfektion, Kurzwar.

Elsterwerda-Biehla

Adolf Bässler Kolonialwaren - - - - Cigarren Glas-, Porzellan- und Steingut.

Hermann Galle Hüte, Mützen, Konfektion Manufaktur- und Schuhwaren

Os. Hoffmann Uhren und Goldwaren, optische Artikel. Reparatur-Werkstatt

Robert Junge Dam.-, Herr.- u. Kinder-Konfkt. Wollwar. Hüte, Mützen usw.

Edison-Lichtspielhaus Tägl. Vorstellung. Mittwochs u. Sonnab. Programmw. A. Sauer.

Bruno Jentsch Uhren, Gold- und Silberwaren, Musikw., Gelegenheitsgesch.

Carl Zikesch Elster-Drogerie. Drog., Verbandst., Chemik., Kolonialw.

Louis Zimmermann Löwen-Drogerie Drog., Chemikalien, Verbandst., Kolw.

Gust. Bleckmann Schuhwaren

J. Höppe vorm. G. Pflug Uhren, Goldw. Optik

Emil Krug, Brot- u. Weißbäck.

Krause's Zahn-Praxis, Kirchenbergerst. 17 schonend. Behdlg. solid. Preis

Louis Lißke Putz, Mode- und Manufakturwaren.

Bruno Münch, Dampfbäckerei

K. Pötschke Cigarren, Möbel, Bettfedern Biela.

W. Tamm, Schuhwarengesch.

Osw. Wallasch, Bierbrauerei.

Withols Restelager.

Grünewalde

M. Hänsel Bäckerei, Liefer. für den Konsum.

Mückenberg

Richard Gründel Möbelmagazin u. Tischlerei

E. Handschug Herren-, Knab.-Gard. Maßarbeit.

Fritz Jacobasch Brot- u. Weißbäck. Liefer. d. Konsumv.

A. Klockow, Gemischtwaren.

O. Schammer Kolonialw., Cig. Weine, Liköre

P. Petschke Herren-, Knaben-Gard. Hüte, Mützen.

Torgau

Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei **Herm. Leibnitz**

Warenhaus **S. Ahlfeld** Bäckerstr. 12

Max Günther Schulzenstr. 19 Leinen und Wollwaren

Gute, moderne Schuhwaren und Reparaturen billig **Emil Dähne's Schuhwarenhaus** 23 Königstr. 23

Curt Hirschfeld Spez.-Haus f. Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion. Bäckerstr. 6

Gute mod. Schuhwaren empfiehlt billigst **Fr. Kiepsch, Spitalstr. 7**

Trinkt Malzkaffee **Meine Sorte** Torgauer Malzkaffee-Fabrik G. m. b. H.

P. Born, Leipzigerstr. Eisenw.-Hdlg., Werkzeuge aller Art, Reparat.

Emil Dargatz, Roßschlächterei

Max Fischer Fahrradhandlung Reparaturen

Kreische Uhren, Gold-, opt. Wär. Sprechm. Breite-, E. Kurstr.

Herm. Meyer Kolonialwaren Marktplatz.

Paul Miser, Molkereiprodukte, Konserv., Südfrüchte, Schokol.

E. Seifert, Breitest. Herren-, Damen- u. Kinderkonfektion. Maß-Anfertigung

Sultan Fahrrad- u. Nähm.-Haus

I. Torgauer Schnellbesohl-Anstalt Breitest. 6 - m. elekt. Betrieb - Breitest. 6

H. Wehner, Lederhandlg. Spitalstr. 21

Ernst Weiswange Blumengeschäft Handels-Gärtn.

Fr. Windolf Leipziger Str. Cig., Cigaretten, Tabak.

Zahn-Praxis O. Hennig Bahnhofstr. 14

Mühlberg a. E.

Reinhold Färber, Zahntechn., Kirchst. 7. Kostenl. Behdl. f. Kassenmitgl.

Paul Maasdorf, Schuhwaren

Otto Schade Uhrmacher Kirchstr. 13

Aug. Weiße Pelzwaren Hüte Mützen

Merseburg-Querfurt

Merseburg

Wäsche, Weiß- und Wollw. **Curt Eberhardt** Putz Herren-Artikel

Trinkt Herzquell **Brands Brause** Citronelli die besten alkoholfr. Getränke.

Ernst Baumann Gotthardtst. 30. Rind- u. Schweineschlächterei. Stets frische Wurst.

ff. **Bürgerliches Brauhaus** Biere und alkoholfreie Getränke

Theodor Freytag Sämtliche Manufakturwaren zu billigsten Preisen

Gummiwarenhaus Grahneis Gummiw., Wachstuch, Linoleum alle Sportartikel, Dauerwäsche

Hugo Jahn Inh. E. Piler Entenplan 1 Uhren Goldwaren Reparaturwerkstatt

Karl Kellermann empfiehlt ff. Fleisch- u. Wurstwaren. Gotthardtstr. 29.

Herm. Kögel Butter, Eier, Käse, Wurtwaren Schmalestraße 9

Hermann Kundt Anfertigung und Umarbeitung aller Polstermöbel. Lager fein. Lederwaren. Gotthardtstr. 1[illegible]

Paul Nitz Oberburgstraße 6 Uhren, Goldwar, Optisch. Artik.

Roland-Restaurant und Gartenwirtschaft. Vereinszimmer, Kegelbahn. Sixtistr.

Gebrüder Scheibe Bau- und Möbeltischlerei Möbel- und Sarglager

Max Schneider Fahrr., Nähm., Sprechapparate, Reparaturwerkst. Schmalest. 16.

Wilh. Schüler Uhren Goldwaren Markt 27

Max Heinze Restaurant à la Aschinger Kreuzst. 1

A. Hoffmann, Roßschlächterei

W. Jockel Dampfbäckerei Neumarkt 12, Rab.

Karl Köppe Gotthardtstr. Hüte, Mützen, Herrenart.

Albert Kunth Gotthardtstr. 30 Korbw. Kinderwg.

Adolf Leber, Schuh- u. Stiefelw. Reparaturwerkstatt. Neumarkt 17

Karl Löbe Rind- u. Schweineschlächterei

Ludw. Leiß, Tabak- u. Cigarrenspezialgeschäft. Ob. Breitestr. 2

Elise Witzschker, Inh. Frau M. Engel Domstr. 13. Damenputz, Umarbeitung

Ernst Weishahn Kolonialw., Spirit. Neumarkt 39

Alt-Scherbitz

Mühlenerzeugnisse feinste Weizen- u. Roggenmehle en gros en detail Kunstmühlen Werke von **C. G. Bemme** Telephon 282.

Mücheln

Paul Sauer Herren-, Knabenkonfektion Berufskleidung Kurz- u. Schnittwaren.

Joh. Graf Herren- und Knabenkonfektion Berufskleidung Kurz- und Schnittwaren

M. Bergmann Inhaber O. Bergmann Schneidermeister. großes Lager fertiger Herren-Garderobe.

Otto Hippe Kolonial-, Manufaktur-, Kurz- u. Schnittw. Tabak u. Cigarren. Holzschuhe und Pantoffeln.

Otto Voigtländer Schneidermeister. Anfertigung nach Maß. Billigste Bezugsquelle von Herren-, Knaben- und Arbeitergarderobe.

M. Apelt Putz- u. Modewaren Spiel- u. Galanteriewaren

Albin Pfeifer Hüte, Mützen u. Dauerwäsche

Schafstädt

Reinh. Schimpf Kaufhaus Bill. Bezugsq.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130923-17/fragment/page=0010